

Landtag Rheinland-Pfalz

(V. Wahlperiode)

Drucksachen Abteilung I
Nr. 53

Ausgegeben am 5. April 1966

Stenographischer Bericht

über die

53. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz

im Landtagsgebäude zu Mainz

am 8. Februar 1966

Tagesordnung:

Seite

Fortsetzung der Tagesordnung vom 7. Februar 1966

- | | |
|--|------|
| 1. Fragestunde | 1817 |
| 60. Mündliche Anfrage des Abg. Thorwirth (SPD) betr. Zuschüsse aus dem Etat des Gesamtdeutschen Ministeriums an das Pfalztheater und Pfalz-orchester | |
| 61. Mündliche Anfrage des Abg. Hilf (CDU) betr. Maul- und Klauenseuche (MKS) | |
| - Drucksache II/554 - | |
| 7. Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1966 (Haushaltsgesetz 1966) | 1818 |
| - Drucksache II/520 - | |

Fortsetzung der Generalaussprache

Die Generalaussprache wird in der 54. Plenarsitzung am 9. Februar 1966 fortgesetzt

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier, die Staatsminister Glahn, Dr. Orth, Schneider, Stübinger, Wolters, die Staatssekretäre Duppré, Dr. Eicher, Matthes

Es fehlten:

Entschuldigt: die Abgeordneten Billen, Heller, Schmidt, Wetzel, G.

Rednerverzeichnis:

Präsident Van Volxem	1817, 1818
Vizepräsident Rothley	1826, 1830, 1835, 1839, 1840, 1844
Vizepräsident Piedmont	1844, 1850, 1851, 1852, 1855 1856, 1857, 1858, 1861, 1863 1864, 1865, 1866, 1869, 1870 1872, 1873, 1874, 1875, 1876
Diel (Schriftführer)	1817
Fuchs (SPD)	1825, 1826, 1844, 1851 1852, 1857, 1864, 1865
Gaddum (CDU)	1827
Dr. Haas (SPD)	1865, 1870, 1872, 1873
Hilf (CDU)	1850
Hoos (SPD)	1874
König (SPD)	1830, 1837
Dr. Kohl (CDU)	1840
Martenstein (FDP)	1855, 1872
Meyer (CDU)	1869
Dr. Neubauer (CDU)	1839
Dr. Skopp (SPD)	1826, 1836, 1858, 1875, 1876
Dr. Storch (FDP)	1833
Theisen (CDU)	1856
Thorwirth (SPD)	1817, 1855, 1863, 1873
Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier	1817, 1818, 1828
Finanzminister Glahn	1835
Kultusminister Dr. Orth	1861
Landwirtschaftsminister Stübinger	1874
Innenminister Wolters	1818

**53. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz
am Dienstag, dem 8. Februar 1966**

Die Sitzung wird um 9.40 Uhr durch den Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Van Volxem:

Ich eröffne die 53. Sitzung des Landtages. Beisitzer sind die Herren Abgeordneten Diel und Veltin. Der Herr Abgeordnete Veltin führt die Rednerliste. Es fehlen entschuldigt die Abgeordneten Billen, Heller, Schmidt und Frau Wetzel. Ich begrüße auf der Tribüne als Gäste des Landtages Mitglieder der Jungen Union des Landkreises Frankenthal, Angehörige des Volksbildungswerkes Gundheim, Kreis Worms, und Schüler der Versuchsklasse für das 9. Schuljahr aus Trier.

(Beifall des Hauses.)

Ich rufe auf den **Punkt 1** der Tagesordnung:

Fragestunde

- Drucksache II/554 -

Es liegen zwei Mündliche Anfragen vor; zunächst die Anfrage des Herrn Abgeordneten Thorwirth (SPD) Nr. 60 betreffend Zuschüsse aus dem Etat des Gesamtdeutschen Ministeriums an das Pfalztheater und Pfalzorchester. Die Anfrage wird verlesen.

Abg. Diel (Schriftführer):

Mündliche Anfrage des Abg. Thorwirth (SPD) Nr. 60 betreffend Zuschüsse aus dem Etat des Gesamtdeutschen Ministeriums an das Pfalztheater und Pfalzorchester.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages hat am 2. Dezember 1965 der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Dr. Erich Mende, auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Müller-Emmert (SPD), Kaiserslautern, die Mitteilung gemacht, daß nach seiner Auffassung die rheinland-pfälzische Landesregierung neuerdings eine Unterstützung kultureller Einrichtungen im pfälzischen Grenzgebiet ablehne.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz die weitere Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 40 000 DM an das Pfalztheater und 30 000 DM an das Pfalzorchester, die aus grenzpolitischen Erwägungen aus dem Etat des Gesamtdeutschen Ministeriums bisher bewilligt wurden, für die Zukunft abgelehnt?
2. Welche Gründe hat die Landesregierung, falls diese Mitteilung in vollem Umfang zutrifft, diesen Standpunkt einzunehmen?
3. Gilt dieser Standpunkt der Landesregierung auch für Zuschüsse des Gesamtdeutschen Ministeriums, die bisher kulturellen Einrichtungen im Bezirk Trier (zum Beispiel Städtisches Theater 140 000 DM, St.-Matthias-Basilika in Höhe von 150 000 DM) gewährt wurden?

4. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um den Ausfall von Zuschüssen aus dem Gesamtdeutschen Ministerium für kulturelle Einrichtungen auszugleichen?

Präsident Van Volxem:

Die Anfrage wird durch den Herrn Ministerpräsidenten beantwortet.

Ministerpräsident Dr. h. c. Altheimer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat zu keinem Zeitpunkt eine Unterstützung kultureller Einrichtungen im pfälzischen Grenzgebiet durch das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen abgelehnt. Dem entsprechend beantworte ich die Frage Nr. 1 der soeben verlesenen Mündlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Thorwirth mit einem Nein. Durch dieses Nein zur Frage 1 beantworten bzw. erledigen sich die weiterhin gestellten Fragen Nummer 2, 3 und 4 von selbst.

Präsident Van Volxem:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Thorwirth (SPD)!

Abg. Thorwirth:

Herr Ministerpräsident! Ist die Beantwortung der Anfrage so zu verstehen, daß sich der Gesamtdeutsche Minister bei der Erklärung im Parlament geirrt hat?

Ministerpräsident Dr. h. c. Altheimer:

Wahrscheinlich hat er sich geirrt. Ich möchte das aus der Korrespondenz entnehmen, die im weiteren Verlauf geführt worden ist.

Präsident Van Volxem:

Weitere Zusatzfragen?

(Abg. Thorwirth: Danke, nein!)

Ich rufe auf die Frage Nr. 61 des Herrn Abgeordneten Hilf betreffend Maul- und Klauenseuche (MKS).

Abg. Diel (Schriftführer):

Mündliche Anfrage des Abg. Hilf (CDU) Nr. 61 betreffend Maul- und Klauenseuche (MKS).

In letzter Zeit werden fast täglich alarmierende Berichte über die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche (MKS) unter den Klauentierbeständen des Bundesgebietes in Presse und Rundfunk veröffentlicht. Es wird davon gesprochen, daß die Seuche besonders ansteckend

(Diel)

sein soll, sehr bösartig verläuft und infolgedessen zu außergewöhnlich hohen wirtschaftlichen Verlusten führt.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind von ihrer Seite ergriffen worden, um einer Verbreitung der MKS in unserem Lande vorzubeugen?
2. Ist es nicht möglich, in Rheinland-Pfalz sämtliche Klauentiere schutzimpfen?

Präsident Van Volxem:

Die Mündliche Anfrage wird durch den Herrn Innenminister beantwortet.

Innenminister Wolters:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Frage 1: Als sich zu Jahresbeginn die Maul- und Klauenseuche in Süddeutschland und Nordwestdeutschland bedrohlich auszubreiten begann, habe ich sämtliche mit dem Vollzug des Viehseuchengesetzes betrauten Behörden auf die Gefahr hingewiesen und zu größter Aufmerksamkeit aufgefordert. Dank der Umsicht aller hat die Seuche in den wenigen Fällen, in denen sie nach Rheinland-Pfalz eingeschleppt worden ist, meist durch Schlachtvieh oder durch Personenverkehr, keine Gelegenheit zur Ausbreitung gefunden. Befallene Bestände wurden unverzüglich getötet. Außer der Desinfektion und Sperre der Gehöfte werden die gefährdeten Rinder in der Umgebung der Seuchenausbüchle schutzgeimpft. Wegen seiner besonderen Gefährdung habe ich für den Regierungsbezirk Pfalz eine viehseuchenpolizeiliche Beschränkung des Verkehrs mit Schlachtvieh aus Süddeutschland veranlaßt und Erleichterungen im Viehverkehr mit dem nordwestdeutschen Seuchengebiet für das ganze Land rückgängig gemacht.

Zur Frage 2: Zur vorbeugenden Schutzimpfung sämtlicher Klauentiere im Lande ist folgendes zu sagen: Es gibt zur Zeit keinen Impfstoff, der auch die für Maul- und Klauenseuche hochempfindlichen Schweine befriedigend schützen kann. Die Impfung kann also nur bei Rindern erfolgen. Der Impfschutz verliert nach sechs bis acht Monaten erheblich an Wirksamkeit, gegenüber dem zur Zeit in Süddeutschland vorherrschenden Virustyp schon früher. Die Impfungen müssen also jährlich wiederholt werden. Da mehrere Virustypen mit jeweils verschiedenen Varianten vorkommen, ist nicht immer zu gewährleisten, daß der eingesetzte Impfstoff gegenüber jedem möglichen Seuchenerreger von höchster Spezifität ist. Der Impfstoff selbst kann nur für eine bestimmte Zeit gelagert werden.

Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß in keinem Lande größere Mengen von Impfstoff vorrätig gehalten werden. Der zur Verfügung stehende Impfstoff wird zur Zeit durch das zuständige Bundesministerium auf die einzelnen Länder verteilt. Eine Flächenimpfung ist deshalb schon aus diesem Grunde zur Zeit nicht möglich. Sobald Impfstoff in genügendem Umfange vorhanden ist, werde ich durch meine Veterinärabteilung prüfen lassen, ob Flächenimpfungen in unserem Lande vorgenommen werden sollen.

Präsident Van Volxem:

Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Ich rufe auf den **Punkt 7** der Tagesordnung:

Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1966

- Drucksache II/520 -

Wir fahren fort in der zweiten Beratung des Landesgesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1966. Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, in diesem Zeitpunkt der Debatte auf die grundsätzlichen Stellungnahmen zu verschiedenen Punkten einzugehen, die die Herren Vorsitzenden der drei Fraktionen dieses Hohen Hauses gestern zum Haushaltsplan im allgemeinen und zu ausgewählten Fragen im besonderen abgegeben haben. Dazu gehört an der Spitze das Bekenntnis zur freiheitlichen Grundordnung, von der der Herr Abgeordnete Dr. Skopp gestern gesprochen hat, verbunden mit dem Bekenntnis aller Fraktionen dieses Hauses, zu denen sich auch die Mitglieder der Landesregierung gesellen, nämlich zu dem Willen, allen Angriffen, die diese freiheitliche Grundordnung unseres staatlichen Lebens irgendwie bedrohen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln immer da zu begreifen, wo es der Augenblick und das Wort erfordern.

Das gilt, meine Damen und Herren, vor allem gegenüber den Ewiggestrigen; es gilt zugleich aber auch da, wo Unverständnis oder Verblendung einzelner erfordert. Die Vorgänge von Bergzabern, über die der Herr Innenminister in aller Öffentlichkeit berichtete und die gestern Gegenstand übereinstimmender Auffassungen der Fraktionen hier waren, brauchen nicht dramatisiert zu werden, aber wir sollten sie auch nicht leicht nehmen. Das war ja sicher - diejenigen, die jene Zeiten in jungen Jahren miterlebten, werden mir recht geben - der zu spät erkannte schwerwiegende Fehler, daß die demokratischen Kräfte vor 1933 die Gefahren nicht so ernst genommen haben, nicht so ernst nehmen wollten, wie es notwendig gewesen wäre.

Widerstehet den Anfängen! Das gilt sicherlich hier. Es gilt für die Regierung, ebenso - wie gestern alle Fraktionen bekundeten - für die tragenden Kräfte unseres demokratischen Lebens im Lande wie in der Bundesrepublik.

(Beifall im Hause.)

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Skopp hat gestern betont, daß in diese freiheitliche Grundordnung auch die Existenz unseres Landes gehört. Seine Existenzberechtigung nach so vielen schweren - aber wir dürfen heute rückschauend auch sagen, erfolgreichen - Anstrengungen der vergangenen 19 Jahre war, wie die Aussprache ergab, die feste Überzeugung aller und die Grundlage der Beratungen überhaupt. Sie wissen, meine Damen und Herren - ich will nicht nachkarten, aber ich glaube, ich darf es wohl sagen -, das war nicht immer so. Um so mehr freue ich mich in diesem Jahre

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeyer)

über diese übereinstimmende Bekundung. Immer habe ich daran geglaubt und immer festgehalten an der Überzeugung, daß diese alte und geschichtsreiche Landschaft, daß dieses unser Land Rheinland-Pfalz in der politischen Geographie der Bundesrepublik seine eigene Aufgabe in einer besonders schweren Zeit zu erfüllen hatte, im Rahmen und in der Verpflichtung für das Ganze.

Herr Dr. Skopp, wenn Sie mir gestern wegen meiner jüngsten Erklärungen unterstellt haben sollten oder wenn Sie es so verstanden hätten, daß ich den Verfassungsauftrag des Artikels 29 nicht beachtet oder gar beseitigt sehen wollte, dann hätten Sie mich sicherlich mißverstanden. Ich habe vor wenigen Wochen auf einer Pressekonferenz auf Befragen vielmehr erklärt, es sei an der Zeit, die ewige Diskussion um die Neugliederung und die Durchführung des Artikels 29 zu beenden. Entweder, so meinte ich, würde der Artikel 29 jetzt durchgeführt, oder aber der Verfassungsgeber selber - und das ist das Entscheidende - zöge aus der Unmöglichkeit seiner Ausführung heute oder morgen die notwendigen Konsequenzen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sofort anfügen, daß der Föderalismus nach unserer Auffassung unteilbar ist. Ich sage das in bezug auf alle zur Zeit bestehenden Länder und will die Frage angesichts unserer Übereinstimmung nicht weiter vertiefen. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit eine Frage besonders anschnitten, weil sie in der Öffentlichkeit immer falsch gewertet wird. Es geht nämlich um den Begriff der Leistungsfähigkeit, der durchweg mit dem Begriff der Finanzstärke oder in noch vereinfachter Form mit dem Begriff der Steuerkraft gleichgesetzt wird. So kommt es nämlich, daß von gewissen Leuten - bis zuletzt noch von Nordrhein-Westfalen - denjenigen Bundesländern einfach deshalb schon die Existenzberechtigung abgesprochen wird, welche nicht aus eigener Steuerkraft allein die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen vermögen.

Meine Damen und Herren! Jedes hochentwickelte Land besteht aus Verdichtungsräumen oder Ballungszentren mit hohen Steuererträgen und daneben aus agrarisch strukturierten Gebieten, die ihrer Natur nach geringere Steuerleistungen erbringen. Das ist und war auch in Deutschland immer so. Bei der ungleichen, von der Natur aus besorgten Grundausstattung der Landschaften und Regionen mit unterschiedlicher Bodenqualität und mit differenzierten Bodenschätzen wird es ein Dauerzustand bleiben, daß der Staat, dem die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aller seiner Staatsbürger - wie bei uns - Verfassungsauftrag ist, für einen gerechten Ausgleich zu sorgen hat. Es macht im Ergebnis keinen Unterschied, ob sich dieser Ausgleich etwa zwischen den Provinzen eines Zentralstaates oder zwischen den Ländern eines Bundesstaates vollzieht. Für den föderativ gegliederten Staat ist der Wille zum freiwilligen Ausgleich jedoch dem Verfassungsprinzip immanent.

Sehr zutreffend hat der Herr Kollege Dr. Kohl gestern darauf hingewiesen, daß die Nachteile zufälliger, oft tragischer, oft blutiger Geschichtsergebnisse gerade in unserem Grenzlandbereich hier im Westen Deutschlands nicht verewigt werden könnten, daß vielmehr der Auftrag des Landes darin bestand und besteht, diese historischen Nachteile nun endlich zum Besseren unserer Bevölkerung zu wenden. Vieles konnte dabei mit gutem Erfolg in den vergangenen fast 20 Jahren herbeigeführt werden. Vieles bleibt als Aufgabe, vor allem

im wirtschaftlichen Strukturprogramm des Landes, bestehen.

Unsere föderative Grundordnung, meine Damen und Herren, hat eben ihren eigentlichen Grund in der Tatsache, daß jedem Land ganz spezielle Aufgaben obliegen. Trotz aller Tendenzen, dem Bund weitere Aufgaben anzuvertrauen - Aufgaben, über die man im Einzelfalle reden kann, vielleicht auch reden muß -, trotz allem ist die föderative Ordnung daher uns gemäß und durch keine Entwicklung, wie es immer wieder dargestellt wird, überholt.

Ich bin gestern hier mehrfach in meiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Bundesrates angesprochen und zu gewissen Aktivitäten in diesem Amte von Ihnen, meine Damen und Herren, ermuntert worden. Deshalb sei mir ein kurzes Wort zum gegenwärtigen Bundesländer-Verhältnis - ich komme in spezieller Weise bei der Finanzreform noch einmal darauf zurück - gestattet.

(Vizepräsident Rothley übernimmt den Vorsitz.)

Spannungen und Konflikte sind nicht Anzeichen einer Verkümmern, sondern sie sind im Gegenteil ein Beweis dafür, daß im Gehäuse der Verfassung echtes, gutes, wirkliches Leben vorhanden ist. In der bundesstaatlichen Ordnung ist ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen dem Bund und den Ländern ganz naturgegeben, und es kommt allein darauf an, das föderativen Struktur unseres Staatswesens innewohnende dynamische Prinzip zum Wohle der Gesamtheit nutzbar zu machen.

In der sechzehn-jährigen Geschichte unseres Grundgesetzes gibt es genug Beispiele und eindeutige Beweise dafür, daß es den Ländern an Loyalität und Solidarität gegenüber dem Bund niemals gefehlt hat. Diese Tatsache kann auch nicht in Zweifel gezogen werden, wenn schon einmal zur verbindlichen Klärung von Streitfragen und Auslegungen bestimmter gesetzlicher Bestimmungen über die Abgrenzung oder Tragweite von Kompetenzen, wie es zum Beispiel im sogenannten Fernsehstreit geschah, das Bundesverfassungsgericht bemüht werden mußte. Wieso soll das ein Vorwurf sein? Wofür, meine Damen und Herren, wäre das Gericht sonst da?

Eine gewisse Elastizität muß selbstverständlich unserer Staatspraxis innewohnen. Zu- und Abgeben, so möchte ich es sagen, gehört dazu. Ich möchte mich aber mit allen Mitteln einer grundsätzlichen Aushöhlung der Länderkompetenzen widersetzen, da dies dem Wohle des Ganzen auf die Dauer gesehen sicherlich nicht nützlich würde. Denn - ich sagte es schon - bei der föderativen Struktur handelt es sich eben nicht um ein statisches, sondern um ein dynamisches Ordnungsprinzip. Das aber bedeutet, daß zeitbedingte Veränderungen und zeitbedingte Entwicklungen sich auch auf den materiellen Gehalt des föderativen Prinzips auswirken.

Unter diesem Aspekt muß deshalb auch in erster Linie die Praxis der Länder gesehen werden, die darauf hinauslief, im Bereich ihrer eigenständigen, im Grundgesetz garantierten Kompetenz überregionale, gemeinsame Aufgaben allein oder auch unter Einschluß des Bundes, wie wir es erlebt haben, einer optimalen Regelung zuzuführen. Ich meine, Wissenschaftsrat, Unterhaltung bestehender wissenschaftlicher Einrichtungen, die Finanzierung neuer Hochschulen oder - zur Zeit - die Errichtung eines Bildungsrates, neben vielen ande-

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier)

ren staatsvertraglich geregelten einheitlichen Bestimmungen, sind ein sichtbarer Beweis dafür. Es wird niemand bestreiten, daß sich diese aus der Länderinitiative hervorgegangenen Einrichtungen im großen und ganzen bewährt haben.

Trotzdem - so lesen und hören wir es in der Öffentlichkeit immer wieder - ist der Beifall nicht allgemein. Insbesondere versucht immer wieder die Theorie, derartigen Losungen, wie soll ich sagen, am Zeug zu flicken. So werden beispielsweise in neuerer Zeit - ich habe auch in meiner Antrittsrede im Bundesrat darauf hingewiesen - gewisse Lösungen als Strukturwandlungen im föderalistischen Aufbau unseres Staates oder als Trend zum unitarischen Bundesstaat oder zur Errichtung einer dritten Ebene gekennzeichnet und daraus gleicherweise die Forderung abgeleitet, es müsse die Kompetenzverteilung zugunsten des Gesamtstaates, des Bundes eben, geändert werden.

Da heißt es etwa dem Sinne nach - wenn die Finanzreform in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben wird, dann werden Sie es an ganz bestimmten Stellen lesen -: Die eigenen Aufgaben des einen Landes, die es im Recht des Grundgesetzes anpackt und erfüllt, gehen in Ordnung, da sagen wir ja; aber - so sagt man weiter - wenn solche Landesaufgaben zu einer gemeinsamen Länderaufgabe werden sollen, wenn die Länder untereinander durch vertragliche Abmachungen derartige Abkommen treffen - die, die ich eben nannte, oder auch das jetzt im Gespräch befindliche Hamburger Schulabkommen - oder wenn sie diese durch gemeinsame Finanzierungsvereinbarung herbeiführen, dann sagen wir nein; das gehört - so folgert man fälschlich weiter - bereits in die Zuständigkeit des Bundes. Wo immer Länder etwas zusammen machen, so sagt man also: Da ist eine Landeszuständigkeit nicht mehr gegeben, da ist der Beweis dafür erbracht, daß es auf der höheren Ebene des Bundes gemacht werden muß.

Ich möchte solchen Auffassungen mit dem gleichen Nachdruck entgegenzutreten, wie es dieser Tage mein bayrischer Kollege Dr. Goppel zutreffend getan hat. Hier handelt es sich eben nicht um Bundesaufgaben. Es werden grundgesetzlich garantierte Länderaufgaben nicht Bundesaufgaben, wenn sich zwei oder drei oder vier oder gar elf Länder zusammenschließen, um an diese ihre Landesaufgabe gemeinsam heranzutreten, sondern hier handelt es sich lediglich um die Selbstkoordinierung der Länder im Rahmen ihrer grundgesetzlich garantierten Zuständigkeiten.

Wir haben hier das oberste Gericht der Bundesrepublik auf unserer Seite; denn es hat im Fernsehstreit bestätigt - ich zitiere wörtlich -, „daß die Tatsache der gemeinsamen Erfüllung einer Aufgabe durch die Länder, gleichgültig, aus welchen Gründen es geschähe, für sich genommen kein Grund sei, daraus etwa eine Bundeszuständigkeit zu rechtfertigen“.

Meine Damen und Herren! Grundlage einer jeden staatlichen Ordnung, einer staatlichen Betätigung ist der Haushaltsplan als die Summierung der Aufgaben für ein ganzes Jahr. Seine Verwirklichung setzt eine geordnete Wirtschaft und geordnete öffentliche Finanzen voraus. Ich kann deshalb, Herr Dr. Skopp, keinen Widerspruch zwischen dem empfinden, was Bundeskanzler Erhard immer wieder klärend und mahnend ausgesprochen hat, zu dem, was jüngst Bundeswirtschaftsminister Schmücker meinte. Sie hatten ja gestern dem Herrn Bundesminister Schmücker geglaubt danken

zu müssen - und ihn dadurch in einen gewissen Gegensatz zu den Auffassungen des Bundeskanzlers zu stellen -, und zwar deshalb, weil Schmücker dazu aufgefordert hätte, nicht gleich wieder in Konjunkturpessimismus zu verfallen. Meine Damen und Herren, ich habe nachgelesen, was der Herr Schmücker gesagt hat. Und da möchte ich sagen: Nichts wird dramatisiert, wenn von Wirtschaftswachstum, wenn von Preisstabilität, wenn von Währungsstabilität mit allem Ernst gesprochen wird oder wenn Tendenzen entgegenzutreten wird, die geeignet sein könnten, eine solche Sicherheit zu gefährden. Nichts anderes hat der Bundeskanzler in seinen verschiedenen Appellen an alle in unserem Volke betont. Es ist auch verstanden worden. In gleicher Weise aber hat der Bundeswirtschaftsminister noch vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß Auftragseingänge und Produktionen in der Industrie, vor allem bei den Investitionsgütern und Grundstoffen, langsamer wachsen würden. Er spricht von einem gedämpften Geschäftsgang der Stahlindustrie; er spricht davon, daß auf dem Baumarkt die Nachfrage nachgelassen hat. Daß seine stärkere Differenzierung der Konjunktur nach Branchen sichtbar und zu erwarten ist. Er sagt, daß das Bruttosozialprodukt voraussichtlich langsamer steigen würde, und er ersucht deshalb darum, im Wirtschaftsleben alles realistisch zu sehen und sich vor Phantasien zu hüten. Schließlich hat Schmücker erklärt, wie zu lesen ist, die deutsche Wirtschaft sei in ihrer Leistungskraft nach wie vor ungebrochen - Gott sei Dank! -, um aber mahnend hinzuzufügen - und nun komme ich zu dem, was der Herr Kollege Dr. Skopp gestern gesagt hat -, wenn freilich diese Leistungskraft durch übertriebene Ansprüche überfordert würde, dann brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn es eines Tages wirtschaftlich womöglich doch abwärts ginge.

Diesen mahnenden Worten - sie stimmen absolut mit dem überein, was Erhard wiederholt erklärt hat - setzt Schmücker dann hinzu - und das ist wohl das, was Herr Dr. Skopp gestern, dann allerdings aus dem Zusammenhang herausgerissen, hier andeutete -, daß es jedoch falsch wäre, nun gleich wieder in das andere Extrem zu verfallen und von übertriebenem Optimismus unvermittelt in unangebrachten Pessimismus umzuschlagen oder umgekehrt.

Beides, meine Damen und Herren, Mahnung und Optimismus, so meine ich, gilt es in die Ordnung des Tages einzustellen, in der Wirtschaft wie im Staate. Der Staat ist in seinen Leistungen abhängig von den Erträgen unserer Wirtschaft. Stabilität - ich sage es noch einmal -, Preisgefüge, Währung und Konkurrenzfähigkeit draußen in der Welt sind die Voraussetzungen auch für unseren Haushaltsplan 1966, ganz gleich, ob er nun als Haushalt pflichtgemäßer Begrenzung, wie wir gestern hier hörten, oder etwas schlicht als Haushalt der Sparsamkeit, wie es die Regierung und die Regierungsparteien erklärten, bezeichnet wird.

Die Regierungsvorlage, meine Damen und Herren, hat nach den gestrigen Vorträgen der Herren Berichterstatter keine allzu wesentlichen Veränderungen erfahren. Das Haushaltsgesetz aber ist das wichtigste Gesetz überhaupt. War es angesichts dessen, Herr Kollege Dr. Skopp, vielleicht nicht etwas voreilig, wenn Sie gestern von einer mangelnden Übereinstimmung zwischen Regierung und Koalition sprachen - so als ein kleiner Keil zwischen Regierung und Koalition, so als ein Fragezeichen, wie ich es verstanden habe? Es ist ja schon vom Herrn Abgeordneten Dr. Kohl darauf geantwortet worden. Natürlich gibt es Verschiedenheiten in den Auffassungen, auch in den Auffassungen der

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeyer)

Koalitionsparteien, auch in der Fraktion der SPD und auch in der eigenen Fraktion! Warum denn nicht, meine Damen und Herren? Hätte das noch etwas mit Demokratie zu tun, wenn einfach diktiert würde: Das ist die Meinung, die hat jeder zu befolgen!?

Lassen Sie mich, Herr Kollege Dr. Skopp, Ihre Besorgnis wegen der Uneinigkeit - so habe ich es verstanden - im eigenen Lager zerstreuen: In den grundsätzlichen politischen Zielen, die wir uns gestellt haben, stimmen wir immer überein. Herr Dr. Kohl hat das gestern hier sehr deutlich ausgesprochen; ich möchte es mir zu eigen machen.

Und ein Weiteres. Offensichtlich haben doch auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn ich die Ausführungen Ihres verehrten Sprechers gestern recht verstanden habe, die zu bewältigenden Aufgaben und die finanziellen Prognosen weitgehend übereinstimmend mit der Regierungsvorlage beurteilt.

Selbstverständlich habe ich volles Verständnis dafür, wenn Sie den Etat des Ministerpräsidenten aus politischen Gründen ablehnen. Das ist das gute Recht der Opposition, meine Damen und Herren. Und der Ministerpräsident muß es tragen; er weiß es auch zu tragen.

(Abg. Dr. Kohl: Mit Würde tragen!)

Er hat dabei immer noch ein wenig die Hoffnung, daß Ihre Einstellung zu dem gesamten Werk in der dritten Lesung vielleicht doch noch eine Revision erfährt; und die dritte Lesung ist ja schließlich die entscheidende.

Ich habe auch Verständnis dafür, daß es gestern nicht ohne Vorwürfe abging, etwa an die Adresse des „altväterlichen“ Ministerpräsidenten, Herr Kollege Dr. Skopp, oder seines „hausbackenen“ Finanzministers.

(Abg. Dr. Skopp: Das habe ich so nicht gesagt, Herr Ministerpräsident!)

- Doch, das haben Sie gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU und vereinzelt im Hause.)

Unterstellen Sie mir bitte einmal, daß ich es schon recht verstanden habe.

Gestern war auch von dem Verhältnis des Ministerpräsidenten zu seinen Ministern die Rede. Hier war in Ihren Ausführungen ein gewisser Widerspruch spürbar. Auf der einen Seite war es der Vorwurf: Dieser Ministerpräsident diktiert seinen Ministern nach den Richtlinien der Politik; und auf der anderen Seite, beispielsweise bei den Ausführungen über den Justizetat, klang der Vorwurf auf: Dieser Ministerpräsident kümmert sich ja überhaupt nicht um seinen Justizminister, und deshalb müssen wir ihn selbst einmal an die Kandare nehmen.

Ich möchte mich, meine Damen und Herren, trotz allem - wenn ich jetzt wieder von dem „altväterlichen“ und „hausbackenen“ spreche - zu der Auffassung bekennen, daß ebenso wie der Familienvater im Kleinen auch der verantwortliche Politiker im Staat gut daran tut, in besseren Zeiten des Wohlergehens für schwerere Zeiten zu sorgen, das heißt Schulden zu tilgen, damit in mageren Jahren noch immer die Möglichkeit besteht, neu in eine Verschuldung zu gehen, und nicht die Be-

wegungsfreiheit etwa in diesem Augenblick durch die Abdeckung alter Verpflichtungen zu verlieren.

(Beifall der FDP und Zurufe: Sehr richtig!)

Diese Altväterlichkeit, meine Damen und Herren, haben sicherlich auch andere maßgebende Leute in der Bundesrepublik bis zuletzt zum Ausdruck gebracht. Gestern ist wiederholt das Gutachten der wissenschaftlichen Sachverständigen über die wirtschafts- und finanzpolitische Lage in der Bundesrepublik hier zitiert worden. Wenn Sie es einmal durchlesen, so werden Sie darin ungefähr genau dasselbe finden, was ich soeben mit anderen Worten gesagt habe. Es heißt, „weil sie die Voraussetzungen und die Einsichten, die Dämpfung der Ausgabefreudigkeit der öffentlichen Hand als anti-zyklische Maßnahme in Zeiten der Überhitzung noch einmal nachträglich in unsere Erinnerung rufen wollen“.

Im übrigen, meine Damen und Herren: Wir haben wahrlich in der Vergangenheit nicht nur Schulden getilgt. Wir haben sie in noch viel schwereren Zeiten zunächst einmal machen müssen. Als es besser wurde, haben wir nicht nur Schulden getilgt, sondern Regierung und Parlament haben sich in diesen zurückliegenden Jahren des wirtschaftlichen Wachstums und steigender Staatseinnahmen mit vielen Anstrengungen zugleich auf die neuen Schwerpunktaufgaben konzentriert. Schließlich waren es doch die Landesregierung und die sie tragenden Parteien, die damals - 1959 - das Sondervermögen für den Schulbau errichteten. „Mindestens 50 Millionen DM“ hieß es damals in dem Gesetz vom 7. Dezember 1959. Aus diesem „mindestens“ machten wir dann, den gesteigerten finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten folgend, in den Jahren der aufsteigenden Konjunktur rund 130 Millionen DM, ehe das zweite Gesetz vom 17. Dezember 1963 für den Schulbau mit 200 Millionen DM in diesem Hause beschlossen wurde, wodurch schließlich der Grundstock für das Zehnjahres-Schulbauprogramm gelegt wurde.

Gestern wurde, ich glaube vom Herrn Kollegen Skopp, kritisch von meinem Schreiben vom 23. September 1965 an den Herrn Landtagspräsidenten gesprochen. Jawohl, der Ministerrat hat seinerzeit, so heißt es in diesem Brief, sich mit dem Bedarfsplan - ich spreche jetzt von dem Zehnjahres-Schulbauplan - eingehend befaßt und ihn gebilligt. Aber er hatte auch hinzugefügt: „In welcher Zeit er sich realisieren läßt, hängt von der Entwicklung der Einnahmen und von der Gestaltung der Haushaltspläne in den kommenden Rechnungsjahren ab.“ Das heißt, es braucht keine zehn Jahre zu dauern, wenn die Entwicklung besser als erwartet wird, und es muß auch schließlich länger dauern, wenn die Entwicklung - was wir nicht wünschen - in das Gegenteil umschlägt.

Meine Damen und Herren! Wer vermöchte diese Binsenwahrheit zu bestreiten? Ist sie nicht eine Selbstverständlichkeit? Jedenfalls vermag ich von dem Standpunkt einer Haushaltsverantwortung her in dieser Feststellung nur eine solche Selbstverständlichkeit zu erblicken. Dabei bleibt - das hat die Regierung ausgesprochen und beschlossen - die Vorrangigkeit des kulturellen, insbesondere auf dem angesprochenen Gebiet, selbstverständlich gewahrt.

(Beifall der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Skopp hat behauptet, wir hätten den Universitätsausbau verzögert,

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier)

weil wir Schulden bezahlt hätten, und jetzt kürze der Bund seine Mittel. Die Mittel des Bundes, meine Damen und Herren, für unsere Universität waren immer bescheiden, der Löwenanteil war, ist und bleibt vom Land aufzubringen. Aber die Forderung, die der Herr Kollege Dr. Skopp hier äußerte, ist aus anderen Gründen absolut unzutreffend. Einmal haben wir den Universitätsausbau zu keinem Zeitpunkt verzögert. Ich will keine gute oder ungute Erinnerung an die Vergangenheit auffrischen; man könnte da einiges zitieren, was vor zehn oder 15 Jahren über die Universität gesagt wurde. Es sei festgestellt, daß das Land - was in der Bundesrepublik unbestreitbar ist und was gestern auch von Herrn Dr. Kohl hier zutreffend ausgeführt wurde - auch in seinen finanzschwachen Jahren dem Aufbau seiner Universität so starken Auftrieb gegeben hat, daß er heute kontinuierlich weitergeführt werden kann. Ein Blick auf die Baustellen an der Universität und an den Kliniken sagt mehr aus als viele Worte.

Die zwischenzeitlich vom Wissenschaftsrat der Bundesregierung vorgeschlagene und gestern hier erwähnte sogenannte Negativliste betrifft zunächst einmal alle Universitäten in der Bundesrepublik. Sie ist nach meiner Meinung bedauerlich, wobei aber immerhin festzustellen ist, daß von den insgesamt auf die Mainzer Universität entfallenden 19 Baumaßnahmen nur sieben im gegenwärtigen Zeitpunkt im Jahre 1966 aus Bundesmitteln nicht mitgefördert werden sollen. Das heißt aber zugleich, daß die übrigen zwölf Baumaßnahmen unverändert auch weiterhin durch den Bund gefördert werden.

Im übrigen braucht es meines Erachtens - auch das möchte ich hier klar aussprechen - zu dieser vorübergehenden Verzögerung von Teilmaßnahmen nicht zu kommen, wenn der Bund sich jetzt dazu entschließen wollte, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Ländern zu erfüllen. Darüber ist sicherlich das letzte Wort noch nicht gesprochen; denn bekanntlich hat sich der Bund ebenso wie die Länder verpflichtet, alljährlich für die Finanzierung bestehender Hochschulen je 250 Millionen DM aufzubringen. Die Länder haben das getan; der Bund für 1965 bisher allerdings noch nicht.

Dieses Fragezeichen in der vertraglichen Leistung des Bundes kennzeichnet im übrigen die zur Zeit bestehende finanzielle Situation. Einerseits hat der Bund wegen der engen Verzahnung von Wissenschaft und Forschung ein berechtigtes Interesse an seiner Mitbeteiligung an den großen kulturpolitischen Aufgaben; andererseits kann er aber seine Interessen nicht dadurch abgeben, daß er in dem gleichen Augenblick, etwa durch eine Erhöhung des Anteils an den großen Steuern, wie es vor einigen Jahren geschah, die Ländereinnahmen in dem gleichen Zeitpunkt verkürzt. Hier ist das Grundproblem einer kommenden Finanzreform angesprochen, von der seit Jahr und Tag sehr viel gesprochen wird, von der jeder je nach seiner Interessenlage allerdings nur mehr erwartet, obwohl der zu verteilende Kuchen am Ende auch durch eine Reform nicht größer wird.

Herr Kollege Dr. Kohl hat gestern auf die Finanzreform hingewiesen und mich um einige Äußerungen dazu gebeten. Meine Damen und Herren, ich tue das gerne!

Auf ihrer Saarbrücker Konferenz im Jahre 1963 haben die Ministerpräsidenten gegenüber dem Bund die Forderung nach einer sogenannten Flurbereinigung erhoben,

die wiederum zwischen der Aufgaben- und Ausgabenwirtschaft des Bundes und der Länder Ordnung schaffen soll. Der Herr Bundeskanzler hat damals diese Anregung aufgegriffen. So kam es dann zu der Bildung einer Bund-Länder-Kommission, auf der Seite des Bundes die Bundesminister Dahlgrün und Niederralt, auf der Seite der Länder die Ministerpräsidenten Goppel, Diederichs, Meyers und Altmeier.

Es wurde dann gemeinsam vom Bundeskanzler und von den Ländern ein Sachverständigenremium eingesetzt. Nach sehr intensiven jahrelangen Beratungen ist es nun endlich so weit, daß dieses Gutachten auf den Tisch gelegt werden kann. Es wird am kommenden Donnerstag vom Bundeskanzler und den Regierungschefs der Bundesländer entgegengenommen.

Als Mitglied dieser Bund-Länder-Kommission verletze ich, meine Damen und Herren, sicher nicht die bisherige Vertraulichkeit der Beratungen, wenn ich in einigen Stichworten sage, worum es geht.

Das Gutachten der Sachverständigenkommission befaßt sich auf 398 Schreibmaschinenseiten nebst vielen, vielen Beilagen und Grundgesetzänderungsvorschlägen 1. mit dem Ziele der Finanzreform: Was will sie? -, 2. mit neuen Formen der Zusammenarbeit - gemeint ist die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern bei sogenannten Gemeinschaftsaufgaben, von denen ich eben gesprochen habe -, 3. mit der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, 4. mit der Gemeinde-Finanzreform und 5. mit den Mitteln einer wirtschaftlich rationalen Fiskal- und Kreditpolitik.

Die Öffentlichkeit wird in den nächsten Tagen, meine Damen und Herren, von diesem sehr umfassenden Reformwerk Kenntnis nehmen. Man wird darüber debattieren, man wird - ich glaube, man braucht kein Prophet zu sein, um das hier zu sagen - auch darüber streiten. Man wird noch lange nicht mit allem einverstanden sein, auch nicht in den Gemeinden, in den großen, kleinen oder mittleren Gemeinden. Es wird zu diesen Vorschlägen hier Zustimmung und dort Ablehnung geben. Es ist - wie ich schon sagte - ein großes Werk. Es ist kein Gesetzentwurf an sich, sondern es sind Feststellungen mit Vorschlägen, aus denen die Gesetzeswerke entstehen sollen, die vorwiegend verfassungsändernden Charakter hätten, wodurch zugleich und wiederum die Schwierigkeit ihrer Verwirklichung angedeutet werden kann.

Es wird - auch das kann ich heute schon sagen, ohne die Vertraulichkeit zu brechen - auch von den Ländern nicht alles hingenommen werden, da sie sich sicherlich in dem einen oder anderen Falle in ihren lebenswichtigen Interessen beeinträchtigt fühlen. Aber, meine Damen und Herren - und das scheint mir die Hauptsache zu sein -, die Finanzreform ist nach langen Jahren der Debatten und der Andeutungen in diesem Gutachten umfassend behandelt, das heißt, sie ist in Angriff genommen, sie kommt in den Lauf, und es kommt nunmehr darauf an, alle Kräfte anzuspannen, um sie bestmöglich zu verwirklichen.

Dazu bedarf es - ich habe es eben schon gesagt - einer Anzahl wichtigster Gesetze mit verfassungsändernden Mehrheiten. Da steht die Forderung nach einer klaren Lastenabgrenzung und einer bedarfsgerechten Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden.

Meine Damen und Herren! Wie immer die Aufgaben in der Zukunft verteilt werden sollten, so ist auf jeden

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier)

Fall der Finanzbedarf der Aufgabenträger daran zu orientieren. Ein auf diesem Wege erarbeitetes Verteilungssystem müßte eine möglichst gleichmäßige Beteiligung an der Aufkommensentwicklung der großen Steuern gewährleisten. Der unterschiedlichen Entwicklung der Einnahmen des Bundes und der Länder, wie wir sie oft feststellen konnten, wird daher von vornherein dadurch vorgebeugt werden müssen, daß der Steuerverbund auf eine breitere Basis gestellt wird. Deshalb gehört zu der Einkommen- und Körperschaftsteuer zumindest auch die Umsatzsteuer, wodurch auch in der Einkommensentwicklung der Länder in Zukunft eine größere Krisenfestigkeit gewährleistet würde.

Weiterhin ist die Forderung nach einer gerechten Verteilung des regionalen Steueraufkommens zu erheben, und zwar so, wie es dem wirtschaftlichen Steuerleistungsbetrag der einzelnen Länder entspricht. Zur Zeit ist - wie Sie wissen - das Verhältnis zwischen gebietlichem Aufkommen und gebietsmäßiger Steuerleistung in vielen Fällen durch die zunehmende Verflechtung der Wirtschaft und die moderne zentrale betriebsorganisatorische Entwicklung oft genug gestört. Die Stärkung der Wirtschaftskraft dieser Länder in den vergangenen Jahren hat zu keiner entsprechenden Steigerung der Steuerkraft geführt. Die Anpassung der Steuergesetzgebung an diese tatsächlichen Gegebenheiten wäre nicht mehr und nicht weniger als ein Postulat der Gerechtigkeit.

Ich möchte auch der Meinung entgegenreten, daß mit einer Neuverteilung der Aufgaben und einem neuen vertikalen Finanzausgleich etwa alle Finanzprobleme bereits gelöst seien. So nachhaltig ich für eine Neuordnung dieses vertikalen Finanzausgleichs plädiere, weil der gegenwärtige Zustand den allzu offenkundigen Bedarf der Länder ebenso offenkundig unberücksichtigt läßt, so wird dadurch ein Ausgleich der Steuerkraft der Länder untereinander noch lange nicht überflüssig werden.

Der Finanzausgleich muß alle Länder in die Lage versetzen, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Mir liegt keineswegs daran, einer absoluten Gleichmacherei das Wort zu reden. Ich möchte aber auch Vorstellungen zurückweisen - wie ich es eingangs schon sagte -, die die finanziell schwachen Länder auf ein Existenzminimum verweisen wollen.

Einen guten Ansatzpunkt für die Verbesserung der Finanzkraft der steuerschwachen Länder sehe ich, meine Damen und Herren, in einem derzeit im Bundesrat anhängigen Initiativantrag, der diesen Ländern Ergänzungszuweisungen des Bundes gewähren soll, so wie es in Artikel 107 des Grundgesetzes vorgesehen ist. Fünf von elf Ländern - Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland - haben sich zu diesem Initiativgesetzentwurf veranlaßt gesehen. Er wird am kommenden Freitag im Bundesrat erneut verhandelt.

Durch unsere Bemühungen - die fünf finanzschwachen Länder, meine Damen und Herren, haben mit 21 Stimmen die Mehrheit im Bundesrat; 21 gegen 20, das läßt uns hoffen, daß dieser Entwurf wenigstens die Hürde im Bundesrat nimmt,

(Heiterkeit bei der SPD.)

wobei wir noch nicht wissen, wie es im Bundestag gehen wird - hat dieser Initiativantrag eine Fassung erfahren, die auch unserem Lande eine Stärkung seiner

Finanzkraft bringen könnte, wenn wir - wie ich schon sagte - dieses Gesetz zunächst im Bundesrat und dann im Bundestag über die Hürde bringen könnten. Wir werden uns jedenfalls schon am kommenden Freitag im Bundesrat mit besten Kräften darum bemühen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Dr. Storch und auch die anderen Herren Redner haben gestern neben dem Landesplanungsgesetz die baldige Verabschiedung des Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung gefordert. Ich folge mit dieser Erwartung den gestern gemachten Ausführungen gerne, kann allerdings - das wird er begreifen - dem Herrn Abgeordneten Dr. Skopp nicht folgen, wenn er dabei von einer „schmal-spürigen“ Verwaltungsvereinfachung gesprochen hat. Wenn ich ihn recht verstanden habe, will die SPD die Vorlage der Landesregierung durch eine „große“ Verwaltungsreform übertrumpfen. Schade, Herr Dr. Skopp, daß Sie das jetzt erst tun wollen!

(Beifall der Regierungsparteien.)

Die Vorlage der Landesregierung ist vom 11. Januar 1965. Wie schön wäre es gewesen, wenn auch diese Vorlage vielleicht bei derselben Gelegenheit oder wenige Wochen später mit in die Arbeit des Parlaments und der Ausschüsse gelangt wäre.

Es ist auch unzutreffend, wenn der Vorlage der Landesregierung unterstellt wird - das hört man ja immer wieder -, sie beabsichtige lediglich die Veränderung oder Verlegung von Behörden, Kreisen oder Amtsgerichten usw., wobei der Herr Kollege Dr. Skopp - übrigens unzutreffend - gestern in den Katalog der Maßnahmen, die die Regierung in ihrer Verantwortung allein treffen sollte, auch die Amtsgerichte bzw. die Gerichte insgesamt einbezogen hat. Das ist aber natürlich nur durch Gesetz möglich.

Meine Damen und Herren! Unsere Vorlage beinhaltet mehr. Ich habe es bei der Begründung am 9. März 1965 an dieser Stelle sehr ausführlich erklärt. Ich habe damals unsere Gesamtkonzeption vorgetragen und erklärt, daß dazu ein Bündel von Maßnahmen gehört, dessen wesentliche Elemente ich damals in vier Punkte zusammenfaßte:

1. die Bereinigung und Modernisierung des gesamten Landesrechts,
2. die sinnvolle Abgrenzung der Verwaltungsbezirke,
3. die stärkere Zuordnung der Verwaltungskompetenzen und
4. die Rationalisierung des Verwaltungsablaufs nach den heute auch für die Wirtschaft geltenden Gesichtspunkten.

Meine Damen und Herren! Man hat behauptet, die Landesregierung wolle der Verantwortung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches aus dem Wege gehen. Ich habe schon gesagt, das ist absolut unzutreffend. Die Landesregierung hat ja schon in der vergangenen Legislaturperiode Initiativen ergriffen, die allerdings damals leider nicht zum Tragen kamen. Andererseits kann doch niemand bestreiten, daß bei einem solchen Werk gesetzgeberische und administrative Maßnahmen möglichst weitgehend Hand in Hand gehen müssen. So kann zum Beispiel der Grundsatz der Einräumigkeit der Verwaltung nicht verwirklicht werden, wenn hinsichtlich der Verwaltungsgrenzen der allgemeinen in-

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier)

neren Verwaltung keine absolute Klarheit besteht. Es können die Ministerien keine Aufgaben auf die Bezirksregierungen übertragen, wenn die Existenz dieser Institutionen nicht gesichert ist.

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Ich bin gestern in diesem Hause auf Zeitungsnotizen über Ausführungen des früheren Abgeordneten Dr. Ludwig hingewiesen worden, der die Vorlage unseres Gesetzes am 11. Januar 1965 - so habe ich gelesen - als ein Ablenkungsmanöver bezeichnet hat. Meine Damen und Herren! Das ist keine sachliche Behandlung mehr. Deshalb muß ich auch eine solche Verdrehung von Tatbeständen für die Regierung mit Entschiedenheit zurückweisen. Die Regierung hat in ihrer Erklärung die Verpflichtung ausgesprochen, was sie im einzelnen will. Sie hat die Verpflichtung eingehalten.

Meine Damen und Herren! Der SPD ging es doch damals nicht schnell genug. Es wurde, wenn ich mich recht erinnere, ein Untersuchungsausschuß hier angeregt oder sogar eingesetzt, und jetzt, 13 Monate später, avisiert uns Herr Dr. Ludwig eine eigene Pfälzer Vorlage.

(Abg. Dr. Kohl: Rheinland-Pfälzer Vorlage!)

- Rheinland-Pfälzer Vorlage! Nach der Zeitungsnotiz war das nicht ganz klar.

(Abg. Dr. Skopp: Das war nicht so gedacht! - Abg. Dr. Kohl: Hier steht wörtlich: „Die SPD wird in Kürze auch einen eigenen Plan zur Verwaltungsreform für Rheinland-Pfalz vorlegen.“ - Abg. Dr. Skopp: Das ist nicht so gedacht, das steht in verschiedenen Zeitungen auch verschieden! - Unruhe im Hause.)

Meine Damen und Herren! Man kann den Zeitpunkt einer derartig durchgreifenden Maßnahme noch so gut wählen; wenn man nämlich von einem bestimmten Gesichtspunkt ausgeht, dann liegt er immer falsch. Entweder ist die Bundestagswahl im Wege oder die Landtagswahl oder die Gemeindewahl.

(Zuruf von der SPD: Oder alle! - Heiterkeit im Hause.)

Meine Damen und Herren! Man braucht eines für eine Verwaltungsreform: Man braucht dazu Mut für die Reform und vor allen Dingen auch Mut für die Verwirklichung.

(Beifall bei der CDU.)

Diesen Mut haben die Regierung und mit ihr die sie tragenden Koalitionsparteien aufgebracht. Hier aber wird von einem Werk der Überheblichkeit oder der Ablenkungsmanöver gesprochen. Wenn Sie damals und auch heute die Presse in der ganzen Bundesrepublik verfolgt haben, dann stellen Sie fest, daß dieses Werk als eine mutige und als eine besondere und aus der Situation unserer Zeit heraus notwendige Tat, unbeschadet der parteipolitischen Anschauungen, erklärt worden ist.

Gehen Sie nur an dieses Werk mit dem gleichen Mut heran, damit es möglichst bald verwirklicht werden kann. Die Regierung würde sich darüber außerordentlich freuen. Ich habe mich auch darüber gefreut, daß gestern von allen Fraktionen auf eine baldige Verabschiedung des Landesplanungsgesetzes gedrängt worden ist. Auch hier handelt es sich um eine Vorlage, die

in vielfacher Hinsicht neue Wege beschreitet. Das gilt sowohl für die erstmalige Festlegung von materiellen Raumordnungsgrundsätzen in einem Landesgesetz als auch für die gefundene Organisationsform. Ich möchte allerdings warnen vor der Auffassung, als könnten im Planungsrecht gefundene Organisationsformen in die staatliche oder kommunale Verwaltung übertragen und zementiert werden. Nach unserer Auffassung sollen auch in der Zukunft die Verwaltungsorganisation das statische Element und die regionalen Plangemeinschaften das der fortschreitenden Entwicklung angepaßte dynamische Element unserer Staats- und Gesellschaftsordnung abgeben.

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Kohl hat gestern hier angeregt, in verstärktem Maße Raumordnung über die Landesgrenzen hinweg zu betreiben. Ich darf feststellen, daß für das Rhein-Main-Dreieck bereits ein Verwaltungsabkommen mit dem Lande Hessen besteht, und daß wir dabei sind, ein ähnliches Abkommen für den Großraum Mannheim-Ludwigshafen mit den Ländern Hessen und Baden-Württemberg abzuschließen. Diese Abkommen sollen auf der einen Seite die Selbständigkeit der Regionalplanungen in unserem Lande gewährleisten, auf der anderen Seite die notwendige Abstimmung mit den Nachbarländern herbeiführen. Angestrebt wird ein ähnliches Abkommen für den an das Saarland angrenzenden Bereich von Homburg - Zweibrücken. Vielleicht darf in diesem Zusammenhang, wenn ich von der Saar spreche, die gute Zusammenarbeit mit dem saarländischen Nachbarn herausgestellt werden.

Sie wissen, die beiderseitigen Kabinette kommen von Zeit zu Zeit zusammen. Sie versuchen, beiderseitige Vereinbarungen da herbeizuführen, wo es im Interesse der überleitenden beiderseitigen Maßnahmen möglich ist. Das gilt für Straßenprojekte, Probleme der Raumordnung und für Verwaltungsfragen. Ich nenne als markante Beispiele die Zusammenlegung der Landesarbeitsämter der beiden Länder, die sich bewährt hat. Ich nenne die verschiedenen anderen Zusammenlegungen von Oberbehörden in unserer rheinland-pfälzischen Verwaltung. Umgekehrt ist es neuerdings unser Bestreben, unsere Oberbergverwaltung mit derjenigen des Saarlandes durch vertragliche Abmachungen zusammenzulegen.

Der Saar-Pfalz-Kanal wurde von Herrn Dr. Kohl gestern angesprochen. Der war auch vor wenigen Tagen wieder Gegenstand von Besprechungen zwischen Bundesminister Dr. Seehofer und den beiden Ministerpräsidenten des Saarlandes und Rheinland-Pfalz. Dabei wurde festgestellt, daß die sogenannten Als-ob-Tarife durch die EWG-Kommission neuerdings als sogenannte Wettbewerbstarife abgelehnt worden sind, wodurch insbesondere die Saarländische Wirtschaft erneut vor eine schwere Situation gestellt ist. Sie wissen, meine Damen und Herren - ich habe das in der vergangenen Woche auch in Bonn wiederholt -, daß wir von den Als-ob-Tarifen nie begeistert waren. Jetzt lehnt die EWG-Kommission die Wettbewerbstarife ab. Ich möchte an dieser Stelle auch heute wieder keinen Zweifel darüber lassen, daß wir von Rheinland-Pfalz letzten Endes nur im Bau des Saar-Pfalz-Kanals die optimale Lösung erblicken.

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Das Saarland will Massengüter zu billigeren Frachten nach Süddeutschland bringen. Wir wollen die Wasserstraße, weil jede Wasserstraße wirtschaftlich strukturverbessernd wirkt. Beides sind verschiedene Ziele. Aber

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeyer)

beide Ziele können gemeinsam durch den Saar-Pfalz-Kanal zum besten der beiden Länder verwirklicht werden. Deshalb wollen wir daran festhalten.

Herr Dr. Skopp hat gestern einen Teil seiner Ausführungen der Personalpolitik gewidmet, allerdings ohne jede Konkretisierung, die mich allein in den Stand versetzen würde, auch ebenso konkret zu antworten. Personalpolitik besteht nämlich aus einer Fülle von Einzelmaßnahmen, auf die ich nur eingehen kann, wenn sie genau bezeichnet werden. Eines aber lassen Sie mich erneut hier feststellen: Karteien über die Parteizugehörigkeit unserer Landesbeamten werden, wie ich oft genug an dieser Stelle versichert habe, jedenfalls in unserem Lande nicht geführt. Der einzige Fall, der gestern konkret angesprochen worden ist, betraf die Neubersetzung der Stelle des pfälzischen Regierungspräsidenten. Deshalb will ich auch ebenso offen und konkret darauf antworten.

Der Regierungspräsident ist politischer Staatsbeamter. Der politische Beamte, meine Damen und Herren, ist aber noch lange kein Politiker. Von dem politischen Beamten wird von Gesetzes wegen verlangt, daß er sich in fortlaufender Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung befindet.

(Abg. Fuchs: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

- Bitte schön, ja!

Abg. Fuchs:

Welch einen Unterschied machen Sie denn zwischen einem politischen Beamten und einem Politiker?

(Abg. Dr. Kohl: Das ist doch ein großer Unterschied! - Abg. Fuchs [zum Abgeordneten Dr. Kohl]: Lassen Sie mich doch fragen!)

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeyer:

Die Frage ist falsch gestellt. Wenn ich von dem politischen Beamten spreche und ihn dem Politiker gegenüberstelle, dann sage ich: Parlament, Abgeordnete, Minister machen in diesem Staat die Politik, die staatliche Politik. Dazu bedienen sie sich ihrer Beamten. Unter denen gibt es eine Anzahl, die man der Besonderheit und der Bedeutung der demokratischen Entwicklung wegen politische Beamte nennt, weil sie anders als die übrigen Beamten - zum Vorteil oder auch zum Nachteil, so oder so - behandelt werden.

(Abg. Fuchs: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?)

- Ja, bitte!

Abg. Fuchs:

Heißt das, daß der politische Beamte nach Ihrer Meinung keine eigene politische Meinung vertreten darf und kann?

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeyer:

Selbstverständlich nicht, er muß sie haben!

(Abg. Dr. Kohl: Völlig klar!)

Nichts haben wir in der Vergangenheit mehr bedauert, als daß wir Beamte hatten, die leider keine politische Meinung hatten. Aber, meine Damen und Herren, der Regierungspräsident der Pfalz oder von Koblenz kann in diesem Amt eines politischen Beamten, des Regierungspräsidenten, nicht seine Politik zum Zuge bringen bzw. vertreten, ganz gleich, welche parteipolitische Einstellung er hat, sondern nur diejenige, die ihm von seiner Regierung pflichtgemäß übertragen wird. Ich glaube, das ist ganz selbstverständlich.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Abg. Dr. Skopp: Das ist richtig, absolut richtig! - Unruhe im Hause.)

Vielleicht wird es noch klarer, wenn ich das Gesetz singemäßig zitiere:

Von dem politischen Beamten wird von Gesetzes wegen verlangt, daß er sich in fortlaufender Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung befindet.

Es ist also das gute Recht der Landesregierung - ein Recht, meine Damen und Herren, das doch jede Landesregierung, gleich ob von Rheinland-Pfalz oder Hessen oder sonstwo, für sich in Anspruch nimmt -, wenn sie sich nach dem ihren Richtlinien gemäßen Mann umsieht, von dem sie erwarten kann, daß er ihre politischen Ziele und Aufgaben erfüllt. Daran ändert im speziellen Fall auch nichts die Tatsache, die gestern hier angeführt wurde, daß der pfälzische Regierungspräsident auch Geschäftsführer - meine Damen und Herren, und nur Geschäftsführer - des pfälzischen Bezirksverbandes ist, jenes Bezirksverbandes, der ja nicht durch den Geschäftsführer entscheidet, sondern der durch die parlamentarische Abstimmung seiner Mitglieder seine Entscheidungen trifft.

Es ist gestern durch die Herren Dr. Kohl und Dr. Storch darauf hingewiesen worden, daß wir in Rheinland-Pfalz im Laufe langer Jahre im übrigen sehr großzügig - gestern ist schon der Regierungspräsident von Rheinhessen genannt worden - verfahren haben, jedenfalls, Herr Fuchs, sehr viel großzügiger, als dies zu den gegebenen Zeiten in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Hessen oder in Berlin der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Fuchs: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie noch eine Frage?)

- Ja, bitte!

Abg. Fuchs:

Herr Ministerpräsident, sind Sie nicht auch der Meinung, daß - nach der Definition, die Sie vom politischen Beamten vorhin gegeben haben, daß er also Ihre Politik auszuführen hat - ein solches Aushängeschild ganz willkommen ist?

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier:

Das müssen Sie noch einmal verdeutlichen.

Abg. Fuchs:

Sie haben vorhin erklärt, daß der politische Beamte das auszuführen hat, was Ihren politischen Vorstellungen im Lande entspricht.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Den Vorstellungen der Regierung!)

- Den Vorstellungen der Regierung, repräsentiert durch den Ministerpräsidenten! Sind Sie da nicht auch der Meinung, daß dann ein solches Aushängeschild wie der Regierungspräsident in Rheinhessen ganz willkommen ist?

(Abg. Dr. Kohl: Warum nicht!)

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier:

Herr Kollege Fuchs, ich habe früher an dieser Stelle schon einmal gesagt, es ist - erstens - ein Unterschied, ob eine Regierung den Regierungspräsidenten, also den politischen Beamten, beruft oder ob sie ihn etwa entfernt, wenn sie ihr Amt übernimmt. Sehen Sie, wenn ich die anderen Länder genannt habe, dann wollte ich mit dem Fall von Rheinhessen sagen: Wir waren anständige Leute;

(Abg. Weis: Sehr gut!)

wir haben den Herrn Dr. Rückert gekannt, und ich habe ihm vertraut. Ich bin einmal gefragt worden: Wann wird denn das mal geändert? Ich habe es nicht geändert. Das beweist die Großzügigkeit der Regierung auf der einen Seite,

(Beifall bei der CDU. Heiterkeit bei der SPD.)

selbstverständlich auf der anderen Seite - -

(Zurufe von der SPD.)

- Die Großzügigkeit, die allerdings in den eben genannten Ländern nicht geübt wurde. Soll ich Ihnen die Namen der entfernten politischen Beamten alle aufzeigen? Es gäbe eine lange Liste von Beamten, die zum Beispiel der CDU oder der FDP, je nachdem, angehört und dann beim Regierungswechsel gehen mußten - etwa als damals Herr Kollege Steinhoff in Nordrhein-Westfalen an die Spitze kam oder in Niedersachsen Herr Kollege Diederichs. Sie mußten „die Platte putzen“ und in den Wartestand gehen.

Also machen Sie mir - -

(Zuruf des Abg. Beckenbach.)

- Herr Kollege Beckenbach, in dem Evangelium des vergangenen Sonntags heißt es: „Ist dein Auge neidisch, weil ich gut bin?“

(Allgemeine lebhaftige Heiterkeit und Beifall der Regierungsparteien.)

Es handelt sich da um den Arbeiter, der in den Weinberg entsandt wurde. Machen Sie mir bitte keinen Vorwurf, weil ich gut war, indem ich den Herrn Re-

gierungspräsidenten Dr. Rückert seit Jahr und Tag mit Zustimmung der Regierung auf diesem Platz belassen habe. Das zeugt eben von der Großzügigkeit dieser Regierung, daß sie es getan hat.

(Anhaltende Heiterkeit im Hause. - Abg. Beckenbach: Meinen Sie also, Herr Ministerpräsident, daß es normal gewesen wäre, wenn Sie nicht gut gewesen wären? - Erneute allgemeine Heiterkeit.)

- Anomales macht diese Regierung nicht, davon dürfen Sie überzeugt sein!

(Erneute allgemeine Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Ich weiß, ich habe nicht alle Fragen behandelt, aber ich mußte mich ja doch einigermaßen auf die Zeit einrichten. Die Debatte wird Gelegenheit geben, durch die Ressortminister - wo es möglich ist, auch durch mich - zu der einen oder anderen Frage noch Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Kohl hat gestern an dieser Stelle den Mitgliedern der Landesregierung und mir für unsere Arbeit gedankt. Ich bedanke mich bei ihm für diese Aufmerksamkeit, und ich gebe den Dank, meine Damen und Herren, gern an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses zurück, an alle Mitglieder, die in langen Fraktions- und Ausschußsitzungen die vielseitigen Probleme des Haushaltes behandelten und auch in diesem schwierigen Jahre 1966 zu meistern versuchten. Ich möchte in diesen Dank ausdrücklich alle unsere Mitarbeiter in den Ministerien einbeziehen und damit der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß wir uns zum Schluß, das heißt - wie ich eben schon sagte - in der dritten Lesung, hier alle zusammenfinden, um uns auf dem Boden des Haushaltes als der Grundlage unseres Wirkens im Jahre 1966 für die Daseinsfürsorge und für die Daseinsvorsorge unserer Bürger zu mühen.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Vizepräsident Rothley:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Skopp (SPD).

Abg. Dr. Skopp:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich vor allem deswegen zum Wort gemeldet, weil ich einen Irrtum aufklären muß, der Ihnen, Herr Ministerpräsident, in bezug auf meine gestrigen Ausführungen ganz offensichtlich unterlaufen ist. Ich habe in gar keiner Weise von einem „hausbackenen Finanzminister“ gesprochen und natürlich auch nicht von einem „altväterlichen Landesvater“, obwohl das ja sicherlich auch durchaus positiv und in gutem Sinne gemeint sein könnte, wenn es gesagt worden wäre. Was ich gesagt habe, ist wörtlich folgendes: „Wir sind der Meinung, daß Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, es Ihrem Finanzminister nicht hätten gestatten dürfen, diese hausbackene Finanzpolitik zu betreiben.“ Das habe ich gesagt; ich habe von hausbackener Finanzpolitik gesprochen.

(Dr. Skopp)

Nun kann man darüber verschiedener Meinung sein. Sie haben diese Politik, Herr Ministerpräsident, hier wieder verteidigt oder geglaubt, sie verteidigen und bekräftigen zu sollen. Wir sind anderer Meinung. Heute müssen wir 300 Millionen DM aufnehmen zu den heutigen Kapitalmarktbedingungen, statt daß wir in den vergangenen Jahren lieber die notwendigen Investitionen und nicht Darlehensrückzahlungen vorgenommen hätten. Da kann man verschiedener Meinung sein. Nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns - und ich glaube, Herr Ministerpräsident, wenn Sie mir ein persönliches Wort gestatten, wir beide sind von Hause aus Großkaufleute oder Industriekaufleute - könnte man jedenfalls, wenn man gewisse Entwicklungen erkennt und sieht, auch umgekehrt verfahren. Aber dazu will ich jetzt gar nicht mehr sprechen; das sind Auffassungssachen, die offenbar hier nicht geklärt werden können. Im übrigen möchte ich meinen, daß unser Freund, der Herr Kollege König, dazu als Finanzsprecher der Fraktion ja sicherlich einiges fundiert und vertiefend sagen wird.

Aber die Richtigstellung über meine Ausdrücke, die ich gebraucht habe, schien mir dringend notwendig zu sein.

Nun, Herr Ministerpräsident, Sie sind dann eingegangen auf den von mir vermeintlich nur konstruierten Gegensatz zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundeswirtschaftsminister. All das, was Sie gesagt haben, war zum Teil nicht Inhalt meiner Ausführungen, zum Teil konnte man es durchaus aus meinen Ausführungen heraushören und als zu meinen Ausführungen gehörig betrachten. Ich wiederhole aber die Passage aus den Ausführungen beider Herren, die den Widerspruch ganz deutlich macht. Es handelt sich nämlich um die Frage: Mit welcher Methode will man der gegenwärtigen schwierigen Situation - ich sage ausdrücklich nur: schwierige Situation - in Wirtschaft, Währung und Finanzen begegnen? Da ist der Herr Bundeswirtschaftsminister der Meinung - ich zitiere nach der Presse-Information Nr. 25/66 der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz, einer sicherlich im sozialdemokratischen Sinne ganz unverdächtigen Stelle -:

Es bedürfe eines konjunkturpolitischen Instrumentariums, das ein gesamtwirtschaftlich richtiges Verhalten begünstige.

Es bedarf also, meine Damen und Herren, eines konjunkturpolitischen Instrumentariums, das in etwa der Methode der französischen Planifikation ähnlich sein wird und ähnlich sein muß, wenn Worte einen Sinn haben sollen.

Der Herr Bundeskanzler erklärt - wieder nach derselben Quelle, diesmal Nr. 21/66 -:

Er halte fest, daß nicht mit einem dirigistischen Instrumentarium konjunkturpolitische Auswucherungen bekämpft werden können.

Wenn das kein Widerspruch hinsichtlich der anzuwendenden Methode ist, wie sie der Herr Bundeswirtschaftsminister sieht und wie sie der Herr Bundeskanzler sieht, dann verstehe ich nichts von den Dingen. Das mag sein.

Meine Damen und Herren, das habe ich gesagt, und in der Beziehung habe ich den Widerspruch herausgearbeitet und dargestellt. Es ist möglich, daß die beiden Herren sich einigen, es wird ihnen gar nichts anderes

übrigbleiben. Der Herr Bundeswirtschaftsminister wird für seine Methode eine ganz breite Mehrheit im Bundestag finden; denn er hat dasselbe gesagt wie der Wirtschaftsexperte, der Bundestagsfraktion der SPD, Professor Schiller. Der Herr Bundeskanzler wird sich hier also sicherlich angleichen müssen; es wird ihm in der gegenwärtigen Situation, wie gesagt, gar nichts anderes übrigbleiben.

(Beifall der SPD.)

Auch das mußte ich sagen, damit klar wird, was ich gemeint hatte und daß ich nicht so ganz unbedarft hier einfach vielleicht nur dahergeredet habe.

(Abg. Dr. Kohl: Das hat ja niemand gesagt. Herr Kollege!)

- Nein, deshalb sage ich es; der Verdacht konnte aufkommen.

(Abg. Gaddum: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

- Ja, bitte!

Abg. Gaddum:

Sind Sie der Meinung, Herr Kollege Skopp, daß - Sie sprachen von dirigistischen Maßnahmen - dirigistische Maßnahmen sich in den Maßnahmen der Globalplanung, der Planifikation, wiederfinden würden?

Abg. Dr. Skopp:

Die dirigistischen Maßnahmen nicht im einzelnen, aber in bezug auf die Richtung, die - zum Beispiel in der Investitionspolitik - in der gesamten Volkswirtschaft damit angegeben wird.

(Abg. Gaddum: Sehen Sie darin dirigistische Maßnahmen?)

- Das kann man schon so nennen, wenn man das will. Über diesen Begriff muß man sich unterhalten. Im einzelnen lehnt sie jeder ab, lehnen auch wir sie ab, werden sie auch nicht kommen. Der Herr Bundeskanzler lehnt sie auch global ab; das wissen Sie, Herr Kollege Gaddum, ganz genau.

(Abg. Gaddum: Dann sind wir uns ja einig!)

- Sehen Sie, und das lehnt der Herr Bundeskanzler ab. Wir sind uns also einig.

(Abg. Dr. Kohl: Auch der Herr Bundeskanzler ist dieser Meinung!)

- Nein, nein, der Herr Bundeskanzler ist gar nicht dieser Meinung, der Herr Bundeskanzler ist absolut nicht dieser Meinung. Das Höchste, was er zugesteht, meine Herren - wir wollen das jetzt aber nicht vertiefen; von mir aus gern, ich gehe auf jedes Fachgespräch auf diesem Sektor gern ein. Der Herr Bundeskanzler ist lediglich der Meinung - und das haben Sie wahrscheinlich im Auge -, daß man endlich zu einer langfristigen Haushaltspolitik in den öffentlichen Haushalten kommen müsse. Das hat er nämlich in der Debatte als Beantwortung dieser Passage bei den Ausführungen von Schiller im Bundestag sehr deutlich gesagt. Das ist seine Meinung. Das meint aber nicht

(Dr. Skopp)

Herr Schmücker: Herr Schmücker hat durchaus mehr gemeint. Gut!

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat dann noch einmal den Artikel 29 hier erwähnt und ist dankenswerterweise darauf eingegangen. Nur habe ich eines vermißt, verehrter Herr Ministerpräsident: Es wäre doch hier jetzt wirklich Gelegenheit gewesen - und ich hielte es für notwendig -, daß Sie auf Grund der gestrigen massiven Darlegungen Ihres nordrhein-westfälischen Herrn Kollegen Meyers im Fernsehen, wo sogar die Karte über die Aufteilung des Landes Rheinland-Pfalz gezeigt wurde,

(Abg. Dr. Kohl: Das war gestern abend!)

wenigstens ein Wort, ich möchte meinen, einige Sätze gesagt hätten.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Darf ich dazu etwas sagen?)

- Bitte!

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier:

Ich bin erst soeben nach meiner Rede darauf aufmerksam gemacht worden. Ich habe gestern abend kein Fernsehen gesehen. Im Verlaufe dieser Tagung werde ich nach dem Studium dieser Ausführungen darauf zurückkommen.

Abg. Dr. Skopp:

Schön, vielen Dank. Das war nämlich ein starkes Stück.

In dieser Fernsehsendung hat der Herr Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen auch die Anträge - von denen Sie, Herr Ministerpräsident, gesprochen haben - der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saar hinsichtlich der unmittelbaren Bundeszuweisungen behandelt.

(Abg. Dr. Kohl: Und Bayern!)

- Nein, das hat Herr Meyers nicht gesagt; er sprach nur von vier Ländern, Bayern hat er nicht erwähnt. Da ist er zu vorsichtig, wahrscheinlich zu klug dazu. Im Falle Bayern berücksichtigt Herr Meyers sicherlich auch die kulturellen und geschichtlichen Vorgänge.

Da hat er also auch diese Anträge erwähnt und ausgeführt: Er, Herr Meyers, sehe darin eine ganz große Gefährdung des föderalistischen Prinzips, wenn solche Anträge gestellt werden; denn - wörtlich der Herr Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Ihr verehrter Parteifreund, Herr Ministerpräsident -: „Wer bezahlt, schafft an!“ Wenn solche Anträge gestellt und verwirklicht würden, würden also diese Länder in unmittelbare Abhängigkeit vom Bunde geraten, und das wäre tödlich für das föderalistische Prinzip. Aber ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, für Ihre Ankündigung, daß Sie dazu etwas sagen wollen.

Ich übrigen haben Sie, Herr Ministerpräsident, dieses ganze Problem des Artikels 29 vor langen Jahren einmal mit der Frage der Wiedervereinigung in Zusammenhang gebracht. Dieser Gedanke ist seinerzeit von einer politischen Persönlichkeit unseres Landes als

faule Ausrede abgetan worden. Ich bin nicht dieser Meinung; ich bin der Meinung - das kann ich jetzt natürlich nur für mich sagen, gestatten Sie mir diese eine Bemerkung -, daß zum Beispiel im mitteldeutschen Raum und in den Ländern des Bundes, die heute an diesen mitteldeutschen Raum grenzen, die Frage, was wird in Mitteleuropa, und wie wird dann die Gesamtgestaltung auch hier in Westdeutschland, wenn die Wiedervereinigung einmal Wirklichkeit werden sollte, eine sehr ernst zu nehmende Frage ist.

(Abg. Dr. Kohl: Natürlich!)

Das muß man auch einmal sehen. Man kann Gutes wollen, und wenn man es zur unrechten Zeit macht, wirkt es sich dann trotzdem nicht positiv aus, à la longue gesehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben dankenswerterweise ausführliche Darlegungen über die Finanzreform gemacht. Hier kommt es sehr wesentlich, meine Damen und Herren, auf das Ziel an, das mit der Finanzreform verfolgt wird, und ich möchte Sie, Herr Ministerpräsident, heute vormittag erneut in Ihrer Eigenschaft als Präsident des Bundesrates ansprechen.

Das Ziel der Finanzreform kann durchaus auch in die gefährliche Richtung gehen, daß die Zentralgewalt des Bundes dadurch gestärkt wird, das föderalistische Prinzip Schaden erleidet und die Länder in eine Situation hineingeraten, die sehr schwierig wird und die sie wiederum in eine noch schwierigere und geradezu gefährliche Situation hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Gemeinden bringen muß.

(Abg. Dr. Kohl: Natürlich, natürlich!)

- Eben!

Das möchte ich also ausdrücklich noch betonen. Wir wissen alle - und das hat gar nichts mit Parteipolitik zu tun, das geht durch alle drei großen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, hindurch -, daß diese Tendenzen natürlich vorhanden sind, die Große Finanzreform lediglich zur Stärkung der Zentralgewalt des Bundes benutzen zu wollen und sie in dieser Richtung machen zu wollen. Da müssen wir uns, nicht nur auf der Landes- und Gemeindeebene, sondern aus staatspolitischen Gründen, wenn der Föderalismus wirklich funktionieren soll als Grundlage unseres Staatslebens in Westdeutschland, beizeiten darüber klar sein, daß hier natürlich Gefahren drohen.

Nun, verehrter Herr Ministerpräsident, die SPD will niemand übertrumpfen in bezug auf die Verwaltungsreform. Wenn Sie eine wirklich echte, große Verwaltungsreform, wie sie ja - das hat der Ausschuss erkennen lassen - eine Mehrheit im Hause hinter sich hat und findet, wollen,

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Das habe ich ja ausgeführt!)

dann werden wir Sie ja gar nicht übertrumpfen können; dann wird sicherlich die Führung bei der Regierung bleiben.

Aber die Beratungen des Ausschusses haben gezeigt, daß es anders läuft. Wir werden uns natürlich nicht daran hindern lassen - damit bestätige ich das, was der Herr Kollege Dr. Storch gestern hier gesagt hat -, eine Verwaltungsreform zu machen, die auf keinen Fall hinter der Regierungsvorlage zurückbleiben darf, son-

(Dr. Skopp)

dern weiterführen wird als diese. Das war der sachliche Sinn meiner Darlegungen.

Eine Bemerkung in Parantese zu den Darlegungen des Herrn Kollegen Dr. Ludwig, unserem früheren Landtagskollegen und jetzigen Oberbürgermeister von Ludwigshafen. Es ist schade, daß Herr Dr. Kohl jetzt nicht im Saale anwesend ist; aber vielleicht ist das so ganz gut so.

(Vereinzelte Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Ich möchte kein Trauma wecken; diese Bemerkung mache ich wirklich nur in Parantese.

Auf der Pressekonferenz am Donnerstagabend letzter Woche ist wörtlich folgendes gesagt worden: „Die SPD der Pfalz wird eigene Vorschläge zur Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz für den pfälzischen Raum erarbeiten.“ Das ist gesagt worden, und ich glaube, das ist ein absolut legitimes Anliegen des Bezirksvorsitzenden in der Pfalz.

(Abg. Theisen: Ist der Herr König da?)

- Selbstverständlich. Der Herr Kollege König hat beispielsweise in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sonderausschusses unseres Parlaments seine Meinung zu der sehr wichtigen Frage der Mittelinstanz der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Wir können hierüber bereits jetzt diskutieren und brauchen nicht erst im Ausschuß damit zu beginnen.

(Abg. Fuchs: Die rheinhessische CDU hat auch eine eigene Meinung! Es gibt also viele Meinungen!)

- Nicht nur die rheinhessische CDU! Wenn Sie mich daran erinnern, Herr Kollege Fuchs, und ich bin Ihnen dankbar für diesen Hinweis, dann darf ich die Herren Kollegen aus der Pfalz, den Herrn Kollegen Dr. Kohl - es wird ihm sicherlich aus dem Protokoll bekannt werden - und den Herrn Ministerpräsidenten darauf hinweisen, daß die südpfälzische CDU erklärt hat, man müsse große Kreise schaffen und die Mittelinstanz beiseitigen.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Warum denn nicht? - Zurufe von der CDU.)

- Herr Ministerpräsident, jetzt sagen Sie: „Warum denn nicht?“!

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Ich habe es ja nicht kritisiert!)

- Wenn aber Herr Dr. Ludwig, der Vorsitzende des SPD-Bezirks der Pfalz, in einer Pressebesprechung genau dasselbe von seinem Standpunkt aus sagt, so ist das geradezu unerhört!

(Abg. Herbert Müller übergibt dem Redner einen Zeitungsausschnitt. - Abg. Fuchs: Aber bitte nicht den ganzen Artikel zitieren! - Heiterkeit im Hause.)

- Nein! Es ist nur das, was ich bereits gesagt habe. Der Herr Kollege Müller gibt mir die Möglichkeit, dem Ministerpräsidenten und den verehrten Kollegen von der CDU die Quelle anzugeben; es ist die „Rheinpfalz“ vom 7. Februar 1966.

Lassen wir diese Fragen doch in der Öffentlichkeit diskutieren. Sie müssen ausdiskutiert werden. Es geht

doch die Bürger unseres Landes, jeden einzelnen, weiß Gott etwas an, was wir aus der Verwaltungsreform machen.

(Beifall der SPD.)

Von Übertrumpfen kann hier gar keine Rede sein.

Herr Ministerpräsident, ich möchte in meiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar Ihnen den Dank für Ihre Ankündigung aussprechen, daß eine Vereinbarung zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen vorbereitet und demnächst abgeschlossen wird. Wir waren in den letzten Wochen bei der KAG etwas in Sorge, wie diese Dinge weitergehen sollen. Sie wissen ja, Herr Ministerpräsident, daß wir uns für die Grundlagen unserer Arbeit auf die Form eines Zweckverbandes einigen wollen. Dazu bedarf es aber dieser Abmachungen. Wenn ich recht unterrichtet bin, ist am Freitag bei Herrn Staatsminister Filbinger in Stuttgart eine Besprechung der Landesplaner. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Ministerpräsident, wenn Sie vorher gegenüber dem Herrn der Staatskanzlei, der dort anwesend sein wird, erklären würden, daß er sich zu dieser Frage auf Grund Ihrer heute abgegebenen Erklärung, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte, positiv verhalten könne. Ich hätte daran die Bitte anzuknüpfen, daß Sie das vielleicht etwas beschleunigen möchten.

Zur Personalpolitik, Herr Ministerpräsident, haben Sie Ausführungen gemacht, die meiner Ansicht nach nur unterstrichen werden können, in bezug auf den politischen Beamten jedoch einer Ergänzung bedürfen. Der politische Beamte arbeitet auch in Ausführung und Durchführung der klaren Weisungen der Landesregierung, deren Beamter er ist und an die er sich hundertprozentig zu halten hat. Er arbeitet jedoch besser, wenn er in die politische Landschaft paßt, in der er tätig ist. Das ist zweifellos unbestritten, und es kann ihm seine Arbeit nur erleichtern. Daß Sie Herrn Dr. Rückert als Regierungspräsidenten im Amt belassen haben, war sicherlich eine Folge auch dieser Überlegungen, die Sie damals, als Sie gewissermaßen im stillen Kämmerlein entschieden, bestimmt mitbedacht haben. Es ist zweifellos auch richtig, wenn der Regierungspräsident in die politische Landschaft paßt, in der er diese Weisungen und Anordnungen zu vollziehen hat. Das kann nicht nur nichts schaden; das ist insbesondere im freiheitlich demokratischen Staat, zu dem wir uns alle bekennen und wo selbstverständlich das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition das einzig mögliche ist, auch die einzig mögliche Grundlage einer wirklich guten Arbeit für einen politischen Beamten. Das glaubte ich ergänzen zu sollen, ohne dabei nun gleich Ihre Güte, Herr Ministerpräsident, die Sie sicherlich auch hier haben walten lassen, irgendwie bezweifeln zu wollen. Zweifellos haben Sie als Politiker und als der politisch verantwortliche Regierungschef dieses Landes diese sachlich politischen Überlegungen in erster Linie angestellt und daraufhin - auch wie wir meinen - in bezug auf Rheinhessen richtig gehandelt. Wir sind nicht der Meinung, daß das auch für die Pfalz zutrifft. Aber das mußte hier aus dem Spannungsverhältnis in der von uns gemeinsam geleisteten Arbeit dieses Hauses heraus diskutiert werden.

Meine Damen und Herren! Nur noch eine Bemerkung. Ich hatte nicht die Absicht - und das ist sicherlich auch gar nicht möglich -, einen Keil zu treiben zwischen Regierungskoalition und Regierung oder gar zwischen die Regierungskoalition und die Parteien der Regierungs-

(Dr. Skopp)

koalition. Nachdem der Herr Kollege Storch gestern hier demonstriert hat, wie beide Hand in Hand wie Faust und Gretchen in Marthens Garten wandeln, wissen wir ja nun, woran wir sind, Herr Kollege Storch.

(Beifall der SPD.)

Vizepräsident Rothley:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete König (SPD).

(Abg. Fuchs: Jetzt kommt ein bißchen Leben dort hinein!)

Abg. König:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoffentlich können Sie mir verzeihen, wenn ich von den 2,5 Milliarden DM sprechen will, um die es hier geht, nämlich um die Verabschiedung des Ordentlichen Haushalts mit einem Betrag von 2,5 Milliarden DM und des Außerordentlichen Haushalts mit einer Endsumme von 300 Millionen DM.

(Abg. Thorwirth: Das hört die Regierung nicht gern!)

Sicherlich, die Generaldebatte war sehr interessant, und sie gibt die Möglichkeit, in verschiedener Weise die verschiedensten Themen anzusprechen. Der Vorsitzende des Sonderausschusses zur Beratung des Gesetzes über eine Verwaltungsvereinfachung zum Beispiel hat viele Anregungen erfahren. Sie werden verstehen, daß ich davon heute nicht sprechen will; ich freue mich vielmehr auf die Sitzungen am 17. und 18. Februar.

(Abg. Fuchs: Hoffentlich können Sie die Anregungen alle verkraften, Herr Kollege!)

- Das meine ich damit. Ich bin gespannt, in welchem Umfange - wie sagte der Herr Ministerpräsident - die beiden die Regierung tragenden Fraktionen hinter diesem Gesetzentwurf stehen. Das wird auf alle Fälle eine großartige Sitzung werden.

(Abg. Dr. Skopp: Hand in Hand! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Was wird der Herr Landtagspräsident - er ist im Moment nicht anwesend - in Saarburg machen, nachdem er erklärt hat, er verbürge sich dafür, daß dem Kreis Saarburg nichts passiert?

(Vereinzelte Heiterkeit bei der SPD.)

Vielleicht kommt er in die Sitzung und erklärt Ihnen, wie man hinter einer Regierungsvorlage steht, Herr Ministerpräsident!

(Beifall der SPD.)

Aber, wie gesagt, warum soll ich heute davon sprechen. Der 17. und 18. Februar wird sicherlich für alle, die an dieser Sitzung teilnehmen können, ein tolles Erlebnis werden.

(Vereinzelte Heiterkeit im Hause. - Abg. Schwarz: Das ist doch keine Karnevalstagung!)

- Offensichtlich machen Sie daraus eine! Das scheint Ihre Absicht zu sein; mir ist es recht. Sie sollten das demnach nicht sagen, dafür arbeiten wir wohl doch zu ernst.

Übrigens bin ich aber auch recht dankbar für einiges, was gestern und heute gesagt wurde. Der Herr Ministerpräsident zum Beispiel hat gesagt, er hätte nicht alle Fragen behandeln können. Das ist richtig, Herr Ministerpräsident. Sie haben nicht einmal Zeit gefunden, uns zu erklären, wie Sie die 40 Millionen DM auf die Beine bringen, um die zwei mal vier Prozent Beoldungserhöhung gewährleisten zu können!

(Stärker Beifall bei der SPD und Zurufe: Sehr gut!)

Sie haben kein Wort darüber verloren, wo die 50 Millionen Defizit aus 1964 bleiben; sie sind vorläufig einmal untergegangen durch Änderung des Haushaltsgesetzes. Sie haben uns nicht erklärt, wie Sie dieses Haushaltsgesetz wieder in Kraft setzen wollen, wie Sie die 50 Millionen wieder veranschlagen. Das sind alles Fragen, die offengeblieben sind, und über die ich einiges noch sagen möchte.

Ich bin nämlich gar nicht so überzeugt davon, daß Sie recht haben oder daß Sie sagen dürfen, Sie gingen aus von einer geordneten Finanzwirtschaft. So geordnet ist sie gar nicht! Deshalb haben wir am Ende unserer Ausführungen in erster Lesung zum Ausdruck gebracht - ich durfte der Sprecher sein -, daß wir mit großer Verantwortung uneingeschränkt an dem Haushalt und seiner Beratung mitarbeiten wollen und daß wir mit großer Verantwortung auch teilhaben wollen an der Last, die diese zum Teil nicht gut geordnete Finanzwirtschaft in sich birgt.

Ich deutete es eben schon an, es wäre sicherlich auch für mich ganz interessant, einiges zu dem noch einmal zu sagen, was der Herr Kollege Dr. Kohl gestern ausgeführt hat von Parlamentarismus und von Macht usw. Ich meine, das kann alles gelten, nur eines sollten wir uns abgewöhnen - der Herr Kollege Dr. Kohl ist nicht da, Sie wissen, ich schätze ihn ungemein; deshalb kann ich ihn nicht auslassen, und in diesem Falle schon gar nicht -, uns hier immer anzuhören, was der Herr Kollege Dr. Kohl über Ludwigshafen zu sagen hat.

(Abg. Fuchs: Sehr richtig! - Beifall der SPD.)

Sicherlich, das kann zu einem Trauma werden, wenn eine so große Stadt absolut beherrscht wird von einer anderen Partei. Aber das muß doch ein Fraktionsvorsitzender einer anderen Partei verkraften können, sonst könnte ich ja ständig von Trier reden; was glauben Sie, was ich da für Erlebnisse habe!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Und wenn ich diese Erlebnisse dann ergänzen wollte mit Hinweisen auf den verehrten Herrn Kultusminister; was meinen Sie, was der noch erzählen kann von Trier! Also - wie gesagt - das ist ein weites Feld. Warum denn? Wir machen hier Landespolitik, und da haben wir so viele Dinge, mit denen wir uns gemeinsam plagen und mühen, daß ich meine, diesen Dingen sollten wir hier Ausdruck verleihen.

Ich habe gestern gehört, daß es im wesentlichen darum geht, währungskonformes Verhalten zu üben und daß man sich deshalb bescheiden müsse. Schön, darin sind

(König)

wir uns einig. Aber dieses Sich-Bescheiden darf nicht zu einer Bemühung werden, ähnlich der um die Quadratur des Kreises. Es muß eine Lösung gefunden werden, es muß irgendwie erkennbar sein, was man will und wie man die Finanzen ordnen will.

Lassen Sie mich noch einmal darauf zurückkommen; ich habe es eben schon angedeutet. Wir haben aus dem Jahre 1964 - das ist nun einmal nicht wegzudiskutieren, mit dem Einmaleins kann man ja bekanntlich nicht viel oder gar keine Polemik machen - 50 Millionen Defizit. Die sind mit Fug und Recht und nach allen dafür geltenden Bestimmungen einzuplanen in 1966. Wir machen es uns einfach; wir heben diese Bestimmung auf. Das kann der Gesetzgeber; das ist dann korrekt. Die entsprechende Bestimmung gilt nicht für 1966. Eine Gemeinde darf das nicht, eine Gemeinde muß diesen Fehlbetrag veranschlagen.

(Abg. Fuchs: Sehr richtig! - Beifall der SPD.)

Es wäre auch nicht gut, wenn sich jede Gemeinde ein eigenes Haushaltsgesetz machen wollte. Es ist aber auch nicht gut, wenn sich ein Land von Fall zu Fall die Gesetze so zurechtbiegt, daß es am Ende sagt, das ist geordnet, obwohl über 50 Millionen DM überhaupt keine Ordnung besteht. Wir wissen nicht, wie wir sie abdecken sollen. Und wir wissen aus 1965, daß wir wieder einen Fehlbetrag von 100 Millionen haben. Das ist die Mitteilung, die uns der Herr Finanzminister immer wieder gegeben hat - sicherlich zu Recht gegeben hat - mit dem Hinweis: Nun mühen Sie sich bitte, und sparen Sie! - Ich komme noch einmal zurück auf den Herrn Finanzminister; denn im Ausschuß hat er sich in verschiedenen Fällen hochinteressant verhalten.

50 Millionen aus 1964 und 100 Millionen aus 1965 - das sind bereits 150 Millionen. Und dann die Bindungsermächtigungen. Das ist auch so eine Sache, über die man sich sicher einmal mehr Gedanken machen muß, als das heute und gestern der Fall war. 130 Millionen wollen wir in der Weise binden, daß wir in diesem Jahre schon erklären: Über diese Beträge kann sofort verfügt werden, wir erhalten das Geld aber erst aus Steuereinnahmen des nächsten Jahres. - Das ist zusammen fast die Hälfte dessen, was im Gesamthaushalt überhaupt flexibel ist. Darüber haben wir uns also bereits gebunden. Sicherlich, das macht der Bund auch, und im Bund ist es genauso schlecht. Es ist also gar kein Argument, wenn der Finanzminister sagt, das ist Bundesübung. Dann ist es eben eine schlechte Bundesübung, und deshalb muß man sie nicht übernehmen; aber zu einem Teil lasse ich das gelten.

Nur die Addition: 50 Millionen, 100 Millionen und diese 130 Millionen, das ist der flexible Betrag, dann ist das die Summe, über die der Landtag, der Haushaltsausschuß, der Minister überhaupt nur verfügen können. Und das sind doch auch Themen, da sollte man sich eben nicht nur „in die große Welt“ begeben - ich mache das gerne mit, das machen wir alle irgendwann, es ist auch sinnvoll, daß beim Etat des Ministerpräsidenten andere Themen erörtert werden -, aber - wie gesagt - hierzu muß der Ministerpräsident aber auch eine Aussage treffen. Hierzu muß er mehr sagen als nichts.

Schauen Sie, nun haben wir neben diesen 280 Millionen, von denen ich hier spreche, des weiteren auch noch eine Globalkürzung vorgenommen. Das macht der Bund auch. Auch im Bund ist es schlecht. Wir haben es also jetzt auch eingeführt. Das heißt, wir haben unter den jeweiligen Etats eine Summe eingesetzt, die entspricht

20 Prozent der flexiblen Ausgaben des jeweiligen Einzelplanes; das waren 60 Millionen. Über diese 60 Millionen haben wir uns im Ausschuß wochenlang - das ist gestern in der Berichterstattung, so hoffe ich, deutlich zum Ausdruck gekommen - sorgfältig unterhalten. Der Bericht, den der Haushalts- und Finanzausschuß darüber vorlegen durfte, sagt: Eine der Grundsatzfragen, über die der Ausschuß zu befinden hatte, war die, ob es bei dem Verfahren der globalen Minussätze verbleiben oder man nicht echte Kürzungen von Einzelpositionen vornehmen sollte. Dann fährt der Bericht fort und sagt: Nach eingehender Diskussion hat sich der Ausschuß dafür entschieden, von beiden Möglichkeiten Gebrauch zu machen. -

Wir haben auf diese Weise 7 Millionen ersatzlos gestrichen. Das ist bei einem 2 $\frac{1}{2}$ -Milliarden-Etat nicht erschreckend viel. Wissen Sie, was daran erschreckend war? - daß der Finanzminister den härtesten Widerstand gegen diese Streichungen geleistet hat. Wir haben von Fall zu Fall dem Finanzminister beweisen müssen, daß wir bereit sind, zu streichen, und er war einfach mit seinem ganzen Haus schockiert, daß wir solche Maßnahmen für richtig erachteten, nachdem er doch den Haushalt gemacht hat. Sehen Sie, Herr Kollege Dr. Kohl, das ist auch ein Thema, das bei Behandlung parlamentarischer Stilfragen erwähnt werden muß.

Ich war Ihnen ehrlich dankbar für das, was Sie gestern hierzu gesagt haben. Ich brauche es nicht zu wiederholen; Sie dürfen es mir aber glauben, daß es wahr ist; Sie brauchen zwar kein Taschentuch, so gerührt war ich nicht, aber es war eine gute Sache, was Sie ausgeführt haben.

(Abg. Dr. Kohl: Sie sollten mir viel mehr dankbar sein!)

- Lassen Sie mich bitte fortfahren, Herr Kollege Dr. Kohl. Mit dem was Sie gestern gerügt haben, indem Sie sagten: So muß es ja nicht sein, wir müssen ja nicht treu und brav dem entsprechen, was von der Regierung kommt; die Demokratie lebt von der Diskussion! -, haben Sie völlig recht. Etwas anderes ist falsch. Nur, wir haben ja hier einmal ein ganzes Jahrzehnt einen Stil erlebt, in dem einzig und allein der Ministerpräsident eine absolute Mehrheit in einer Weise dirigiert hat, daß man in diesem Falle tatsächlich von Dirigismus sprechen konnte.

(Beifall der SPD.)

Und wenn ich sage, ich bin Ihnen dankbar, Herr Kollege Dr. Kohl, dann deshalb, weil Sie dazu beigetragen haben, einen neuen Stil in diesem Landtag zu entwickeln, und insofern - -

(Abg. Fuchs: Herr Kollege, die Wähler haben Sie vergessen, die dazu beigetragen haben!)

- Darauf komme ich doch noch zu sprechen!

(Abg. Dr. Kohl: Das unterscheidet ihn eben; er denkt nicht nur an die Wähler! -
Abg. Fuchs: Aber auch!)

Dieser Stil hat sich ergeben aus verschiedenen Gründen.

Warum denn nicht, warum soll man nicht auch dem Kollegen das Kompliment machen, daß er selbst dazu

(König)

beigetragen hat und zum Teil dazu beitragen mußte, weil er die Zeichen der Zeit verstanden hat? Und das sind die Zeichen, die der Wähler setzt. Das ist völlig klar und in Ordnung.

Man sollte aber nicht so sehr mit Zeitungsartikeln operieren. Jetzt sind Sie wieder an der Reihe, Herr Kollege Dr. Kohl, Sie haben den gestern von Ihnen zitierten Artikel immer noch vor sich liegen. Natürlich, ich sagte vorhin - Sie waren nicht hier -, das scheint Ihr Trauma zu sein. Wenn Sie sich das noch abgewöhnen, sind Sie noch kompletter!

(Heiterkeit im Hause. - Abg. Dr. Kohl: Würden Sie mir das Trauma einmal interpretieren? -)

Jetzt könnte ich nämlich die Süddeutsche Zeitung zitieren.

(Abg. Fuchs: Was steht denn da drin?)

Den Aufsatz kennen Sie sicherlich, Herr Kollege Dr. Kohl - das wäre doch verwunderlich, wenn Ihnen Ihr Pressechef das nicht gebracht hätte -: „Wie Peter Altmeier die politische Bühne räumen soll.“ - Darin steht sehr viel von Gegensätzlichkeiten, die jetzt inzwischen ausgeräumt sein sollen, und dann steht darin dieser herrliche Satz, den soll der Herr Dr. Kohl gesagt haben: Wir werden in Rheinland-Pfalz einmal daran gemessen werden, was wir für die Bildung unserer Kinder getan haben! - Da sollen Sie offensichtlich - so schreibt der Verfasser des Artikels - mit dem Ministerpräsidenten nicht übereinstimmen. Er will nämlich gemessen werden an dem, was in der Vergangenheit dazu von ihm getan wurde, und Sie wollen gemessen werden an dem, was Sie künftig tun.

Sicherlich, aber da sehen Sie doch, daß sich ein Gegensatz ergibt zwischen Regierung und der größten Regierungspartei. Aber wir im Ausschuß und im Landtag - und das bestätige ich wieder, recht deutlich sogar -, wir waren uns darin einig, daß der Schulbau die erste Dringlichkeit darstellt - das möchte ich auch noch einmal wiederholt haben -, daß die Trinkwasserversorgung praktisch die gleiche Wichtigkeit hat und daß der Krankenhausbau in ähnlicher Weise berücksichtigt und fortgesetzt werden muß.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man sich in großer Gemeinsamkeit angestrengt hat, diesen drei Dingen die Priorität zu verschaffen, dann sollte das mit mehr Betonung herausgestellt werden, als daß man es nur in einem Halbsatz erwähnt. Gott sei Dank hat sich einiges an Gemeinsamkeiten gezeigt. Dieser Haushalt wäre nicht zustande gekommen und wir könnten ihn nicht so vertreten, wenn wir uns nicht in wochenlanger gemeinsamer Beratung so gemüht und geplagt hätten.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Dr. Kohl: Das ist doch gestern anerkannt worden.)

- Sie meinen, nur mit diesem Halbsatz? Nun, ich hätte es lieber ein bißchen deutlicher gehört.

(Abg. Dr. Kohl: Wer hat den Halbsatz gebraucht?)

- Sie haben das nur mit einem Halbsatz gesagt.

(Abg. Dr. Kohl: Das ist nicht wahr; Sie haben nicht zugehört!)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie es jetzt so bekräftigen. Ich bin im Grunde genommen auch schon mit dem, was Sie gestern gesagt haben, zufrieden.

Unser Thema im Haushalts- und Finanzausschuß lautete eigentlich, zusätzliche Aufgaben ohne zusätzliche Mittel zu bewältigen. Das war natürlich nicht ganz einfach; denn zusätzliche Aufgaben haben wir einen ganzen Katalog.

Auf der Bühler Höhe hat am 15. Januar Professor Kaiser vor einer Berufsorganisation über Planung und Planlosigkeit in der Verwaltung gesprochen. Dieser Vortrag wird in Kürze sicherlich gedruckt. Ich empfehle jedem, ihn einmal zu lesen. Da macht der Referent Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, indirekt einige Vorwürfe, er sagt nämlich, heute hätten wir zu büßen, daß der Begriff der Planung einmal zu einem Schimpfwort verwandt worden sei. So ist es auch, denn wenn jemand damals irgendwie über etwas nachzudenken versuchte, der wurde von Ihnen sofort in eine Zwickmühle gejagt, daß er sich kaum noch traute, von Planung zu sprechen. Heute sind Raumplanungen und Raumordnung etwas Selbstverständliches. Die öffentliche Investitionsplanung auf lange Frist ist heute eine Selbstverständlichkeit. Die Bildungsplanung zur Beseitigung des Bildungsnotstandes ist ebenfalls heute ein selbstverständliches Thema. Mit einem Wort, da haben wir uns in einem großen Kreis gefunden; Gott sei Dank, daß sich so vieles Gemeinsame abzeichnet, denn es ist ja sehr schwierig geworden, dem Haushalt gerecht zu werden.

Ich möchte noch etwas zur Beamtenbesoldung sagen. Wenn der Finanzminister darstellt, woraus sich die Belastung des Haushalts ergibt, dann versucht er sehr gern nachzuweisen, daß im wesentlichen die Lasten durch die Beamtenbesoldung auf uns zugekommen seien. Vergessen wir nicht, daß ein Großteil dieser jungen Beamten, die heute ausharren, zum Teil bei unzureichender Besoldung, in dem Alter sind, daß sie das Jahr 2000 noch mitgestalten helfen müssen. Deshalb muß man sie besoldungsmäßig heute interessant genug ausstatten, so daß sie auch bereit sind, an sich zu arbeiten; denn das, was sie zur Zeit in der Ausbildung erlernen, reicht nicht, um die Gestaltung des Jahres 2000 bewältigen zu können. Also muß der Mensch mehr an sich arbeiten, er muß an sich formen, er muß sich Neues beibringen. Und dazu gehört auch ein bißchen Berufsbegeisterung. Und dabei ist es nicht gut, nur dauernd zu hören, das Negative im Haushalt sei die Besoldung.

(Abg. Dr. Völker: Wieviel muß denn ein Beamter verdienen, um für das Jahr 2000 an sich zu arbeiten?)

- Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege Dr. Völker.

(Abg. Dr. Völker: Wieviel muß ein Beamter verdienen, damit man von ihm erwarten kann, daß er auch noch im Jahre 2000 an sich arbeitet? - Lebhaftige Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

- Herr Kollege Dr. Völker, von Ihnen habe ich bisher immer angenommen, daß Sie leichter verstehen können. Ich habe überhaupt nicht gesagt, daß er noch im Jahre 2000 an sich arbeiten soll, sondern ich habe gesagt, der junge Beamte, der jetzt tätig ist, muß an sich so arbeiten, daß er auch noch im Jahre 2000 an der Gestaltung mithelfen kann.

(König)

(Abg. Dr. Völker: Das hängt doch nicht von der Besoldungshöhe ab. Sie werden doch nicht unterstellen, daß unsere jungen Beamten wegen einer Besoldungserhöhung mehr oder weniger arbeiten.
- Bewegung und lebhaftere Unruhe im Hause.)

- Verehrter Herr Kollege, lassen wir doch diesen Altruismus! Ich stehe auf dem Standpunkt, der Beamte hat, genau wie die anderen Berufe, einen Anspruch auf eine gerechte Besoldung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Er macht seinen Dienst auch so, aber mir gefällt einfach nicht, daß man in dieser Weise argumentiert; denn das ist keine gute Sache, und damit kommen wir auf die Dauer nicht weiter.

Im übrigen, was habe ich denn schon Großes gesagt? Ich habe doch nur festgestellt, daß wir eine Beamten-schaft haben müssen, die mit Liebe und Passion ihrer beruflichen Tätigkeit verhaftet ist. Dazu setzt man natürlich auch voraus, daß man sie entsprechend honoriert. Deshalb möchte ich nicht, daß man versucht, die Negativ-Bilanz des Haushalts mit dem Hinweis zu entkräften, daß die Besoldung hieran schuld sei. Es muß doch unseren Beamten leidig sein, ständig den Hinweis zu hören, ohne die Besoldungserhöhung wäre der Haushalt ausgeglichen. Das ist also keine gute Sache, und darum habe ich es hier noch einmal erwähnt.

(Abg. Dr. Kohl: Wer hat denn das gesagt, Herr Kollege König?)

- Ich habe es dem Herrn Finanzminister vorgehalten, er soll die Belastung des Haushalts nicht allein durch die Besoldungserhöhung begründen.

(Abg. Dr. Kohl: Wann hat er das gesagt? Ich kenne diese Begründung nicht!)

- Dann haben sie nicht genug hingehört. Ich habe es schon mehrfach von ihm gehört.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun zurückkommen auf die Punkte, wie ich sie zitiert habe. Ich sagte: 50 Millionen plus 100 Millionen DM, dazu 130 Millionen DM Bindungsermächtigungen und 53 Millionen DM Globalkürzungen. Ich habe uns gegenseitig das Kompliment gemacht, daß wir uns gemüht haben. Ich möchte auch glauben, daß sich dem in diesen Tagen noch irgendwie mehr Ausdruck verleihen läßt.

Ich bin nicht so optimistisch, zu glauben, daß allein über die Finanzreform alle Lösungen kommen, sondern ich teile die Meinung des Herrn Ministerpräsidenten, wie sie angeklungen ist, wir sollten uns doch nicht einbilden, daß uns über Nacht ein Paket angeboten wird, womit dann alles mehr oder weniger seine endgültige Lösung gefunden haben wird. Das wird nicht der Fall sein. Ich bin dankbar dafür, daß Sie, Herr Ministerpräsident, es so nüchtern gesagt haben. Wir werden eine Fülle von gut durchforstem Arbeitsmaterial bekommen, und dann wird es an den Politikern liegen, was sie daraus machen. Einiges wird Mut, ja sehr viel Mut verlangen. Man wird sich ebenfalls wieder zu gemeinsamen Anstrengungen bereifinden müssen. Jedenfalls würde ich es sehr begrüßen.

Was ich nicht begrüße, ist die Argumentation: Wir müssen einen manipulierten Ausgleich vornehmen, - wie Sie es getan haben, Herr Dr. Storch, indem sie sagten: sonst können wir nicht die heute vom Herrn Ministerpräsidenten erwähnte zusätzliche Hilfe über den Artikel 107 des Grundgesetzes erfahren, oder: wir machen uns nicht kreditwürdig usw. Wie wenig sollen

die Leute können dürfen, die das zu prüfen haben, wenn sie sich von uns soweit „verkohlen“ ließen, daß wir öffentlich feststellen: wir haben den Haushalt nur manipuliert ausgeglichen, und dabei glauben, die meisten Leute würden den Haushalt nicht lesen, davon verstünden sie nichts. Das könnten nur wir.

(Abg. Dr. Storch: Würden Sie mir sehr böse sein, wenn ich eine Frage stelle?)

- Nein, im Gegenteil, ich bin Ihnen dankbar dafür.

Abg. Dr. Storch:

Würden Sie die Anleihepapiere eines Landes kaufen, das einen defizitären Haushalt vorlegt?

Abg. König:

Ich würde prüfen, ob der Haushalt ausgeglichen ist oder ob er nur manipuliert ausgeglichen ist. Aber wer Anleihen kaufen und die Kreditfähigkeit eines Landes beurteilen will, der läßt sich durch solche Späßchen nicht beeindrucken.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Er wird prüfen und dabei das feststellen, was ich ausgeführt habe. Aber das macht uns ja gar nicht anleiheunfähig. Ich stehe positiv zu diesem Staat und seinem Haushalt. Ich lehne das alles gar nicht ab, sondern mir gefällt nur die Argumentation nicht; denn sie ist nicht gut.

(Abg. Dr. Storch: Noch eine Zwischenfrage!)

Bitte!

Abg. Dr. Storch:

Ich meine nicht die Banken die diese Anleihen zu überprüfen haben, sondern den endgültigen Käufer, nämlich den Mann, der ein 1 000-Mark-Papier kaufen will und sich fragt, ob dieses Papier sicher ist.

Abg. König:

Der Mann, der 1 000-Mark-Papiere kaufen und wissen will, ob dieses Papier sicher ist, der fragt in der Regel seinen Sparkassendirektor. Und dem Sparkassendirektor unterstelle ich, daß er soviel davon versteht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege! Es ist doch einfach nicht gut, es läßt sich auch mit Zwischenfragen nicht gut machen; denn das ist etwas, was man nicht üben sollte.

(Abg. Fuchs: Herr Kollege König! Darf ich Sie bitten, an den Herrn Kollegen Dr. Storch die Frage weiterzugeben, ob er meint, er könne den kleinen Mann durch einen manipulierten Haushalt an der Nase herumführen?)

- Das wird dann der Herr Kollege Dr. Storch direkt beantworten. Aber ich halte ihn nicht für so böse, daß er den kleinen Sparer direkt verulken möchte.

(Abg. Dr. Storch: Eigentlich sind Zwischenfragen nur an den Redner gestattet!)

(König)

- Nun, auf dieser Basis macht es sich eigentlich ganz nett.

(Abg. Fuchs: Herr Präsident! Ich werde mich künftighin daran halten!)

Meine Damen und Herren! Ich begrüße die heutigen Ausführungen bezüglich der finanzschwachen Länder. Wir haben jahrelang eine solche Argumentation gewünscht und gefördert, und jetzt wendet sie der Herr Ministerpräsident endlich an. Jahrelang haben wir gesagt: Führen wir uns doch nicht so auf, als ob wir ein finanzstarkes Land seien, sondern mischen wir uns in den Chor der Länder, die finanzschwach sind, und beanspruchen wir die Hilfe, auf die wir einen Anspruch haben. Jetzt sind wir soweit.

(Beifall bei der SPD.)

Ich weiß nicht, ob Sie zu dieser Zeit schon im Landtag waren, Herr Kollege Dr. Kohl.

(Abg. Fuchs: Damals war er noch nicht so stark!)

Vergessen wir doch nicht, was uns hier einmal Herr Dr. Dahlgrün vorgemacht hat - da waren Sie noch nicht da -, der kurzfristig Finanzminister war. Er ist zweifellos ein tüchtiger Mann, aber was er hier einmal vorgeführt hat, lesen Sie doch einmal nach. Er hat damals nachgewiesen, daß wir finanzstärker sind als Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafte Heiterkeit bei der SPD.)

Das hat er mit einem Brustton der Überzeugung unter dem Beifall der ganzen CDU hier vorgeführt, und ich stand da mit meinem Latein, als ich sagte, Sie werden eines Tages solche Ausführungen bereuen.

(Abg. Dr. Kohl: Sie waren noch ein schwacher Mann damals!)

- Nein, ich habe meine Ausführungen damals so gemacht wie heute, nur ging es damals dirigistisch vor sich; denn da hieß es: Klatschen! - Und dann haben Sie geklatscht;

(Heiterkeit bei der SPD.)

denken Sie darüber nach.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Nun, ich bin froh, daß wir jetzt diese Linie gefunden haben, und ich bin der Meinung, wir sollten uns alles an Argumenten einfallen lassen, um in Bonn und den übrigen Ländern gegenüber nachzuweisen, daß wir Hilfe brauchen.

Sie haben - darf ich das noch anschnitten, Herr Ministerpräsident - vorhin dargelegt, daß Sie sich jetzt erst einmal mit dem Studium der Ausführungen Ihres Herrn Kollegen Meyers von Nordrhein-Westfalen - mir wurden sie auch nur erzählt - beschäftigen wollen, um dann dazu noch einiges zu sagen. Das gibt Ihnen sicherlich eine Möglichkeit, hier einen guten Auftritt zu bekommen, und dazu beglückwünsche ich Sie. Es ist aber auch notwendig, daß man sich so etwas nicht einfach gefallen läßt, kurz vor Wahlen solche Musik von Ländernerneugliederung anzustimmen, wobei die Durchsichtigkeit so leicht den eigentlichen Zweck der Musik erkennbar macht.

Aber nun ein anderes, das ich hier noch erwähnen muß. Damit komme ich im Grunde genommen auch schon zum Schluß; nur bitte ich, mir dafür noch einige Minuten Zeit zu gewähren.

Der Herr Ministerpräsident weist mit Stolz darauf hin, daß er in der Vergangenheit einige Schuldentilgungen durchgeführt hat für schwere Jahre. Nun, das wären ja jetzt sicherlich wohl die schweren Jahre, Herr Ministerpräsident, und es wäre gar kein Fehler gewesen, wenn wir mit viel Disziplin - ich unterstreiche die Worte „viel Disziplin“ - Rücklagen gemacht hätten, die uns für diese schweren Jahre etwas billigeres Geld vermittelt hätten, als daß wir damals gute Darlehen zu günstigen Zinsbedingungen, zu denen wir heute keine mehr bekommen, zurückgezahlt haben.

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Eben, Herr Kollege König, die hätten Sie alle vernascht, die wären nicht mehr da!)

- Aber ich spreche doch gerade von „viel Disziplin“. Was heißt denn hier „Sie“, warum ich?

(Allgemeine Heiterkeit.)

Der ganze Landtag hätte Disziplin üben müssen, das gebe ich zu. Darüber hätte man sich interfraktionell unterhalten können, darüber hätte man Gespräche führen können. Ein Finanzminister hätte wenigstens eine solche Anregung machen müssen. Wenn dann der Schwur nicht erfolgt wäre, Herr Ministerpräsident, dann - da bin ich sogar mit Ihnen einig - hätte auch ich womöglich gesagt, unter diesen Bedingungen treffe ich nicht die Rücklagen. Aber Sie haben es doch gar nicht experimentiert. Sie haben doch zum Teil sogar wider Gesetz Schulden getilgt und uns später davon in Kenntnis gesetzt; Sie haben doch vielfach Maßnahmen vollzogen und sich dann erst später von uns die Genehmigung dafür eingeholt, so daß wir dann immer großzügig sein mußten oder daß wir es rügen mußten. Sie wissen genau, auf welche einzelnen Fälle ich hier Bezug nehme.

Insoweit, wie gesagt, muß der Vorwurf gemacht werden, daß Sie seinerzeit nicht das Experiment wenigstens mal unternommen haben, mit uns darüber zu sprechen, ob wir für irgendeine Notzeit oder für das Schulbauprogramm oder für das Krankenhausprogramm oder für die Trinkwasserversorgung die Mittel, die wir damals trotz den günstigen Zinsbedingungen getilgt haben, nicht zurücklegen für solche Maßnahmen, die wir jetzt nicht ausreichend finanzieren können, wo wir uns jetzt den Kopf zerbrechen, wie wir es machen sollen, zum Teil über Bindungsermächtigung auf künftige Jahre.

In diesem Zusammenhang wurde das Sondervermögen erwähnt, von dem der Herr Ministerpräsident sagt, er hätte seinerzeit auf Vorschlag der Landesregierung das Gesetz hierzu eingebracht. Herr Ministerpräsident, wir erinnern uns doch alle noch viel zu gut, wie dieses Gesetz - ein Schulgeldfreiheitverhinderungsgesetz oder so ähnlich habe ich es damals immer genannt - entstanden ist. Das war doch eine „tolle“ Anregung, die Sie da gaben, anstelle der Schulgeldfreiheit dieses Gesetz zu machen. Nun, wir haben heute einen Sondervermögensfonds, in dem kein Geld ist, und wir haben die Schulgeldfreiheit. Mit einem Wort: Heute sollte man das nicht mehr so feiern, denn wir kennen die Zusammenhänge zu gut.

(König)

Ich will mit meinen Ausführungen folgendes erreichen: Ich möchte, daß wir mehr gemeinsame Anstrengungen anstellen, daß wir gemeinsam mehr versuchen, uns zu mühen um die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz. Und damit habe ich die Bürger in den Gemeinden angesprochen; damit habe ich ein Thema angesprochen, das unbedingt noch Erwähnung finden muß.

Gerade wir in Rheinland-Pfalz haben mit der Verbesserung der Struktur der Gemeinden auf dem flachen Lande ein großes Aufgabengebiet. Sie haben es freudig begrüßt, Herr Ministerpräsident, daß das Landesplanungsgesetz vermutlich bald verabschiedet wird, und Sie hegen große Hoffnungen in bezug auf die Verwaltungsreform. Das alles ist aber noch nicht die Lösung der mangelhaften Strukturverhältnisse auf dem flachen Lande. Da muß noch einiges geschehen. Dazu haben wir auch schon Überlegungen gemeinsamer Art angestellt. Wir werden uns darüber im Ausschuß unterhalten, und seien Sie sicher, da werden wir uns manches, so hoffe ich, entfallen lassen, das besser ist, als was in Ihrem Entwurf steht. Denn darüber steht ja nichts im Entwurf. Die Zusammenfassung von Gemeinden zu stärkerer Verwaltungskraft, dennoch ihre Selbständigkeit sicherstellen, ähnliche Lösungen für die Stadtumlandbeziehungen zu suchen, das sind die Aufgaben, die mitgelöst werden müssen, wenn man Verwaltungsvereinfachung betreiben will und wenn man zu einer Reform kommen will.

(Beifall bei der SPD.)

Was ich sage, gilt natürlich auch für die Städte. Und ich habe mir heute ein Beispiel herausgegriffen, von dem ich meine, daß es das beste ist. Ich darf Ihnen ruhig sagen, ich bin bewußt abgegangen von der Stadt Trier. Das ist die ärmste und älteste Stadt Deutschlands, aber auch die schönste; das wissen Sie alles, das lasse ich weg.

(Allgemeine Heiterkeit.)

Ich habe mir mal eine andere Stadt ausgewählt, von der ich hier sprechen will; ich habe die Stadt Bad Kreuznach gewählt. Die war für uns, die wir länger im Finanzausschuß tätig sind, vor Jahren der Begriff einer reichen Stadt; wir haben unter Kreuznach das verstanden, was man in rheinland-pfälzischen Verhältnissen eine reiche Stadt nennt. Wenn man die Entwicklung der Haushaltssummen der letzten Jahre dieser Stadt vergleicht, so ist zwar eine stetige Zunahme festzustellen, andererseits sind aber die allgemeinen Dekkungsmittel in keiner Weise in gleichem Umfange mitgewachsen. Die Stadt hat jetzt nachgewiesen, daß ihr in den letzten fünf Jahren Steuerausfälle von insgesamt über 10 Millionen DM entstanden sind, nämlich einmal durch das Steueränderungsgesetz bei der Gewerbesteuer, zum anderen durch das Erste und Zweite Wohnungsbaugesetz bei der Grundsteuer und schließlich durch die Erhöhung der Gewerbesteuerausgleichsbeträge. Und für diese Ausfälle sind im gleichen Zeitraum nach dem Finanzausgleichsgesetz unseres Landes 300 000 DM ersetzt worden. Mit anderen Worten: eine symbolische Finanzausgleichshandlung.

Nun sagen wir - und ich selber habe es festgestellt und stelle es auch hier noch einmal fest -, wir haben bei all unseren Kürzungen den kommunalen Finanzausgleich nicht gekürzt. Wir müssen aber mehr tun; wir müssen mehr tun, um hier zu einer Relation zu kommen, die es solchen Gemeinden, überhaupt den Gemeinden, gestattet, mitzukommen in der Entwicklung. Wir dürfen davor nicht die Augen verschließen. Wir

müssen erreichen - und ich möchte das hier als einen Appell herausstellen -, daß wir nicht, wie bisher, den Finanzausgleich als eine Aufgabe betrachten, die wir nur in dem Umfange lösen, als da Mittel sind, sondern das ist mit eines der wesentlichsten Postulate von Landesfinanzmaßnahmen; darin muß man das mit einbetten. Und selbst wenn es zu einer Defizitentwicklung führt innerhalb unseres Landeshaushalts, müssen wir versuchen, den Finanzausgleich soweit zu gestalten, daß die Gemeinden in etwa Mittel aus ihm erhalten, mit denen sie ihre Aufgaben verfolgen können.

Ich möchte zum Schluß kommen und nur noch eines sagen. Dabei beziehe ich mich auf ein Wort von Ihnen, Herr Kollege Dr. Kohl. Sie haben gesagt, wir hätten hier zum Teil eine Rechnung auf Streit aufgemacht, oder wer eine Rechnung auf Streit aufmache, der irre sich. Ich bin der Meinung, diese Erklärung hatten Sie nötig, nachdem, wie gesagt, so einiges an Meinungen in der Öffentlichkeit herumgeistert. Sie sollten aber hier in diesem Landtag festzustellen bereit sein - und ich nehme an, das sind Sie auch -, daß wir uns in den letzten Wochen, in denen wir im Haushalts- und Finanzausschuß den Haushalt beraten haben, geradezu immens angestrengt haben, den Belangen gerecht zu werden, daß wir - ich stelle das bewußt heraus, so wie wir es in erster Lesung erklärten - versucht haben, die Aufgabe sehr ernst und sehr gewissenhaft zu nehmen.

Ich möchte hoffen, daß der Herr Ministerpräsident auch zu diesen ersten Fragen, die ich hier in Zahlen angedeutet habe, einiges sagt, daß er uns erklärt, wie es im nächsten Jahr seiner Meinung nach weitergehen soll, daß er ein Bekenntnis ablegt zur Schwierigkeit der Lage, damit, wenn sie im nächsten oder übernächsten Jahr womöglich durch irgend jemand anders gelöst werden soll, dieser sich zum mindesten berufen kann auf diese Aussage, die in diesem Jahre durch den Ministerpräsidenten dazu abgegeben wurde.

(Beifall der SPD.)

Vizepräsident Rothley:

Das Wort hat nun Herr Staatsminister Glahn.

Finanzminister Glahn:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete König hat eine Reihe von Fragen angesprochen, die die Finanzpolitik des Landes Rheinland-Pfalz angehen und zu denen ich selbstverständlich Stellung nehmen muß. Ich bedauere, daß Herr Abgeordneter König bei dieser Stellungnahme nicht mehr im Saale ist.

(Zuruf von der SPD: Er kommt sofort wieder!)

Ich darf zunächst ganz allgemein, meine Damen und Herren, dazu sagen, daß ich bereits in meiner Haushaltsrede bei der Einbringung des Haushalts darauf hingewiesen habe, daß bei den Personalausgaben keine Reserven vorhanden sind, und daß infolgedessen die Frage der Besoldungserhöhung nicht miteinbezogen worden ist, zumal zu diesem Zeitpunkt auch noch gar kein Gesetzentwurf des Bundes vorgelegen hat.

Ich glaube aber, daß dazu noch einiges mehr zu sagen ist, und zwar deshalb, weil das Land Rheinland-Pfalz nicht allein in der Nichteinbeziehung der linearen Besoldungserhöhung in den Haushalt 1966 steht. Die Län-

(Finanzminister Glahn)

der Niedersachsen und Baden-Württemberg sind ebenso verfahren, wobei ich mich, meine Damen und Herren, insbesondere auf das Land Niedersachsen berufe. Was dort Herr Kubel, der sozialdemokratische Finanzminister, für richtig hält, das, glaube ich, darf ein freidemokratischer Finanzminister im Lande Rheinland-Pfalz auch für richtig halten, ohne dafür von der Opposition angegriffen zu werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und wenn ich dabei noch auf das reiche Land Baden-Württemberg hinweise, wo man bis jetzt auch nichts in dieser Richtung getan hat, dann habe ich gute Gründe dafür.

Trotzdem, meine Damen und Herren, war der Finanzminister bereit, einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten dem Kabinett vorzulegen. Dieser Gesetzentwurf stimmt mit der Bundesfassung überein. Die Vorlage ist aber aus verschiedenen Gründen noch nicht verabschiedet worden. Diese, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen nennen.

Erstens: Rheinland-Pfalz ist keineswegs das einzige Land, das wegen nicht vorhandener Deckung seinen Etat für 1966 ohne Berücksichtigung der Besoldungserhöhung aufgestellt hat. Ich habe schon erwähnt, daß Niedersachsen und Baden-Württemberg ebenso verfahren sind. Rheinland-Pfalz wäre infolgedessen das einzige Bundesland gewesen, das nur aus diesem Grunde, nämlich wegen der linearen Erhöhung der Besoldung, einen defizitären Haushalt verabschiedet hätte.

Nach Lage der Dinge mußte der Finanzminister aber auch befürchten, daß ihm erhebliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung der benötigten Kredite in Höhe von etwa 300 Millionen DM entstanden wären. Sie wissen selbst, meine Damen und Herren, daß die Aussichten, diese 300 Millionen DM im Jahre 1966 zu bekommen, nicht sehr groß sind, erst recht nicht, nachdem die Bundesbank erklärt hat, daß die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes in 1966 unter keinen Umständen das Kredit-Ist von 1965 übersteigen darf.

Schließlich darf ich auch darauf hinweisen, daß von der Gruppe der finanzschwachen Länder - es sind fünf an der Zahl - seit Monaten erfolversprechende Schritte unternommen wurden, um nach Artikel 107 des Grundgesetzes Ergänzungszuweisungen des Bundes zu erlangen. Ich glaube, daß ich nach dem derzeitigen Stand der gemeinsamen Aktion, auf die der Herr Ministerpräsident schon hingewiesen hat, hoffen darf, daß am Freitag der Bundesrat einen entsprechenden Antrag aufgreifen und ihn positiv verabschiedet wird, wenn alle davon berührten Länder an einem Strang ziehen. Was aber beim endgültigen Erfolg dieser Anstrengungen für Rheinland-Pfalz herauskommen kann, Herr Kollege König, würde ausreichen für die erforderliche Deckung der linearen Besoldungserhöhung.

Der Finanzminister hat also gute Gründe gehabt, warum er Ihnen keinen defizitären Haushalt vorgelegt hat, obwohl er weiß, daß die lineare Besoldungserhöhung im Jahre 1966 auf ihn zukommt und im Lande Rheinland-Pfalz genauso verfahren werden soll wie im Bunde.

Nun haben Sie, Herr Kollege König, dazu noch einige Bemerkungen gemacht. Sie haben ausgeführt, der Finanzminister habe bei den verschiedensten Gelegenheiten die Finanzmisere des Landes Rheinland-Pfalz

mit den Vorgängen auf dem Gebiete des Besoldungswesens begründet. Herr Kollege König, ich glaube, Sie sind hier zu weit gegangen. Das hat der Finanzminister nie getan; Sie müßten mir sagen, wo und bei welcher Gelegenheit ich das getan habe. Daß ich meine Aufassung zu verschiedenen Sparten des Landesbesoldungsgesetzes frei und offen ausgesprochen habe, insbesondere was die Regelbeförderung anbelangt, Herr Kollege König, das können Sie dem Finanzminister nicht zum Vorwurf machen; das ist eine rein sachliche Betrachtung, die mit der Finanzkrise oder Finanzmisere, wie Sie sich ausgedrückt haben, nichts zu tun hat.

(Abg. Dr. Skopp: Herr Minister, gestatten Sie eine Frage in diesem Zusammenhang?)

- Bitte!

Abg. Dr. Skopp:

Der Herr Kollege Dr. Kohl hat gestern hier, sicherlich durchaus zu Recht, im positiven Sinne das Problem des Bewährungsaufstieges der Angestellten angesprochen. Dürfen wir Ihre Meinung darüber hören? Das würde ja weiter natürlich in dem Sinne zu beurteilen sein, wie Sie das eben angedeutet haben.

(Abg. Dr. Neubauer: Das ist ein schwebendes Verfahren!)

Finanzminister Glahn:

Ja, es ist noch ein schwebendes Verfahren.

(Allgemeine Heiterkeit.)

- Jawohl, meine Herren, aber ich weiß, warum Sie lachen.

(Abg. Dr. Skopp: Das „schwebende Verfahren“ ist gestern hier deutlich in positivem Sinne angesprochen worden!)

Aber das sind zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Herr Kollege Skopp, am 15. dieses Monats werden Chefbesprechungen auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Gewerkschaften stattfinden, und ich darf annehmen, daß diese Gespräche Abschlußgespräche sein werden, und daß etwa 70 bis 75 Prozent aller Angestellten des öffentlichen Dienstes von der Regelbeförderung betroffen werden.

(Abg. Dr. Skopp: Gestatten Sie eine Zusatzfrage, Herr Minister?)

- Bitte!

Abg. Dr. Skopp:

Ohne in den Verdacht geraten zu wollen, erneut einen Keil zwischen Regierung und Regierungsparteien treiben zu wollen, darf ich Sie sehr konkret fragen: Bekennen Sie sich zu der Ansicht, die der Herr Kollege Kohl hier gestern bekundet hat, oder ist das nicht die Ansicht der Regierung, daß man den Bewährungsaufstieg den Angestellten geben soll?

Finanzminister Glahn:

Ich bin im Augenblick nicht ganz exakt im Bilde, was der Herr Kollege Dr. Kohl gestern gesagt hat.

(Abg. Dr. Skopp: Er hat gesagt, daß man das tun soll!)

Ich kann Ihnen jedenfalls sagen - und das können Sie im übrigen im Gewerkschaftsblatt nachlesen -, daß ich stets die Auffassung vertreten habe, daß, nachdem die Regelbeförderung für die Beamten gekommen ist, auch die Angestellten einen Anspruch darauf haben, regelbefördert zu werden.

(Abg. Dr. Skopp: Vielen Dank, Herr Minister!)

Ich glaube, Herr Kollege König, Ihr Vorwurf war unberechtigt. Ich habe niemals eine Negativbilanz des Landes Rheinland-Pfalz aufgestellt, weil ich mit der Besoldung unzufrieden war.

(Abg. König: Sie kennen doch sicherlich Ihre eigene Rede in der ersten Lesung!)

Aber eine sachliche Kritik daran durfte ich mir trotzdem, zumal im Haushalts- und Finanzausschuß, Herr Kollege König, erlauben.

Aber wenn Sie schon diese Frage anschnitten und wenn Sie glauben, dem Finanzminister hier einiges unterstellen zu sollen, dann muß ich Ihnen sagen: Auch mit Zustimmung des Finanzministers und der Landesregierung sind in diesem Jahre erhebliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen worden durch die Verbesserung des Stellenschlüssels. Diese zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten beziehen sich im mittleren Dienst auf 2 098 und im gehobenen Dienst auf 763, zusammen also auf 2 861 Stellen. Dazu kommen noch 17 670 Beförderungsstellen aus dem Besoldungsänderungsgesetz des Jahres 1965. Das alles ist in Zusammenarbeit mit der Landesregierung geschehen. Dabei dem Finanzminister unterstellen zu wollen, daß er immer sehr gern auf die zunehmenden Ausgaben bei der Besoldung hinweisen würde, scheint mir deshalb nicht angebracht zu sein.

(Abg. König: Sie haben es doch in erster Lesung sogar hier getan, wo Sie stehen, Herr Minister!)

- Ich habe hier nur klar zum Ausdruck gebracht, daß Mittel im Haushalt 1966 zunächst nicht vorhanden sind, um die lineare Besoldungserhöhung durchzuführen. Ich habe bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen, was das Besoldungsänderungsgesetz das Land Rheinland-Pfalz kostet.

Nun komme ich zu der zweiten von Ihnen angeschnittenen Frage, zu dem verschwundenen Defizit aus dem Jahre 1964. Herr Kollege König, ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich über diese Maßnahme nicht glücklich bin, daß sie sicher als eine Notmaßnahme bezeichnet werden muß und meines Erachtens nicht wiederholt werden sollte. Aber Sie selbst wissen ganz genau, wie schwierig die Verhandlungen um den Ausgleich des Etats gewesen sind. Es ist insofern auch nicht ganz richtig, Herr Kollege König, daß die Opposition nicht über alle diese Vorgänge informiert worden sei. Ich bin stets bereit gewesen, auch die Opposition über finanzpolitische Vorgänge oder Absichten des Landes zu informieren. Ich habe Ihnen und dem Herrn Kollegen Schmidt das wiederholt gesagt.

(Abg. König: Darüber habe ich doch kein Wort heute verloren!)

- Ich weiß nicht, Herr Kollege König. Ich meine jedenfalls, Sie hätten darauf heute wieder hingewiesen. Sie haben gesagt, wenn man rechtzeitig informiert sei, wolle man auch mitarbeiten und so weiter.

(Abg. König: Herr Minister, darf ich eine Bemerkung machen?)

- Bitte!

(Abg. König: Ich habe gesagt, es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, seinerzeit mit allen Parteien in irgendeinem Gremium darüber zu sprechen, ob man nicht die Schuldentilgung unterläßt und statt dessen Rücklagen bildet. Das war die Frage!)

- Herr Kollege König, auf die Frage der Schuldentilgung komme ich noch. Ich muß aber zur Frage des verschwundenen Defizits aus dem Jahre 1964 sprechen. Ich habe bereits gesagt, daß ich es für eine Notmaßnahme zum Ausgleich des Haushalts halte. Aber daß das nun einmalig wäre, ist auch nicht der Fall; denn die gleichen Vorschriften enthielten bereits - wie Sie wissen - die Haushaltsgesetze der Rechnungsjahre 1956 und 1957. Sie finden das auch bei vielen anderen Bundesländern, so daß durchaus nichts Außergewöhnliches vorliegt. Ich bin mir aber im klaren darüber, Herr Kollege König, und ich ziehe bestimmt die gleichen Folgerungen daraus wie Sie, daß sich ein solcher Vorgang nicht wiederholen kann, weil dadurch spätere Haushalte - in diesem Falle der Haushalt des Jahres 1967 - belastet werden. Es verbleibt im Haushalt 1967 durch diese Entscheidung nur wenig Raum. Darüber bin ich mir klar. Die Vorbelastung zeigt, daß wir künftig möglichst keine neuen Defizite entstehen lassen dürfen, weil der Haushalt sonst noch stärker in den flexiblen Ausgaben versteinert.

Sie haben weiter die Frage der Bindungsermächtigungen aufgegriffen, Herr Kollege König. Diese Frage haben Sie auch bei der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuß angesprochen. Sie addieren die Bindungsermächtigungen zu den nicht gedeckten Ausgaben und kommen so auf eine sehr hohe Summe. Herr Kollege König, hier unterläuft Ihnen ein Rechenfehler. Wir hatten in den vergangenen Haushalten bereits Bindungsermächtigungen, und man kann nur von der Erhöhung der Bindungsermächtigung im Haushalt 1966 ausgehen. Diese Erhöhung im Haushalt 1966 beträgt aber nur 44 Millionen DM; darin sind die für die Fortführung der Schulbaumaßnahmen gewährten 30 Millionen DM mit enthalten.

Die Bindungsermächtigungen aber, Herr Kollege König, sind wir in der Tat eingegangen, weil der Schulbau als politisch vorrangig galt und wir die Erfüllung des Schulbauprogramms in den nächsten zehn Jahren ansteuern wollten. Das war der Wunsch aller Fraktionen; es war eine politische Entscheidung, und dieser politischen Entscheidung haben Sie selbst zugestimmt, ja. Sie haben sie sogar auch mitgefordert.

(Abg. König: Eine Frage!)

- Bitte!

Abg. König:

Herr Minister, ich habe ja nie bestritten, daß wir das mitgemacht haben. Das nur zur Klarstellung. Meine Frage lautet: Trifft es zu, daß wir bei verschiedenen Ausgabebüchern zusätzliche Bindungsermächtigungen auf künftige Haushaltsjahre haben, die sich insgesamt auf etwa 130 Millionen DM belaufen, oder trifft das nicht zu?

Finanzminister Glahn:

- Selbstverständlich trifft das zu.

(Abg. König: Würden Sie mir dann erklären, warum ich falsch gerechnet habe?)

- Herr Kollege König, Sie haben insofern falsch gerechnet, als Sie einfach die Bindungsermächtigungen eines Jahres mit denen der vergangenen Jahre addiert haben. Das ist die Frage.

(Abg. König: Es sind doch Ausgabermächtigungen auf künftige Einnahmen!)

- Selbstverständlich, aber das war seither auch schon so. Sie haben doch seither gegen die Bindungsermächtigungen auch nichts einzuwenden gehabt, und Bindungsermächtigungen sind nun einmal notwendig, wenn man Baumaßnahmen weiterführen will.

(Abg. König: Ich habe auch jetzt nichts einzuwenden, sondern ich bin der Meinung, der Ernst der Lage verlangt es, daß man darauf hinweist, Herr Minister!)

- Gut, Herr Kollege König, der Ernst der Lage verlangt es, daß man darauf hinweist! Konnte ich mehr und härter darauf hinweisen, als ich das bei der Diskussion um den Haushalt gesagt habe? Ich empfehle Ihnen, das nachzulesen, was ich zu der Frage der Bindungsermächtigungen gesagt habe.

Dann haben Sie, Herr Kollege König, auf Streichungen hingewiesen. Das heißt, Sie haben erklärt, daß erstaunlicherweise das Finanzministerium bei den einzelnen Kapiteln Globalstreichungen empfohlen habe, sich aber außerordentlich zur Wehr gesetzt habe, wenn echte Streichungen in dem einen oder anderen Falle vorgeschlagen worden seien. Herr Kollege König, bei diesen Streichungen, bei denen der Finanzminister Einspruch erhob, handelte es sich in Wirklichkeit um Streichungen, die nicht zu Ausgabekürzungen geführt hätten. Eine Streichung dieser Mittel hätte zwangsläufig zu einer überplanmäßigen Veranschlagung geführt. Und das ist der eigentliche Grund gewesen, warum in dem einen oder anderen Falle unsere Bedenken gegen Streichungen vorgebracht wurden.

Nun zur Verschuldung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Frage wird immer neu angesprochen. Über sie ist in allen zurückliegenden Jahren angesprochen worden, bei der Einbringung der Haushalte 1965 und 1966 besonders. Es wird immer wieder behauptet, wir hätten in den vergangenen konjunkturell guten Jahren keine Schulden tilgen sollen, sondern die vorhandenen Mittel für Investitionen verwenden müssen.

Dazu darf ich zunächst einmal nüchtern feststellen: Wir haben auch in den konjunkturell guten Jahren so viel gebaut, wie die Baukapazität im Lande Rheinland-Pfalz hergegeben hat. Wir schieben eine Reihe von Baumaßnahmen heute noch vor uns her, weil einfach die damaligen Umstände, die damaligen Schwierigkeiten auf dem Baumarkt es nicht zugelassen haben. Das heißt also, wir hätten in der Tat keine Investitionen in dem Umfange machen können, wie das immer gesagt wird.

Dann wird immer wieder darauf hingewiesen, daß ich heute teureres Geld aufnehmen müßte, weil billigere Schulden zurückgezahlt worden seien. Meine Damen und Herren! Herr Kollege König! Sie wissen es sehr

gut, daß wir in den damaligen Jahren - in den konjunkturell guten Jahren - Schulden getilgt haben, Darlehen, die sehr hoch waren, zum Teil noch höher, als wir sie heute auf den Kapitalmarkt erhalten. Sie wissen auch, daß der Betrag insgesamt nicht sehr hoch gewesen ist, es waren insgesamt 80 Millionen, die damals überplanmäßig getilgt wurden, und zwar auch mit Zustimmung des Landtags.

(Abg. Dr. Skopp: An Umschuldung haben Sie nicht gedacht!)

- Herr Kollege Dr. Skopp! Wir haben auch umgeschuldet. Wir haben zum Teil hochverzinsliche Darlehen umgeschuldet in niedriger verzinsliche Darlehen. Hätten wir nicht getilgt, meine Damen und Herren, dann hätten wir all die Jahre hohe Zinsen dafür im Ordentlichen Haushalt gezahlt. Wie hoch diese Zinsen sich belaufen, dazu kann ich nur auf folgendes hinweisen: Wenn wir im nächsten Jahr etwa 300 Millionen DM aufnehmen müssen - wenn wir sie überhaupt bekommen -, dann werden wir 21 Millionen DM für Zinsen im Ordentlichen Haushalt veranschlagen müssen. - Und wenn wir jetzt gezwungen sind, meine Damen und Herren, verstärkt auf den Kapitalmarkt zu gehen, dann haben wir den großen Vorteil, von einem niedrigen Schuldenstand auszugehen. Hätten wir bereits in den Jahren, in denen wir Schulden getilgt und eine Neuverschuldung vermieden haben, hohe Beträge aufgenommen, wäre das uns heute zur Verfügung stehende Ausgabenvolumen durch Kapitaldienstverpflichtungen, denen wir nicht ausweichen könnten, erheblich verbelastet. Die Folge davon wäre gewesen, daß die Sparmaßnahmen im Jahre 1966 wesentlich schärfer hätten ausfallen müssen; wir hätten ein hohes Defizit, und die Kreditwürdigkeit des Landes wäre dadurch verschlechtert und unsere Stellung in dem Iser-Ausschuß für die Koordinierung des Anleihebedarfs von Bund und Ländern wesentlich schlechter, als sie so ist. Das ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann.

Meine Damen und Herren! Es ist wiederholt auch auf den Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen worden. Es bietet sich ja an, daß bei einer solchen Debatte auf diesen Sachverständigenrat hingewiesen wird. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie das nachlesen, was der Sachverständigenrat feststellt, dann hat auch dieser - wie die Bundesregierung in dem vorgesehene Konjunktursicherungsgesetz - die Auffassung vertreten, daß es richtig ist, im konjunkturellen Aufschwung Schulden zu tilgen und im konjunkturellen Abschwung wieder Schulden aufzunehmen, um dadurch keine Stockung in der Durchführung der notwendigen Baumaßnahmen, insbesondere auch der notwendigen Investitionen, eintreten zu lassen.

Daß wir dabei auch in den vergangenen Jahren die Gemeinden nicht vergessen haben, meine Damen und Herren, das zeigen die Zahlen. Hier darf ich nur eine Zahl nennen. Die Gemeinden von Rheinland-Pfalz erhielten von der Gesamtfinanzierungsmasse, das heißt also von allen Steuereinnahmen von Land und Gemeinden, im Rechnungsjahr 1965 rund 46 Prozent nach Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs. Das ist meines Erachtens eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

(Abg. Dr. Skopp: Welcher Prozentsatz entfällt davon auf Auftragsangelegenheiten?)

- Herr Kollege Dr. Skopp! Ich habe das nicht im einzelnen ausgerechnet, aber immerhin ist es nicht unbe-

(Finanzminister Glahn)

achtlich, daß 46 Prozent aller Steuereinnahmen von Land und Gemeinden nach Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs für die Gemeinden verwendet wurden.

(Abg. Dr. Skopp: Eine Frage zur Methode, Herr Minister! Ich bin der Meinung, wenn Sie diese Prozentzahl hier anführen, daß Sie sich dann auch hätten erarbeiten lassen müssen, wieviel davon auf Auftragsangelegenheiten entfällt, damit von der Landtagstribüne herunter kein falscher Eindruck entsteht!)

- Es wird durchaus kein falscher Eindruck entstehen, Herr Kollege Dr. Skopp!

(Abg. Dr. Skopp: Herr Minister, sind Sie nicht der Meinung, daß man das tun muß?)

- Ja, gut.

Dazu wäre sicher noch eine ganze Menge zu sagen, aber diese Frage ist ja in diesem Umfang nicht angeschnitten worden.

Bleiben noch die Fragen des Schulhausbaues, Krankenhausbaues und der Trinkwasserversorgung. - Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Finanzminister darf für sich in Anspruch nehmen, daß er diese Schwerpunktaufgaben des Landes Rheinland-Pfalz in jeder Weise gefördert hat nach der Finanzkraft des Landes, und daß er sich in den vergangenen Jahren auch bemüht hat, langfristige Investitionspläne zu den verschiedenen Schwerpunktaufgaben herbeizuführen.

(Abg. Dr. Skopp: Das wird von uns nicht bestritten!)

Dazu gehören der Schulhausbau, der Krankenhausbau, die Trinkwasserversorgung und eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen. Aber wir können eben - ich habe das in meiner Haushaltsrede gesagt - nicht alles auf einmal tun. Es muß einfach eine Art Rangfolge - also politische Entscheidungen über die Vorrangigkeit - vorgenommen werden. Das ist im Haushalts- und Finanzausschuß geschehen; dieser Vorrangigkeit ist Rechnung getragen worden, nicht zuletzt auch durch die Bindungsermächtigungen im Schulhausbau.

Der Herr Kollege König sprach am Schluß seiner Ausführungen von gemeinsamen Anstrengungen. Der Finanzminister ist sicher bereit, bei diesen gemeinsamen Anstrengungen seine Beteiligung zuzusagen. Der Finanzminister hat selbst das größte Interesse daran, daß die wirtschaftliche und die soziale Struktur des Landes verbessert wird, wo man sie nur verbessern kann, schon deshalb, weil dadurch auch die Finanzkraft angehoben wird. Ich hoffe, daß Sie dem Finanzminister die Möglichkeit geben, bei den gemeinsamen Anstrengungen mitzuwirken, damit die Finanzlage des Landes die erforderliche Berücksichtigung finden kann.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Vizepräsident Rothley:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Neubauer (CDU).

Abg. Dr. Neubauer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei dem Herrn Kollegen König -

er ist nicht da -, dafür bedanken, daß er am Schluß festgestellt hat, daß wir alle miteinander hier im Hause uns immens angestrengt haben, um den finanzpolitischen Aufgaben bei den Etatberatungen gemeinsam gerecht zu werden. Diesen Obersatz sollten wir allgemein gelten lassen. Wir, die wir im Haushalts- und Finanzausschuß zusammengearbeitet haben, wissen, daß er nämlich stimmt; denn wir alle haben die gleiche Sorge hinsichtlich des Ernstes der finanziellen Lage unseres Landes Rheinland-Pfalz. Nur möchte ich hierbei bemerken, daß der Herr Kollege König die Dinge zum Teil in einer gewissen Anklageform gebracht hat. Das kann ich nicht ganz verstehen, weil dann der Obersatz über die gemeinsamen Anstrengungen und die gemeinsame Abschließung der Etatberatungen im Ausschuß nicht stimmen würde.

Es sind einige Fragen vom Herrn Kollegen König gestellt worden, die insgesamt an die Landesregierung gerichtet wurden, die aber auch die anderen Fraktionen betreffen, zum Beispiel: Wie ist es mit den Gehaltserhöhungen im Jahre 1966, die nicht im Etat stehen? Diese Frage hätte an sich im Ausschuß gestellt werden müssen, als wir den Etat in der Schlußberatung insgesamt überschen konnten.

(Abg. Völker: Sie ist doch gestellt worden!)

- Sie ist aber nicht in der Weise, sondern insgesamt gestellt worden über die Frage des Ausgleichs am Schluß. Da hat der Herr Finanzminister eine Erklärung über die vierprozentige Gehaltserhöhung abgegeben, die von allen Mitgliedern im Ausschuß auch gebilligt wurde, das heißt, die Erhöhung nicht im Haushalt 1966 einzusetzen.

Einer der ersten Sätze eben war, wie es möglich sei, daß so etwas geschehen könne, um einen manipulierten Ausgleich - wie ihn der Herr Kollege König bezeichnete - herbeizuführen. Meine Damen und Herren! Wir wollen uns über eines klar sein: Wir wissen, daß wir in einer außerordentlich ernsten Finanzlage sind, und zwar so, wie es in früheren Jahren auch schon gewesen ist. Damals haben wir auch über das Haushaltsgesetz Defizite um ein Jahr hinausgeschoben. Wir haben damals Gehaltserhöhungen, die bereits in unserem Bewußtsein vorhanden waren, deshalb nicht eingesetzt, weil sie formell noch nicht beschlossen waren. Die Gehaltserhöhungen für 1966 sind auch noch nicht zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts beschlossen worden. So haben wir also auch in diesem Jahr - übrigens wie in allen anderen Landtagen, aber das will ich nicht als Begründung heranziehen, sondern nur vergleichend darauf hinweisen - alle miteinander eben das nicht eingesetzt, was noch nicht formal beschlossen ist. Dieses Verfahren ist also keine Neuerscheinung, sondern es ist jeweils in besonders prekären Situationen angewandt worden, und zwar verbunden mit der Verpflichtung, die wir uns auferlegt haben, insbesondere in Verhandlungen mit dem Bunde darauf zu drängen, unsere Finanzausstattung zu verbessern, damit unsere Aufgaben erfüllt werden können.

Nichts anderes als in früheren Jahren haben wir auch in diesem Jahre getan. Es kann uns zum jetzigen Zeitpunkt, wo die konkreten Verhandlungen über die Finanzstruktur der öffentlichen Hand beginnen, einerseits lieb sein, daß diese Finanzenge, in der wir drinstecken, so sichtbar geworden ist, daß sie keiner mehr abstreiten kann. Das ist nicht nur beim Lande Rheinland-Pfalz so, sondern fünf Bundesländer sind in der gleichen Lage. Von daher gesehen wird man bei den Verhandlungen hoffentlich zu einem vernünftige-

(Dr. Neubauer)

ren Ergebnis kommen als in früheren Zeiten, wo man die Aufgabenverpflichtungen der Länder nicht so gesehen hat, wie es tatsächlich notwendig gewesen wäre. Jede Medaille hat zwei Seiten. Die schlechte Seite ist hier in aller Deutlichkeit aufgezeigt worden; ich glaube, die Gegenseite der Medaille zeigt sich dafür etwas besser, wenn auch erst in der Zukunft.

Nun zu der Frage, wie wir beim Etat verfahren sollen: Globale oder echte Kürzungen? Es ist zwar einiges darüber gesagt worden, aber den eigentlichen Grund möchte ich nennen, damit uns noch einmal klar ins Bewußtsein kommt, warum wir nicht nur echte Kürzungen vorgenommen, sondern auch globale Kürzungen als Ausgaben-Minusansätze haben stehen lassen. Wir gingen von der Überlegung aus, daß im Laufe der Bewirtschaftung eines Etats bei soundsoviel Ausgabe-positionen erst nach und nach sichtbar wird, wo sich Ausgabereste zeigen. Das kann man nicht genau übersehen bei der Beratung des Haushalts, so daß der Ressortminister verpflichtet ist, im Laufe des Jahres Einsparungen bei verschiedenen Einzeltiteln vorzunehmen, um den Global-Minusansatz insgesamt zu erreichen. Der Ausschuß hat also dort, wo sich echte Kürzungen anboten, diese vorgenommen und im übrigen die Globalkürzungen bestehen lassen.

Ich möchte zu den Bindungsermächtigungen nicht viel sagen, der Herr Finanzminister hat sich mit dem Herrn Kollegen König darüber auseinandergesetzt. Es ist zweifellos kein schönes Finanzierungsmittel - rein finanztheoretisch betrachtet -, mit Bindungsermächtigungen zu arbeiten, aber bei Investitionsfinanzierungen ist es ein Mittel, das außerordentlich zweckmäßig sein kann. Wenn ich nur kassenmäßig Investitionen mache, stehen die Ausgaben in voller Höhe, und es bleiben garantiert Ausgabereste übrig, weil innerhalb eines Jahres die Investitionen nicht abgewickelt werden können. Wenn ich aber teils über Kassenmittel, teils über Bindungsermächtigungen arbeite, dann kann ich hier kombinieren, so daß in dem Zeitpunkt, in dem die kassenmäßigen Mittel anfallen, diese auch in den Haushalt eingesetzt werden können. Wir sind uns völlig bewußt - ich glaube, darin stimmen wir im ganzen Hause überein -, daß die kommunalen Finanzen zweifellos nicht ausreichen, um die den Kommunen gestellten Investitionsaufgaben aller Art, so wie sie wünschenswert sind, laufend zu erfüllen. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß die Mittel, die zugunsten der Gemeinden vorgesehen sind, die äußerste Grenze dessen darstellen, was wir tun konnten. Es ist klar, daß wir bei der Finanzeng des Landes, worin auch die Gemeinden eingeschlossen sind, nicht einfach versuchen können, einen Teil der Ausgaben möglichst voll zu finanzieren, um damit die andere Seite noch mehr zu vernachlässigen, als wir schon bei unserem Sparhaushalt gewisse Vernachlässigungen in der gesamten Breite an Sach- und einmaligen Ausgaben vornehmen müssen.

Ich glaube, so muß man das verstehen und sollte es auch sehen aus der Sicht der Gemeinden, damit hier nicht eine Überbewertung erfolgt. Man sollte also nicht sagen - wie Herr Kollege König glaubte, daß es etwa in Ordnung gewesen wäre -, das geben wir den Gemeinden noch, sondern wir versuchen, hier gleichmäßig zu bewerten, um dann nach dieser gleichmäßigen Bewertung, und zwar gestaffelt nach Prioritäten, über die wir an sich völlig einig sind, die Mittel, die uns zur Verfügung gestellt werden, am nutzbringendsten anzuwenden.

Zum Schluß möchte ich also sagen: Die finanzielle Situation unseres Landes sieht, ähnlich wie es bis 1959

war, jetzt erneut sehr bedrängt aus. Wir müssen versuchen, uns auf Zeit einigermaßen vernünftig innerhalb dieser Beengung zu bewegen mit der gleichzeitigen Aufgabe, das, was jedem sichtbar ist, wenn es überhaupt geht, in den Verhandlungen mit dem Bund und den übrigen Ländern noch mehr als bisher zur Geltung zu bringen, um bei den Ländern, die von Natur und den sonstigen Voraussetzungen her weniger reich sind, zu einem vernünftigeren finanziellen Ausgleich als bisher und damit zur finanziellen Lebensgrundlage zu kommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Rothley:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Kohl (CDU).

Abg. Dr. Kohl:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mehrmals hier apostrophiert worden und deswegen gezwungen - auch um der eigenen Rechtfertigung willen -, noch einmal das Wort zu nehmen.

Zunächst folgendes. Herr Kollege König, Sie werden nie erleben, daß ich von der Tribüne dieses Hauses etwas aus einem Ludwigshafener Trauma heraus spreche; denn ich besitze dieses Trauma nicht. Man muß schon tiefenpsychologische Begabung haben, um das bei mir festzustellen.

(Allgemeine Heiterkeit.)

Ich möchte allerdings sagen, wenn wir über Personalpolitik sprechen, muß ich ja Beispiele aus dem Leben bringen. Wenn ich Beispiele aus Hessen oder, wie der Herr Ministerpräsident heute früh, aus Niedersachsen, aus Berlin - Sie können alle Bundesländer nehmen, wo Sozialdemokraten an der Macht sind - bringe, dann sagen Sie - von Ihrer Sicht aus guten Gründen, Herr Kollege Skopp -, wie gestern und heute, das geht uns nichts an, wir sind hier im Landtag des Landes Rheinland-Pfalz. Folglich, meine Damen und Herren, bin ich also gezwungen, ein Beispiel aus Rheinland-Pfalz zu bringen.

Wenn ich nun irgendeine Gemeinde nenne, dann werden Sie sagen, das ist irgendeine Gemeinde. Deswegen tue ich Ihnen den Gefallen und bringe die stärkste Bastion der SPD - so sagen wenigstens die Ludwigshafener Sozialdemokraten -, in diesem Lande die größte Stadt, bringe also meine Heimatstadt Ludwigshafen. Daß das für mich noch den Vorteil hat, daß ich hier bestens informiert bin, das müssen Sie mir schon aus mitmenschlichem Verständnis nachsehen.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, aus diesem Grunde habe ich gestern diese Beispiele gebracht, weil sie doch zeigen, wie Sozialdemokraten auch Personalpolitik - ich behaupte nicht, daß Sie alle, die Sie hier sitzen, sie so machen würden - betreiben. Ich weiß, daß in manchen von Ihren eigenen Leuten, die hier im Saale sitzen, erhebliche Zweifel daran aufgekeimt sind in den letzten Jahren, ob dieser Weg Ihrer Ludwigshafener Freunde so richtig ist. Aber da Sie eine Partei sind, die in einer hundertjährigen Tradition gewohnt ist, nach außen zu klatschen, wenn geklatscht werden muß, Herr Kollege König, habe ich noch nie von einer

(Dr. Kohl)

Distanzierung von diesen Vorgängen in der größten Stadt unseres Landes, auch nicht in diesem Hause, gehört.

Zum zweiten. Ich habe gestern hier nichts zitiert aus - zufällig ist es der gleiche Mann - der Ludwigshafener Perspektive, sondern die Überschrift der „Rheinpfalz“ heißt: „Die SPD Pfalz wünscht präzise Auskunft“. Das ist also nicht irgendwer, sondern ist eine große, staatstragende Partei unseres Landes mit einem mächtigen Bezirk. Ich gebe zu, Herr Kollege Fuchs und andere in der ersten Bank - ich nehme fast niemand aus, wenn ich das so sage -: Sie ist heute nicht mehr so mächtig wie zu jenen Zeiten, als Franz Bögler hier noch in der Fraktion und auch anderswo seinen Sitz und seine Stimme hatte, der Einfluß hat nachgelassen. Wir Pfälzer könnten das vielleicht beklagen; es gibt da auch, wie der Kollege Neubauer sagt, zwei Seiten der Medaille, die man in diesem Zusammenhang anführen könnte. Nur, Sie müssen sich schon entgegenhalten lassen: Wenn der größte Parteibezirk Ihrer Partei so etwas verlaublich - und das ist so offensichtlich falsch, um nicht zu sagen Unsinn, was hier geschrieben steht und nicht widerrufen wurde; in der Zwischenzeit sind zwei Zeitungsausgaben zwei Tage nacheinander erschienen; es ist nicht berichtigt worden -, dann müssen wir uns dieser Dinge annehmen.

Es ist einfach unwahr, wenn man sagt, in Mainz gäbe es keine Planung für die Beseitigung der Verkehrsmisere in der Pfalz. Meine Damen und Herren, das ist unwahr, und so etwas sollte man nicht immer wieder unseren Mitbürgern vorsetzen. Wer einen Funken von Verständnis hat und guten Willen, weiß, daß sich das Wirtschaftsministerium des Landes, und zwar alle Ressortchefs wie auch das Ressort des Bundes, in den ganzen Jahren gerade um die Verhältnisse im vorderpfälzischen Raum redlich bemüht haben.

Ich will es in diesem Zusammenhang einmal sagen: Wir sind für den diesjährigen Etat des Wirtschaftsministers beim Straßenbau von allen Bundesländern, meine Damen und Herren, am besten weggekommen, und wir schulden unserem Freund Christoph Seeborn großen Dank dafür, daß er die Interessen von Rheinland-Pfalz auch als Nicht-Rheinland-Pfälzer so wahrgenommen hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und wenn hier beispielsweise auch gesagt wird - ich will das gleich noch mit anfügen -, daß etwa in der Verwaltungsreform nur solche einengenden Gesichtspunkte wie die Zusammenlegung von Amtsgerichten zum Tragen kämen: Nun, meine Damen und Herren von der SPD, ich war doch dabei - der Kollege Schmidt war auch dabei und von der FDP mit Sicherheit der Kollege Martenstein - in der letzten Legislaturperiode, als wir, die drei Fraktionsvorsitzenden und ihre Stellvertreter, mit der Landesregierung zusammen-saßen und übereingekommen waren, daß erstens wir in der alten, vergangenen Legislaturperiode die Vorlage nicht mehr einbringen, und daß zweitens in dieses Paket Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsreform auch die Dinge hinein sollten, die notwendigerweise nicht vom Gesetzgeber entschieden werden müssen; was übrigens, um die verengenden Gesichtspunkte hier klarzumachen, bei Amtsgerichten, weil das durch Gesetz zu geschehen hat, ja der Fall sein muß.

Wir waren also gar nicht auseinander, wir waren in völliger Übereinstimmung. Wir waren damals der Auffassung, wir wollen das ganze Paket zusammenfassen.

Und, meine Damen und Herren, eigentlich gab es in der letzten Zeit, in den letzten acht Wochen zum mindesten, Gott sei Dank kaum mehr wesentliche Differenzen in der Behandlung des Themas Verwaltungsreform. Es gab eine Zeit, da hat der Kollege Storch seine Versammlungen zum Teil damit bestritten, daß er generell erklärt hat, es gäbe Kräfte, die die Verwaltungsreform nicht wollten. Ich habe mehrmals geforscht, wo diese Kräfte sitzen; er konnte sie mir nicht nennen. Und der Herr Kollege Storch ist ein Mann, der - wie auch ich - den Versuch unternimmt, dazuzulernen; deswegen sagt er das heute auch nicht mehr.

(Allgemeine Heiterkeit.)

Er weiß genau, daß wir heute allesamt, wie wir hier sitzen, die Verwaltungsreform wollen. Gewiß, der eine will eine Bezirksregierung mehr, der andere eine Bezirksregierung weniger; aber es muß unter Parlamentariern doch nun möglich sein, sachlich verschiedene Meinungen auszutragen. Ich könnte mir sogar vorstellen, daß wir per saldo zu recht einheitlichen Meinungen kommen.

Aber ich muß schon jetzt sagen: Ich würde nur wünschen, und ich meine - nehmen Sie das als Angebot -, es wäre eine staatspolitische Tat, wenn wenigstens die Parteien, die in diesem Hause sitzen, in über einem Jahr die Gelegenheit eines Wahlkampfes nicht dazu benutzen, sich dieses Thema gegenseitig um die Ohren zu schlagen, sondern sich darüber im klaren sind, daß hier niemand - auch wenn er örtlich als Abgeordneter vielleicht im Augenblick einen kleinen Vorteil hat - auf die Dauer und schon gar nicht die parlamentarische Demokratie einen Vorteil haben kann, wenn man diese wirklich wichtigen und grundsätzlichen Fragen in der Wahlauseinandersetzung bespricht.

Sicher, Herr Kollege König, wir sind gemeinsam einer Auffassung, daß die Regierungsvorlage - und so hat es auch der Herr Ministerpräsident im letzten Jahr mehr als einmal formuliert - eine Diskussionsgrundlage ist, daß es völlig klar ist - und das versteht sich aus dem Wesen des Parlamentarismus -, daß dieses gemacht werden wird und jenes nicht, daß in einigen Punkten, etwa - das ist nicht nur ein Steckenpferd von mir - in der Verwaltung solcher Räume, die nicht die Amtsverfassung haben - ich kann das als Pfälzer ja hier einmal auch von der Tribüne des Landtags sagen -, vielleicht auch in der gemeindlichen Selbstverwaltung manche Verbesserungen vorgenommen werden. Vieles andere mehr wäre in diesem Zusammenhang zu nennen.

Wir werden die Verwaltungsreform auch nur vernünftig betreiben können, wenn wir die Problematik der Stadt- und Nachbarschaftsregion mit hineinnehmen. Gott sei Dank sind die Zeiten vorbei, wo ein Gauleiter verfügen konnte, daß eingemeindet wird; es wäre furchtbar, auch wenn die „Gauleiter“ heute andere Farben hätten. Es wäre furchtbar, wenn so etwas mit einem Federstrich gemacht würde. Wir haben heute viel mehr rechtliche Möglichkeiten. Aber das ändert nicht an der Tatsache, daß wir, da viele unserer eigentlichen Ballungsräume aus den Nähten platzen, Lösungen finden müssen. Ich selbst, der ich nicht hauptamtlich, aber im Ehrenamt in der kommunalen Politik stehe, meine, diese Lösungen müssen so sein, daß nicht eine Planungsbürokratie, auch nicht eine Bürgermeisterbürokratie entsteht, die der Kontrolle der Selbstverwaltungsorgane nicht mehr hinlänglich unterliegt.

(Beifall bei der CDU.)

(Dr Kohl)

Kontrolle, meine Damen und Herren, meine ich nicht nur in dem Sinne, daß die Räte dann gelegentlich ratifizieren können; denn die Inhalte dieser Beschlüsse sind oft so kompliziert, daß der, der sich nicht hauptamtlich damit beschäftigt oder der niemand hat, der ihn berät, sie in ihren Auswirkungen gar nicht mehr übersehen kann. Deswegen werden wir jedenfalls von der CDU eine ganz offene Diskussion führen und sicherlich zu jeder vernünftigen Lösung bereit sein.

Herr Kollege König, Sie haben mir dann noch den Gefallen erwiesen und die Süddeutsche Zeitung, wahrlich kein Blatt der CDU, zitiert; Sie haben den Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten und mir, der dort dargestellt ist, gebracht. Nun, ich weiß nicht, woher der Redakteur der Süddeutschen Zeitung diese Nachrichten hat. Ich kann nur sagen, er ist, auch vom Journalistischen, nicht auf dem neuesten Stand, und das haben Sie doch alle, wie ich meine, durchaus begriffen. Ich weiß nicht, wie hier ein Unterschied konstruiert werden kann aus meinem Zitat vom Koblenzer Parteitag, das Sie gebracht haben, was ich nicht erst in Koblenz, sondern auch hier von dieser Tribüne in den letzten Jahren oft genug gesagt habe: daß wir glauben und vor allem ich glaube, daß wir von der Geschichte auch einmal daran gemessen werden, ob und inwiefern wir unseren Kindern und der jetzt heranwachsenden jungen Generation die bestmöglichen Bildungschancen eröffnet und garantiert haben. Das ist ein Satz, der in unseren Kreisen keineswegs ungewöhnlich ist. Ich habe den Eindruck, Sie sollten sich einmal - auch in Ihrem Bestreben, sich fortzuentwickeln und fortzubilden, das Sie vorhin andeuteten - darauf verlegen, Dokumente der CDU, etwa unserer letzten Kulturkongresse, die wir durchgeführt haben, zu lesen. Sie werden feststellen, daß - - bitte schön!

(Abg. König: In Trier liegen die ja noch nicht auf, Herr Kollege Dr. Kohl!)

- Das ist ein großer Irrtum. Seit wir hier im Landtag sind, hat sich unsere Bibliothek ganz erheblich erweitert auf diesem Gebiete, Herr Kollege König.

(Abg. König: In Trier liegen sie noch nicht auf! -

Abg. Fuchs: In Trier liegen die Bücher noch nicht vor!)

- Ich weiß nicht, was Sie jetzt gegen Trier haben, Herr Kollege König.

(Allgemeine Heiterkeit.)

Ich bin ganz sicher, daß sie in Trier auch vorliegen; ich kenne viele unserer Freunde, die sie haben. Und im übrigen muß ich Sie fragen, warum reden Sie hier jetzt von Trier in diesem Zusammenhang? Ich habe den Eindruck, daß Ihre politische Situation in Trier doch eine ganz andere ist, wenn ich etwa an den Besuch Ihres Bundesvorsitzenden in St. Matthias und im Karl-Marx-Haus anläßlich der letzten Bundestagswahl zurückdenke.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Nun, meine Damen und Herren, man könnte hierzu sehr viel sagen.

Aber eines haben Sie dann noch gebracht, Herr Kollege König, was nicht unwidersprochen bleiben darf. Ich hätte das Thema von mir aus nicht angerührt; denn ich halte nichts davon, daß wir nun alle Dinge von Adam und Eva an hier behandeln. Sie haben aber

den Vortrag des Professors Kaiser auf der Bühler Höhe zitiert. Sie haben dabei, mit vorwurfsvoller Miene uns gegenüber, gesagt - und das hätten Sie besser nicht getan -, daß man ja den Begriff der Planung ganz allgemein in Acht und Bann - so ungefähr haben Sie sich ausgedrückt, jedenfalls sinngemäß - getan hätte.

Meine Damen und Herren! Wer ist denn schuld daran, daß im Sprachgebrauch der Deutschen das Wort „Planung“ etwas anrühlich geworden ist? Wir von der CDU/CSU - und in dem Fall muß ich auch die FDP miteinbeziehen - sicherlich doch nicht! Und ich wehre mich auch gegen eine Übersetzung des Begriffes „Planung“ - Sie können es so oder so übersetzen - in Planifikation; das, meine Damen und Herren, ist etwas ganz anderes. Wenigstens konnte das bei Ihnen so verstanden werden.

(Abg. König: Bei mir?)

- Nun ja!

Daß wir neuraigisch geworden sind im Bereich der Planung, das, meine Damen und Herren, war ja - zum mindesten durch eine lange Periode, bis zu jener Götterdämmerung in der Godesberger Stadthalle 1959 - eine entscheidende Essenz des Unterschieds zwischen den großen politischen Gruppen in Deutschland. Ich habe mir vorhin, als Sie das so sagten, gedacht, daß man dabei doch eigentlich einmal die Dokumente sprechen lassen müßte. Sehen Sie, meine Damen und Herren, Sie bringen dann immer so schön das Ahlener Programm. Nun, setzen wir also doch mal in diesem Zusammenhang das Ahlener Programm etwa in Vergleich zu dem, was die deutsche SP 1945 in Berlin gefordert hat:

„Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen, Bodenschätze,

Verstaatlichung der Bergwerke usw., usw.,

Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden und Mietshäusern,

scharfe Begrenzung der Verzinsung aus mobilem Kapital.“

- Stellen Sie sich mal vor, wie sich das auswirken würde für manchen, der auch heute in der SPD Rang und Namen besitzt, meine Damen und Herren! -

(Allgemeine lebhaftige Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

„Verpflichtung der Unternehmer zu treuhänderischen Leistungen der ihnen von der deutschen Volkswirtschaft anvertrauten Betriebe,

Beschränkung des Erbrechts auf die unmittelbaren Verwandten.“

Odernehmen Sie - ich bin gleich soweit, Sie können gleich Ihre Zwischenfrage stellen, Herr Kollege Fuchs - die politischen Leitsätze der SPD - das ist das erste Aktionsprogramm vom 11. Mai 1946 -:

„Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Profitwirtschaft zu ertragen und Ausbeutungsgewinne, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen.“

- In jedem Schnellzug, nicht nur im Abteil 1. Klasse, liegt heute der Börsenzettel auf, und ich beobachte immer wieder mit großem Amusement, daß nicht nur Kapitalisten das lesen, meine Damen und Herren! -

(Dr. Kohl)

„Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen; sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden. Die Sozialdemokratie erstrebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Verteilung.“

Oder ich zitiere Kurt Schumacher, wahrlich ein Mann, der mit einer ungeheueren Brisanz des Geistes seine Zeit in vielen Punkten richtig, aber in diesem entscheidenden Punkt - und das ist kein Vorwurf, das ist eine Feststellung - eben völlig falsch erkannt hat, aus einer Rede 1950 auf dem SPD-Parteitag in Berlin:

„Weiter sind im letzten Jahr 10 bis 12 Milliarden DM in die westdeutsche Wirtschaft investiert worden, aber wieder unkontrolliert, wieder ungeplant, wieder ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Effekte, sondern nur unter dem Gesichtspunkt entweder des Versteckens von Gewinnen oder der momentanen, auf den Betrieb zugeschnittenen Profite.“

Das, meine Damen und Herren, war einmal Ihr Irrweg,

(Abg. Dr. Skopp: Na und?)

und daraus ist bei anderen eine etwas dünne Haut bei dem Begriff „Planung“ entstanden.

Herr Kollege König, wir sind uns völlig klar, daß die großen Probleme der Zukunft nicht gelöst werden können, etwa auf dem Bereich der Bildungspolitik, wenn wir nicht Bildungsplanung haben, wie sie die OECD seit vielen Jahren erfolgreich für Europa betreibt. Sie können nicht Infrastrukturverbesserung betreiben, wenn Sie nicht gleichzeitig in der Lage sind, hier Planung vorzunehmen.

Nur verstehen wir etwas anderes unter diesem Begriff, und Sie ja heute auch. Das ist unser Triumph, der sich allerdings - das gebe ich Ihnen auch hier öffentlich zu - wahlmäßig nicht mehr sehr auszahlt, weil es die Leute allmählich wissen; es gehört der Geschichte an. Wir können das bedauern, ich sage das meinen Freunden immer wieder, bloß nützt es uns nichts. Sie haben inzwischen ja begriffen, daß das eine Fehlentwicklung war, die die SPD von 1945 - ich spreche jetzt von der Nachkriegsperiode - bis 1953 eingeleitet hat; dann, nach der verlorenen Bundestagswahl, ging es ja langsam, aber sicher - das ist auch sehr amüsant in den Parteitagebeschlüssen zu beobachten - zurück. Sie haben diese Fehlentwicklung entsprechend revidiert. Sie haben dazugelernt, wie auch wir es auf anderen Gebieten versucht haben. Wir wissen aus dem Bereich der Theologie, daß die Christen unterwegs sind. Parteien sind auch unterwegs, und wir sollten uns da gegenseitig nichts vorwerfen. Bloß, Herr Kollege König, Sie können uns doch nicht verargen, daß wir, wenn das Wort „Planung“ fällt, zunächst einmal mit einem Ohr wesentlich schärfer zuhören.

Von der Richtigkeit der von uns eingeschlagenen Politik zeugt der Wiederaufbau der Bundesrepublik, die Konzeption dieser freiheitlichen Gesellschaft, die soziale Marktwirtschaft, die viel Profitdenken mit sich gebracht hat, viele Auswucherungen, die wir nicht unterschreiben, Vermögensverhältnisse manchmal gigantischen Ausmaßes, die nicht aus unserem Geist entstanden sind - das sage ich Ihnen auch dazu -, aber die per saldo einen Lebensstandard für die Deutschen gebracht haben, für jeden auch in unserem Lande, und für die allermeisten eine Arbeitsmarktsituation, Leistungen

also, an die auch von uns vor fünfzehn Jahren niemand geglaubt hätte.

(Beifall bei der CDU.)

Wir lassen uns diesen Erfolg nicht schnälern. Sie partizipieren heute auch - auch politisch - daran; Sie haben vor der letzten Bundestagswahl verbindlich erklärt, daß Sie daran nichts ändern wollen. Ich glaube das auch; ich gehöre nicht zu denen, die hier eine Verteufelung der Sozialdemokratie vornehmen.

Ihre Probleme, meine Damen und Herren, liegen innerparteilich auf einem ganz anderen Gebiet. Wer hundert Jahre Kaderpartei war und jetzt Volkspartei wird, bekommt jetzt all die Probleme, die einer Partei wie der CDU und der FDP seit langem bekannt sind, etwa in der Form -

(Abg. Volkemer: Lassen Sie doch das Geschwätz von der Kaderpartei! Davon verstehen Sie ja nichts, wenn Sie von Kaderpartei sprechen! Das ist Geschwätz, was Sie da machen! - Heiterkeit bei der SPD.)

- Ich weiß nicht, verehrter Herr Kollege, wieso ich jetzt hier Geschwätz gemacht haben soll, ganz abgesehen davon, daß ich den Ausdruck nicht sehr parlamentarisch finde. Ich würde also sagen, daß ich jederzeit bereit bin, mich hierzu einer Diskussion zu stellen.

(Abg. Volkemer: Wenn Sie die Voraussetzungen mitbringen! - Erneute Heiterkeit bei der SPD.)

Und wenn Sie mir hier jetzt wirklich ohne Verbissenheit und ohne Parteibrille, sondern mit Offenheit gefolgt sind, müssen Sie doch zugeben, daß ich mich bemüht habe, auch Ihre Situation zu würdigen. Mir geht es hier nicht um einen billigen parteipolitischen Effekt. Mir geht es nur darum - Herr Kollege König, das will ich Ihnen jetzt noch einmal sagen -: Kreiden Sie uns das nicht an, wenn wir hier bei dem Wort „Planung“ ein bißchen genauer hinhören. Sie haben andere Gebiete, wenn wir etwas sagen, wo Sie genauer zuhören. So hat jeder seine speziellen Erfahrungen - wollen wir es mal so nennen -, und ich meine, sie sind in diesem Zusammenhang heute schon sehr christlich-demokratisch behandelt worden.

(Heiterkeit und Lachen im Hause.)

Meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort. Der Herr Kollege Skopp hat zu Recht die gestrige „Panorama“-Sendung angesprochen. Ich gehöre nicht zu denen, die bei jeder Gelegenheit ein großes Geschrei erheben, wenn im Fernsehen oder in der Zeitung etwas gebracht wird, was uns nicht gefällt.

Ich habe auch überhaupt nichts gegen die Panorama-Sendung an sich. Ich habe nur etwas gegen die Liederlichkeit - anders kann ich es nicht nennen - von Journalismus, mit der teilweise gearbeitet wurde. Zunächst einmal ist zu Recht von Herrn Kollegen Skopp gesagt worden, daß immer nur von vier Ländern gesprochen und das Land Bayern aus guten psychologischen Gründen weggelassen wurde.

Es war ja auch weniger die Äußerung Ihres Kollegen Meyers, Herr Ministerpräsident. Dieser hat sich - zumindest für seine Verhältnisse - sehr zurückhaltend verhalten. Im wesentlichen war es die Art, wie geschnitten war. Es war schon recht unglaublich. Ich erinnere mich an ein Bild, das mich als Ludwigshafener

(Dr. Kohl)

natürlich besonders berührt hat, als man hier den staatsmännischen Blick von Franz Meyers mit der Kamera über die Anlagen der rheinischen Olivin-Werke zwischen Köln und Bonn schweifen ließ und Meyers dabei sagte, wenn er zur Bundeshauptstadt fährt, fährt er auch durch die neue Industrie der Großchemie, das heißt, dieses Land ist nicht nur auf Kohle und Stahl, die ja krisenanfällig sind, allein gebaut. Und dann kommt ein paar Sätze weiter: „Aber hinter Bonn beginnt das Weinland Rheinland-Pfalz“, als gäbe es in diesem Land eine solche Region überhaupt nicht! Das hat nichts mit Regionalstolz zu tun, meine Damen und Herren, wenn Sie einmal den Vergleich ziehen. Es wäre legitim und fair und anständig gewesen, wenn man das in dem Bericht auch gesagt hätte. Wenn Sie die Großchemiezone um die Stadt Ludwigshafen mit ihren Investitionen im Haushaltsjahr 1966 bei den Großchemiewerken von insgesamt 1,3 Milliarden DM oder die Umsatzzahlen betrachten, werden Sie feststellen, daß sich das mit dem sogenannten Chemiegürtel in Köln durchaus messen kann.

Wir sollten nicht wider das „Panorama“ zu Felde ziehen; das haben andere - häufig genug erfolglos - getan. Wir sollten mit etwas Humor den Herren vielleicht die Chance geben und sie ins Land einladen, Herr Ministerpräsident - das wäre eine gute Chance -, und ihnen zum einen zeigen, daß wir einen hervorragenden Wein haben; denn ich bin nicht sicher, ob die Hamburger Redaktion immer den richtigen Weingeschmack gewinnen kann.

(Beifall der CDU.)

Zum zweiten sollten wir den Leuten zeigen, daß hier - vor allem entlang des Rheins, aber auch in anderen Regionen; ich denke hier an die Gebiete in und um Trier - einiges in diesen 15 Jahren geschehen ist. Wir sollten ihnen zeigen, was 1946 und 1947 war und was heute ist. Wir brauchen uns nicht zu schämen und haben - gemessen an anderen - ein viel größeres Stück Weges trotz aller Schwierigkeiten und trotz einer anderen Besatzungsmacht und vieler anderer Dinge, die ich nicht anzusprechen brauche, zurückgelegt; das sollten wir ihnen zeigen. Das hat nichts damit zu tun, daß wir den tumben Stolz haben: Wir gehören zu den Großen der Bundesrepublik!

Meine Damen und Herren! Optimismus und Anerkennung eigener Leistung ist eine Grundantriebskraft des menschlichen Lebens. Und man kann auch im staatlichen oder zwischenstaatlichen Bereich nicht so tun, als hätten die einen alles - das gilt übrigens auch für das Verhältnis zwischen den Parteien; ich will das durchaus auch so verstanden wissen - und die anderen gar nichts getan. Man sollte durchaus anerkennen, daß zwar die finanzielle Struktur der Bundesländer wichtig ist, daß aber Tradition, Geschichte und die Leistung für das gesamtdeutsche Bewußtsein - ich unterstreiche, was der Herr Kollege Skopp in diesem Zusammenhang gesagt hat - auch Leistungen sind.

Manch einer der älteren Kollegen hier in diesem Saal hat etwa in der Pfalz und in anderen Regionen unseres Landes zweimal in den letzten 30 bis 35 Jahren erlebt, was Separatismus bedeutet zu einer Zeit, als man anderswo recht wenig nach diesen Landschaften in Deutschland fragte und sagte, „die sollen mit ihrem Kran mehr oder minder selbst fertig werden“. Auch das muß, wenn einmal Bilanz gemacht wird, als Leistung - im Gesamtdeutschen gesehen; es hat mit Nationalismus gar nichts zu tun - aufgezeigt werden. Wenn wir das alles in allem nehmen und außerdem die

glückliche Situation haben, daß die Landessprengmeister ausgestorben sind und wir in dieser Frage nicht einmal mehr Parteien kennen, sondern nur noch Rheinland-Pfälzer, dann, meine Damen und Herren, haben wir eine glückliche Zukunft.

(Anhaltender Beifall der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rothley:

Meine Damen und Herren! Ich unterbreche die Sitzung bis 14.15 Uhr. Für die CDU-Fraktion gebe ich bekannt, daß um 14.00 Uhr eine Fraktionssitzung stattfindet.

Unterbrechung der Sitzung: 12.45 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.40 Uhr

Vizepräsident Piedmont:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Generaldebatte fort. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD).

Abg. Fuchs:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich heute vormittag erwartet, daß sowohl die Regierung als auch die Regierungsparteien etwas mehr auf das eingegangen wären, was der Kollege König vorgetragen hat, daß also mehr zum Inhalt des Haushaltsplans gesagt würde.

(Abg. Dr. Kohl: Es ist doch eingehend dazu gesprochen worden!)

- Herr Kollege Dr. Kohl, das war leider nicht ausreichend, weder das, was der Herr Finanzminister, noch das, was der Herr Kollege Dr. Neubauer dazu vorgetragen hat, um zu den schwerwiegenden Fragen wirklich etwas zu sagen, die der Herr Kollege König angeschnitten hat. Ich nehme an, daß zu diesen Themen noch etwas gesagt wird.

(Finanzminister Glahn: Es waren gar keine schwierigen Fragen drin!)

- Herr Finanzminister, wenn Sie der Meinung sind, daß die Fragen unserer Haushaltsgestaltung im Jahre 1966 und in der Vorausschau auf 1967 keine schwerwiegenden Probleme in sich tragen, dann beglückwünsche ich Sie jetzt schon dazu, aber es ist Ihnen doch ganz klar, daß die Situation so einfach nicht abzutun ist.

Nun hat der Herr Kollege Dr. Kohl die Gelegenheit wahrgenommen, um hier eine Parteitagsdiskussion zu entwickeln.

(Abg. Dr. Kohl: Eine SPD-Parteitagsdiskussion!)

Sie sind auf dem Wege, unter Umständen ein ganz guter Sozialdemokrat zu werden!

(Beifall bei der SPD.)

Was Sie vorgetragen haben, war zum Teil recht beachtlich. Nach Ihrer Feststellung, wir seien alle nur noch Rheinland-Pfälzer, möchte ich in der Abwandlung einer glorreichen Zeit den Vorschlag machen, vielleicht

(Fuchs)

übereinzukommen, einmal einen Parteitag der Rheinland-Pfälzer zu machen, auf dem wir dann über solche Fragen sprechen können.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Ich bedaure es etwas, daß ich jetzt zu diesen Dingen noch einiges sagen muß, weil dadurch für eine kurze Weile die Debatte wieder nicht zum Kern vordringt, nämlich zum eigentlichen Haushalt. Sie haben mit einer großzügigen Art - Sie sind sehr großzügig -, Sie lassen sogar den Herrn Ministerpräsidenten offensichtlich noch eine Zeitlang residieren, auch über die nächste Wahl hinaus - -

(Heiterkeit bei der SPD. - Unruhe und Bewegung bei der CDU.)

- Herr Dr. Kohl, nach den Verlautbarungen und Feststellungen kann ich das ja nicht anders auffassen, als dieses Übereinkommen - -

(Abg. Dr. Kohl: Soll ich über Ihr Übereinkommen mit dem Herrn Kollegen Schmidt hier sprechen?)

- Herr Kollege Dr. Kohl, ich habe mit dem Kollegen Schmidt auch ein ganz faires Übereinkommen. Es besteht darin, daß wir alles vernünftig regeln, so wie Sie das vorhin hier festgestellt haben.

(Anhaltende große Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Sie haben in einer großzügigen Weise Programme zitiert. Sie haben Erklärungen aus dem Jahre 1945 zitiert und wollten damit offensichtlich feststellen, was die Sozialdemokraten da alles für „furchtbare“ wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Wege aufgezeigt haben; so langsam haben sie sich nach Ihrer Meinung ein bißchen gemausert, und jetzt sind sie sogar bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. - Ich glaube, eine solche Darstellung wird der Sache in keiner Weise gerecht; denn wenn man den Weg der deutschen Sozialdemokratie in diesen hundert Jahren betrachtet, dann ist es ein Weg, der unlösbar mit der Geschichte unseres Volkes verbunden ist. Wenn man das ganz nüchtern sieht, muß man feststellen, ohne die SPD, ohne die deutschen Sozialdemokraten gäbe es keine Geschichte der deutschen Demokratie.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Ohne dieses bewegende Element in unserer Geschichte gäbe es, leider Gottes, keine Geschichte unserer Demokratie und unseres demokratischen Lebens.

(Abg. Martenstein: 1848 war vor der SPD! - Abg. Dr. Skopp: Da haben Sie es eben nicht geschafft! - Lebhaftige Unruhe im Hause.)

- Herr Martenstein! Ich bin ja froh darüber, daß Sie als moderner Liberaler - als solchen betrachte ich Sie - wenigstens hier und da auch noch einen Anknüpfungspunkt finden, wo Sie meinen, da wäre auch noch etwas aus der Geschichte für Sie drin.

(Abg. Martenstein: Das ist keine Antwort auf meinen Zwischenruf!)

Man muß dabei auch sehen, unter welcher ungeheuer großen Schwierigkeiten diese politische Bewegung ent-

standen ist; denn, Herr Dr. Kohl, wenn man sich heute die Ungerechtigkeiten jener Jahrzehnte, und zwar wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch, vor Augen hält, dann muß man geradezu den Hut vor der deutschen Sozialdemokratie abnehmen, mit welcher einer großen staatspolitischen Verantwortung sie auch in jenen Jahrzehnten um die Rechte der breiten Masse unseres Volkes gerungen hat.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Daran kommt man nicht vorbei, und das darf man bei einer solchen Betrachtung nicht übersehen.

Es ist ganz natürlich und ganz zwangsläufig, daß es im Zuge der Entwicklung in den ersten Jahren nach diesem furchtbaren Zusammenbruch große innere Spannungen gab beim Ringen um den Weg unseres Volkes in die Zukunft. Sie wissen genauso wie ich, daß es nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern weit darüber hinaus auch in den Anfängen der CDU jener Jahre um diese Fragen ein hartes Ringen gegeben hat. Sie zitierten Vorgänge aus dem Jahre 1945 in Berlin. Nun, als es darauf ankam - das ist doch das Entscheidende in der Geschichte eines Volkes -, zu verhindern, daß der Bolschewismus in Deutschland auch geistig weiter Fuß fassen konnte, da waren es gerade die Berliner Sozialdemokraten, die diesen Widerstand geleistet und mit dafür gesorgt haben, daß der Bolschewismus nicht über Deutschland weiterhin einbrechen konnte.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Wenn man also Einzeldinge zitiert und so tut, als wolle man objektiv etwas darstellen, dann muß man auch gerechterweise jene schwierige Seite unserer Parteigeschichte hinzufügen.

Wenn Sie Zitate von Karl Arnold oder Jakob Kaiser aus jenen Jahren lesen, dann werden Sie ähnliche Gedanken finden. Mir kommt es hier darauf an, daß man nicht so tun kann, als hätte die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1945 mit irgendeiner Aussage in einer schwer bedrängten Stadt begonnen. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hat einen längeren Weg.

(Abg. Dr. Skopp: Was steht dann im Programm der CDU?)

- Ich muß ehrlich sagen: Was im Programm der CDU steht, ich weiß es nicht so recht, denn sie hat gar kein modernes Programm; das fehlt ihr doch!

(Beifall bei der SPD. - Abg. Dr. Kohl: Aber, Herr Fuchs!)

Die CDU war in all diesen Jahren nicht in der Lage, ein modernes verbindliches Programm zu entwickeln und zu Papier zu bringen.

(Abg. Dr. Kohl: Und Sie haben jedes Jahr ein neues gemacht!)

Es wäre auch schon schwierig, wenn sie allein ein umfassendes kulturpolitisches Programm auf Bundesebene für die CDU entwickeln sollte,

(Abg. Dr. Kohl: Das gibt es seit vielen Jahren, Herr Fuchs!)

angefangen von der hessischen CDU, die für die christliche Gemeinschaftsschule eintritt, bis zur rheinland-

(Fuchs)

pfälzischen CDU, die bis zum Umfallen für die Konfessionsschule und die einklassige Schule gekämpft hat.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ich halte es für eine durchaus gute Sache, wenn politische Parteien lebendig, dynamisch und jung genug sind, um sich fortzuentwickeln. Ohne diese Fortentwicklung wäre ja unsere Demokratie überhaupt nicht gefestigt und sie wäre nicht von Bestand.

Sie haben von den großen Leistungen gesprochen, vom wirtschaftlichen Aufbau nach 1945. Das ist alles schön und gut. Aber ich sage Ihnen: Solange alles sozusagen aus dem Vollen schöpfen konnte, solange wir vom Nullpunkt in einer wunderbaren Leistung als gesamtes Volk unsere Städte wiederaufgebaut haben, solange war die Bewährungsprobe für die Regierungsparteien noch gar nicht gestellt. Die Bewährungsprobe für die sogenannte Christlich-Demokratische Union ist jetzt erst gestellt.

(Abg. Dr. Kohl: Was heißt „sogenannte“, Herr Fuchs?)

Sie werden jetzt erst beweisen müssen, ob Sie in der Lage sind, auch mit der schwierigen Situation wirtschafts- und finanzpolitisch fertigzuwerden.

(Abg. Gaddum: Das hat der Wähler bisher aber anders entschieden, Herr Kollege Fuchs!)

- Herr Kollege Gaddum! Der deutsche Wähler entscheidet natürlich; das ist ja in der Demokratie gut.

(Abg. Schwarz: Er hat gut entschieden!)

Nur sage ich Ihnen noch einmal: Die Bewährungsprobe wirtschafts- und finanzpolitisch werden Sie erst noch zu bestehen haben. Wir werden sehen, ob der jetzige Bundeskanzler in der Lage ist, diese schwierige Entwicklung in den nächsten Jahren zu meistern.

(Abg. Dr. Skopp: Doch, wenn er jetzt Parteivorsitzender wird, dann bestimmt!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir die kulturpolitische Entwicklung in unserem Lande, mit der wir es ja zu tun haben, betrachten, dann ist das geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie durch jahrelanges Verharren und konservatives Denken, das zum Teil in das vergangene Jahrhundert zurückgegangen ist, eine wirkliche schulpolitische Fortentwicklung über einen längeren Zeitraum verhindert worden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Schul- und kulturpolitische Probleme, vor denen wir heute stehen, wären in diesem Umfang nicht gegeben, wenn die CDU in diesem Lande früher bereit gewesen wäre, moderne Erkenntnisse in sich aufzunehmen. Das hat lange gedauert. Wir sind im Interesse unserer Bevölkerung froh darüber, daß Sie offensichtlich den Versuch machen, diesen Anschluß an sozialdemokratische schul- und kulturpolitische Vorstellungen zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD. - Heiterkeit bei der CDU.)

- Meine Damen und Herren! Ich habe von Ihnen in den letzten Wochen und Monaten zu diesen Fragen nichts anderes gehört als den Versuch, sich den seit

Jahren von uns erhobenen Forderungen und Vorstellungen anzupassen. Sonst habe ich in dieser Richtung bisher von Ihnen an neuen Gedanken wenig gehört.

(Abg. Dr. Kohl: Herr Fuchs, das glauben Sie doch selber nicht!)

- Herr Kollege Dr. Kohl, wenn Sie manche Rede, die Sie jetzt halten mit dem Ziel, den Anschluß zu gewinnen, vor fünf oder sechs Jahren hier in diesem Hause gehalten hätten, dann weiß ich nicht, was Ihnen auch ohne Dirigismus passiert wäre.

Wenn wir uns das Gutachten des Sachverständigenrates, der schon einige Male zitiert worden ist, ansehen, dann finden wir darin die Feststellung, daß gerade auf schulpolitischem Gebiet eine langfristige Vorausschau und eine gewisse Stetigkeit notwendig ist. Wir haben zwar einen Zehnjahresbedarfsplan, der auf Grund eines Antrages der SPD von der Regierung erstellt worden ist.

(Abg. Dr. Kohl: Herr Fuchs, Sie wissen doch, daß das nicht stimmt!)

- Aber, Herr Kollege Dr. Kohl, doch, auf Grund eines Antrages der SPD-Fraktion in diesem Hause. Und wir freuen uns darüber, daß dieser Zehnjahresplan vorliegt. Aber auch er umfaßt nur wieder einen Teilbereich unseres Bildungswesens. Wesentliche Teile bleiben ausgeklammert. Man muß hier die Frage stellen: Was soll in der Weiterentwicklung aus unseren Pädagogischen Hochschulen werden; welchen Inhalt wollen Sie den Pädagogischen Hochschulen geben? Wie wollen Sie die Pädagogischen Hochschulen in Zukunft richtig und vernünftig ordnen und organisieren? Welchen Stand im Rahmen unserer Hochschulen wollen Sie den Pädagogischen Hochschulen geben? Was soll aus dem Problem der Ganztagschulen werden?

Sie haben, glaube ich, gestern en passant davon gesprochen. Das ist auch eine Frage, die im Interesse unserer Eltern und Kinder drängt. Welche Vorstellungen hat hier die Regierung? Welche Vorstellungen haben die Regierungsparteien, um das zu verwirklichen, anzupacken und voranzutreiben? Was ist mit den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges? Was ist mit der Oberstufe des Zweiten Bildungsweges? Auch im Jahre 1966 muß ich in aller Ruhe feststellen, daß Rheinland-Pfalz mit Ausnahme eines privaten Kollegs noch keine Oberstufe des Zweiten Bildungsweges hat, die ohne Einschränkung zum Abitur führt. Es ist darüber zwei oder drei Jahre diskutiert worden; es wurden Vorschläge gemacht. Aber bis zur Stunde hat der Nordteil unseres Landes keine Oberstufe des Zweiten Bildungsweges. Ein wesentlicher Bestandteil der Regierungserklärung im Zusammenhang mit anderen schulpolitischen Fragen war die Ankündigung eines Schulorganisationsgesetzes. Das wurde groß herausgestellt. Hier müßte sozusagen in einem Griff das Schulwesen in Rheinland-Pfalz nach modernen Gesichtspunkten neu organisiert und formiert werden. Ich höre von diesem Schulorganisationsgesetz kein Wort mehr. Vielleicht ist es als Überraschung heute oder morgen gedacht; denn viel Zeit bleibt ja dieser Regierung nicht mehr, um ein solch schwieriges Gesetz noch dem Landtag vorzulegen und zur Beratung zu bringen.

Im Zusammenhang mit einem solchen Schulorganisationsgesetz müßte endlich auch die Frage vernünftig geregelt werden, welchen Anspruch auf staatliche Zuschüsse die Gemeinden beim Schulbau wirklich haben.

(Beifall bei der SPD.)

(Fuchs)

Diese Verschiedenartigkeit: bei den Volksschulen so, bei den Realschulen oder höheren Schulen so, den Berufsschulen wieder anders, ist ein Zustand, den wir auf die Dauer unseren Gemeinden nicht zumuten können. Wenn Sie den Zehnjahresbedarfsplan verwirklichen wollen, so haben Sie darin als selbstverständlich in Ansatz gebracht, daß unsere Gemeinden ihren entsprechenden Anteil auch zu diesem Schulbau beisteuern. Aber Sie können den Gemeinden nicht zumuten, daß sie ohne konkrete gesetzliche Feststellung diese finanziellen Planungen vornehmen sollen. Sie müssen wissen, welchen Anspruch auf staatliche Zuschüsse sie bei der Verwirklichung dieses Zehnjahresplanes haben. Sonst kann eine vernünftige Verwirklichung sicher nicht verlangt werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben den Gesetzentwurf über die Einführung der Lernmittelfreiheit vorliegen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich bereit erklärt, dieses Gesetz gemeinsam in den Ausschüssen mit Ihrem nachträglich eingebrachten Gesetz über die Ausbildungsförderung zu beraten. Wir sind bis zur Stunde zu einer solchen Beratung nicht gekommen. Es steht damit fest, daß auch zu Beginn des Schuljahres 1966 in dieser Hinsicht nichts Zusätzliches in den Schulen von Rheinland-Pfalz geschehen wird. Ich frage also: Welche Vorstellungen haben die Regierung oder die Regierungsparteien für die Verwirklichung des Gesetzes über die Einführung der Lernmittelfreiheit? Aus dieser Frage entlassen wir Sie nicht. Man kann sie auch nicht damit abtun, daß man sagt, man wolle das Ausbildungsförderungsgesetz mit hineinmischen. Dann müßte schon der Ansatz im Haushaltsplan anders lauten.

Ich glaube, es ist auch an der Zeit, daß wir uns mehr Gedanken darüber machen, um aus diesem, aus alter Tradition gewachsenen starren, oft unüberwindlichen Schema der Gliederung unseres Schulwesens herauszukommen: hier Volksschule, hier Realschule, hier höhere Schule. Auch hier muß die Regierung in der Lage sein, moderne Gedanken zu entwickeln. Es bleibt die Frage: Welche Vorstellungen sind vorhanden etwa zur Einführung der Förderstufe in Rheinland-Pfalz? Andere Länder gehen hier voraus und sind schon bei der Verwirklichung. Die Frage ist also: Soll nichts geschehen oder -

(Abg. Dr. Kohl: Ob wir das wollen, das ist die Frage!)

- Ja, Herr Kollege Dr. Kohl, dann muß man das sagen! Wir können doch alle diese schwerwiegenden Fragen nicht einfach in der Schublade liegen lassen, weil sie entweder der Regierung oder Ihnen unangenehm sind und nicht in Ihr Konzept passen.

(Beifall bei der SPD.)

Darüber muß gesprochen werden.

Wir haben ein Musterbeispiel langfristiger Planung durch den Beschluß der Kultusministerkonferenz bekommen, den Schuljahrsbeginn zu verlegen. Ich glaube, meine Damen und Herren, dazu muß man bei dieser Gelegenheit noch etwas sagen.

(Abg. Dr. Skopp: Obwohl Mut dazu gehört!)

Es ist bedrückend, daß in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts - wo moderne wissenschaftliche Untersuchungsmethoden zur Verfügung stehen, wo es sogar

Elektronengehirne geben soll, die viel schneller und besser ausrechnen als manche komplizierte Bürokratie -, eine Konferenz der Kultusminister Beschlüsse faßt, die von einschneidender organisatorischer und personalpolitischer Auswirkung für unser gesamtes Schulwesen sind, ohne die Konsequenzen bis ins letzte zu überschauen und zu durchdenken.

(Beifall bei der SPD.)

Es wird viel Energie mit in eine Sache hineingesteckt, die für die Weiterentwicklung unserer Bildungseinrichtungen oder für die Möglichkeiten besserer Bildungschancen für unsere jungen Menschen ohne praktische Bedeutung ist.

(Abg. Gaddum: Sehr richtig! - Abg. Dr. Kohl: Da steckt ja noch mehr drin!)

- Herr Kollege Dr. Kohl, Sie können mir nicht sagen, daß die Kinder mehr lernen, ob sie im Herbst oder an Ostern in die Schule gehen! Elf Länder müßten doch in der Lage sein, eine solche Sache vernünftig und sachgerecht vorzubereiten.

(Abg. Dr. Neubauer: Auch soziale Bereiche spielen eine Rolle!)

- Herr Kollege Dr. Neubauer, für so unsachlich halten Sie mich sicher nicht, daß ich hier nicht den Vorwurf an alle Kultusminister in der Bundesrepublik erheben muß. Die Leidtragenden bei solchen überstürzten Maßnahmen sind die Eltern, Lehrer und Kinder gleichermaßen.

Nun gibt es ohne Zweifel im Hamburger Abkommen nach meiner Ansicht wichtigere bildungspolitische Festlegungen und Forderungen, an deren Verwirklichung mancher hätte herangehen sollen, als ausgerechnet an diese mehr zweckmäßige Organisationsfrage. Wenn man das Hamburger Abkommen sieht, wäre es des Schweißes der Edlen, wozu sicher auch unser Kultusminister gezählt werden muß, wert gewesen, wenn sie ihre Energie in andere Fragen etwas mehr investiert hätten. Ich darf hier einige Fragen nennen, die uns im Lande bedrängen. Wir warten immer noch auf die Novelle zum Volksschulgesetz. Sie wissen, von der SPD-Fraktion liegt ein Gesetzentwurf zur Änderung des Volksschulgesetzes vor, um unser Volksschulwesen besser und vernünftiger zu organisieren. Es ist damals angekündigt worden, daß die Vorlage den Ausschüssen zugewiesen werde, und daß die Regierung gegebenenfalls unverzüglich einen solchen Gesetzentwurf vorlegen werde, der dann gemeinsam mit unserem Entwurf beraten werden sollte. Leider ist von diesem Gesetzentwurf noch nichts zu sehen. Es wird Zeit, daß wir auch bei unserer Volksschule zum Beispiel die Hauptschule endlich auch im Lande Rheinland-Pfalz einführen, damit hier unsere Kinder in der Oberstufe unserer Volksschule eine bessere Bildungsmöglichkeit bekommen. Es wäre doch an der Zeit, festzulegen, daß die Zusammenführung der Oberstufe grundsätzlich ab dem 5. Volksschuljahr zu erfolgen hat. Was jetzt zum Teil geschieht, müssen wir doch in einigen Jahren wiederum reparieren, weil wir nicht wollen können, daß die Oberstufe nur mit dem 7. und 8. Schuljahr, und später folgend das 9. Schuljahr, zusammengeführt werden soll. Wo kann man die Energie im kulturpolitischen Bereich noch verwenden, meine Damen und Herren? Wir müssen noch mehr weiterführende Schulen in unseren ländlichen Gebieten errichten. Denn es ist nach wie vor eine Tatsache, daß weite Teile unserer ländlichen Bevölkerung von vielen Bildungsmöglichkeiten und -chancen ausgeschlossen sind.

(Fuchs)

Meine Damen und Herren! Wenn man einmal einige Fakten über die Benachteiligung der Landbevölkerung in dieser Hinsicht nachliest, wenn man insbesondere feststellt, daß weite Teile gerade dieser ländlichen Gebiete von katholischer Bevölkerung bewohnt sind und daß dadurch die Benachteiligung dieses katholischen Bevölkerungsteiles in bezug auf Bildungsmöglichkeiten außerordentlich groß ist, auch in unserem Land, dann stimmt das doch sehr nachdenklich.

Meine Damen und Herren! Daß dem so ist, daß der Anteil junger Katholiken an den Schülern weiterführender Schulen, an den Studierenden, an den Dozenten und an allem, was dazu gehört, so unverhältnismäßig gering ist, ist mit einer Folge Ihrer jahrelangen falschen Schulpolitik in diesem Lande.

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren! Es sind erst drei Jahre her, daß Sie hier geradezu mit Vehemenz, mit Leidenschaft für die Erhaltung der einklassigen Dorfschule eingetreten sind.

(Beifall der SPD.)

Daran kommen Sie doch nicht vorbei. Sie haben jeden, der erklären wollte, warum das für die Kinder und die Bevölkerung nicht gut ist, mit allen möglichen Argumenten und Scheinargumenten versucht zu verächtigen, wobei dann immer die große Verdächtigung bestanden hat, wir Sozialdemokraten wollten die Kirche und das Christentum damit aus den Dörfern verbannen. Davon wollen Sie heute herunter. Ich habe dafür Verständnis. Aber Sie müssen auch dafür Verständnis haben, daß so schnell eine solche Wandlung nicht vollzogen werden kann. Daß Sie dabei in Ihrer Partei große innere Schwierigkeiten haben, verstehe ich auch.

Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach von Gegensätzen zwischen der Regierung und den Regierungsparteien gesprochen worden. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, wenn beispielsweise auch in der Frage der Verlegung des Schuljahresbeginns zwischen dem amtierenden und verantwortlichen zuständigen Minister, der für die Einführung der beiden Kurzschuljahre auf Grund des Bonner Abkommens eintritt, und zwischen der tragenden Regierungspartei - ich meine das nicht bildlich gesprochen - ein so großer Meinungsunterschied besteht. Er besteht in einer ganzen Reihe von Fragen.

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause ist nicht dazu da, um von Fall zu Fall und je nach der gegebenen Situation einmal der einen Regierungspartei und einmal der anderen Regierungspartei zu einer Mehrheit für ihr jeweiliges Anliegen zu verhelfen.

(Beifall der SPD.)

Dafür ist die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause nicht da.

Meinungsunterschiede zwischen Regierung und Regierungsparteien mögen sicher notwendig sein. Nur, meine Damen und Herren, darf es doch nicht dazu führen, daß damit so viele Schwierigkeiten in die politische Entwicklung dieses Landes eingebaut sind, daß sich im Grunde genommen in der Aktion überhaupt

nichts mehr entwickelt. Diesen Eindruck muß man oft bekommen.

(Abg. Dr. Kohl: Den erwecken Sie! Das ist Ihre Zielvorstellung!)

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen eben so viele Fragen hier vorgetragen.

(Abg. Dr. Kohl: Es sind überhaupt keine Fragen dabei. Nicht eine Frage war dabei!)

die bei der Regierungserklärung vor drei Jahren alle mit den Worten abgetan wurden: „Das werden wir anpacken, und das werden wir durchziehen!“ Es ist leider auf vielen Gebieten bei dieser Ankündigung geblieben, ohne daß die Probleme echt angepackt wurden.

Es ist auch die Frage, wie wir unseren Schulbau rationaler, billiger und zügiger gestalten können. Es ist auch gestern darüber schon gesprochen worden. Meine Damen und Herren, wäre es denn nicht längst Pflicht der Regierung gewesen, sich auf diesem Gebiet etwas einfallen zu lassen? Gibt es nicht in anderen Bundesländern in dieser Hinsicht bereits Fortentwicklungen, die längst über das hinaus sind, was wir hier offensichtlich noch beraten und diskutieren müssen? Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal feststellen, daß ich es nicht für vertretbar halte, daß - ganz gleich, wer das in der Regierung festgelegt und bestimmt hat - die Regierung so unbeweglich ist, um nicht auch zum Beispiel durch Erstellung moderner Schulpavillons zu versuchen, die Schulraumnot beseitigen zu helfen. Auch das gehört doch zu einer beweglichen Politik.

Wenn ich weiß, daß an Ostern viele junge Menschen offensichtlich nicht in die höhere Schule oder Realschule oder Handelsschule gehen können, weil einfach keine Räume vorhanden sind, so müßte man doch mit einer schnellen und großen Aktion den Versuch unternehmen, durch den Bau von Schulpavillons für eine ganze Reihe von Jahren diese großen Engpässe zu beseitigen!

(Kultusminister Dr. Orth: Und die Versäumnisse der Kommunen einzuholen! - Zurufe von der SPD.)

- Herr Minister, so einfach darf man es sich nicht machen. Ich habe nicht von Versäumnissen gesprochen, sondern davon, daß, wenn solche Engpässe auftreten, man bereit und in der Lage sein muß, unter modernen Gesichtspunkten auch die technischen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, um solche Engpässe zu überwinden. Sonst habe ich nichts gefordert und nichts festgestellt. Sie wissen genau, daß im Schulbau die Gemeinden viel geleistet haben und das Land auch erhebliche Anstrengungen gemacht hat und macht, um im Schulbau voranzukommen. Wir wissen nur, daß es bei der konventionellen Bauweise zu lange dauert, um Engpässe wirksam beseitigen zu können.

Meine Damen und Herren! Die Kultusministerkonferenz hat noch eine Reihe anderer Fragen, die sie beschäftigen. Ich will hier nicht auf einzelne eingehen. Ich hoffe, daß der Bildungsrat, über den so viel gesprochen wird, endlich geschaffen wird und es möglich ist, daß Bund und Länder zu einer Lösung kommen, damit der Bildungsrat auch tatsächlich ins Leben gerufen werden kann.

Meine Damen und Herren! Das Ansehen des Föderalismus in Deutschland ist in den letzten Jahren sicher

(Fuchs)

nicht gewachsen. Es gibt in der jungen Generation zum Teil eine erhebliche innere Unruhe über den föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik. Das muß man sehen, und da muß man hinhören. Wenn man den Föderalismus auf die Dauer tatsächlich sichern will, dann muß dieser föderalistische Staatsaufbau auch zeigen, daß er in der Lage ist, Fragen und Schwierigkeiten zu überwinden und in einer gemeinsamen Aktion auch neue Wege zu gehen. Die Verantwortung liegt hier sowohl beim Bund als auch bei den Ländern. Der Bund verhält sich sicher nicht immer sehr freundlich zu den Ländern und trägt nicht immer dazu bei, diesen föderalistischen Staatsaufbau auch tatsächlich zu verankern.

In Zahlen wird immer wieder dargelegt, daß wir mehr Geld für den Schulbau aufwenden und mehr Geld ausgeben für die Kultur- und Schulpolitik. Sicherlich besteht kein Zweifel daran, daß diese Ansätze in den letzten Jahren gewachsen sind. Aber wenn Sie sie genau untersuchen, werden Sie feststellen, daß diese Anhebung der einzelnen Ansätze zum größten Teil durch Preissteigerungen und durch erhöhte Personalkosten wieder aufgehoben werden. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich diese Rechnung einmal aufmachen.

(Abg. Dr. Kohl: Aber doch nicht beim Schulbau!)

Wenn Sie nämlich im Jahre 1960 für den Schulbau 100 Millionen DM ausgegeben haben und im Jahre 1966 für diesen gleichen Schulbau 130 Millionen DM oder 125 Millionen DM,

(Abg. Dr. Kohl: 150 Millionen DM!)

dann müssen Sie feststellen, daß dieses Anwachsen zu einem erheblichen Teil durch die Preissteigerungen auf dem Baumarkt aufgefangen wird.

Das heißt also, man kann nicht ohne weiteres daraus schließen, daß das Anwachsen dieser Ansätze auch in der Tat eine entsprechende Mehrleistung in der Sache bedeutet. Auch hierüber hat der Sachverständigenrat einige interessante Ausführungen gemacht. Ich will mir hier ersparen, im einzelnen darauf einzugehen, aber es heißt, daß, selbst wenn der jetzige Stand gehalten würde bei angenommener Geldwertstabilität, damit schon ein Rückgang im Bereich unseres Bildungswesens verbunden sei.

Ich will damit zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren, daß auch mit den Ansätzen, die wir in dem neuen Haushalt für den Schulbau haben, das Zehnjahresprogramm in seinem wirklichen Umfang und Inhalt nicht voll angegangen wird. Sie haben bereits im ersten Jahr Unterbilanz. Daran kommen wir nicht vorbei; vielleicht gibt es günstigere Jahre, wo Sie das aufholen können, aber die jetzigen Ansätze reichen nicht dazu aus, um tatsächlich den vollen Start in die Verwirklichung des Zehnjahresprogramms zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Es gibt eine Reihe von Fragen, die neu auf uns zukommen. Sie wissen, daß durch die technische Entwicklung große Umstellungen im Bereich unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren notwendig sein werden. Mit diesen Umstellungen im Bereich unserer Wirtschaft werden auch erhebliche Arbeitskräfte gezwungen sein, Arbeitsplätze zu wechseln oder in neue Berufe hineinzuwachsen. Das heißt also, es wird in der Zukunft nicht nur darauf ankommen,

dem jungen Menschen die notwendige und richtige Bildung und Ausbildung mit auf den Weg zu geben, sondern wir müssen auch dem erwachsenen Menschen die Chance geben, sich durch weitere Ausbildungsmöglichkeiten an die veränderte technische Arbeitswelt anzupassen, um dort auch in Zukunft seinen Arbeitsplatz ausfüllen zu können.

Hier sind eine Reihe von Problemen gegeben. Die Frage des Bildungsurlaubs zum Beispiel ist eine bedeutungsvolle Frage für die weitere Entwicklung im Bereich der Arbeitswelt. Und, meine Damen und Herren, damit gewinnt auch die Erwachsenenbildung eine erhöhte Bedeutung.

Ich muß hier zum Ausdruck bringen, daß es deshalb im Grunde genommen unverständlich ist, daß gerade am Ausgangspunkt einer solchen Entwicklung die Ansätze für die Erwachsenenbildung in unserem Haushaltsplan gekürzt werden sollen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das ist eine Frage, die sicher noch nicht ausdiskutiert ist, denn in diesem Bereich Kürzungen vorzunehmen, ist sehr problematisch.

Es erhebt sich damit auch die Frage: Wie soll die Weiterentwicklung unserer Berufsschulen verlaufen? - Wir sind heute noch nicht an dem Punkt, an dem die vorgeschriebene Pflichtstundenzahl in unseren Berufsschulen überall voll ausgefüllt wird. Das wiegt in einem Land besonders schwer, in dem der Anteil der Fünfzehn- bis Neunzehnjährigen an dem Besuch von Vollzeitschulen geringer ist als in allen anderen vergleichbaren westlichen Ländern. Deshalb gewinnt hier die Berufsschule eine besondere Bedeutung; und auch hier werden wir einiges tun müssen, um unsere Berufsschulen wirksamer werden zu lassen.

Nun lassen Sie mich zum Schluß einige Gedanken äußern, die vielleicht bei dem einen oder anderen auf Widerspruch stoßen werden. Aber ich fühle mich trotzdem verpflichtet, diese Gedanken hier zu äußern.

Es ist viel und oft über den staatspolitischen Unterricht an unseren Schulen gesprochen worden; wir haben darüber gute Debatten geführt. Aber, meine Damen und Herren, wenn man diese Entwicklung beobachtet, müssen wir uns da nicht die ernste Frage stellen, ob wir uns nicht als Volk in eine geistige Isolierung begeben, in eine Abschirmung, unter der eine echte geistige Fortentwicklung in die Zukunft hinein nicht gewährleistet ist. Lassen Sie mich die Frage offen stellen: Was erfahren unsere jungen Menschen in den Schulen, in den höheren Schulen, in den Berufsschulen, wirklich über das, was im Osten Europas vor sich geht und sich vollzieht; was erfahren sie wirklich über das, was in China ist, was in der Sowjetunion ist und was sich im Bereich des Kommunismus wirklich bewegt? -

Sie wissen, daß andere westliche Völker, vor allem die Amerikaner, in dieser Hinsicht den großen Versuch unternehmen, zu erkennen, mitzubekommen, was sich auch an geistiger Entwicklung in diesem großen Bereich der Welt vollzieht. Ich befürchte, daß wir mit der Schwarz-Weiß-Malerei in diesen Dingen als Volk nicht in die Zukunft hinein bestehen können. Die geistige, die technische und die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Machtbereich wird mehr von uns abverlangt, als das Sich-nicht-damit-beschäftigen-Wollen.

(Beifall der SPD.)

(Fuchs)

Diese Probleme, meine Damen und Herren, werden wir noch zu bewältigen haben. Und - man wagt sich kaum, das so auszusprechen, aber ich tue es -: Ist es nicht eine Frage, daß wir uns einmal darüber Gedanken machen müssen, ob es nicht etwa angesichts der Entwicklung - auch der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung - für unser Volk im Herzen Europas notwendig ist, daß unsere jungen Menschen auch etwas von der russischen Sprache mitbekommen? - Wissen Sie, daß die Amerikaner dabei sind, in weiten Teilen ihres schulischen Bereichs Russisch deshalb lernen zu lassen, weil heute viele, eine ganze Reihe wissenschaftlicher Bücher überhaupt nur in Russisch verlegt werden und sie gezwungen sind, von daher einfach an die russische Sprache heranzukommen? Meine Damen und Herren, ich weiß, daß es fast gefährlich ist, so etwas so offen hier auszusprechen.

(Abg. Dr. Skopp: Ach, woher! - Abg. Dr. Neubauer und Abg. Dr. Storch: Nein!)

- Ja, meine Damen und Herren, da habe ich schon vieles erlebt! Mich freut es, wenn Sie abwinken und sagen, das ist okay; ich freue mich darüber. Aber, meine Damen und Herren, es ist doch an der Zeit, daß wir uns als Volk über diese Dinge, über diese Entwicklung, mehr Gedanken machen als bisher. Sonst könnte eine Entwicklung über uns hinweggehen, ohne daß wir es so recht gemerkt hätten, wie sie überhaupt gekommen ist.

Ich meine auch, meine Damen und Herren, man kann solche Fragen nicht lösen, und man kommt in diesen Dingen nicht weiter damit, daß man junge Besucher aus Mitteldeutschland einfach festnimmt, verhört und wieder über die Grenze abschiebt. Haben wir es denn als selbstbewußte Demokraten notwendig, haben wir es als Bevölkerung in Westdeutschland notwendig, uns vor einer solchen Diskussion, vor einer solchen Auseinandersetzung zu fürchten?

Auch hier glaube ich, daß unsere jungen Menschen durchaus in der Lage sind, diese Diskussion zu führen. Wenn sie es nicht wären, müßten wir sie dazu instandsetzen, diese Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu führen;

(Beifall bei der SPD.)

denn die Geschichte wird nicht an uns vorübergehen und wird auch nicht lautlos um unser Volk eine Kurve machen.

Meine Damen und Herren! Ich wollte mit diesen Andeutungen aufzeigen, daß in unserem geistigen und kulturpolitischen Bereich Dinge anstehen, die von lebenswichtiger Bedeutung für unser Volk sind, daß wir uns damit beschäftigen müssen, daß wir das nicht mit den gleichen Methoden anpacken können wie etwa in den fünfziger Jahren. Da bleibt dann tatsächlich die Frage des Schuljahresbeginns, Herbst oder Frühjahr, wirklich von untergeordneter Bedeutung. Auch ich möchte hier unterstreichen, daß viele Fragen gerade auch im schulpolitischen Bereich nur durch eine gemeinsame große Anstrengung gelöst und bewältigt werden können. Wir als sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause sind bereit, unseren ganzen Elan und unsere ganze Dynamik in diesem Lande mit zur Verfügung zu stellen, damit wir den Anschluß finden und halten in diesen schulpolitischen und bildungspolitischen Entwicklungen. Ich hoffe, daß es möglich ist, daß wir in den kommenden

Jahren in diesen Dingen kräftigere Schritte nach vorn tun können, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Haas (SPD).

(Abg. Dr. Haas: Ich verzichte!)

Der Abgeordnete Dr. Haas verzichtet auf seine Wortmeldung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hilf (CDU).

Abg. Hilf:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, Herr Kollege Fuchs, zunächst auf Ihre ersten Ausführungen etwas näher eingehen. Ich habe den Eindruck, daß Sie entweder meinen Freund Helmut Kohl nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollten; denn Ihre Ausführungen sind wirklich in das abgeglitten, was heute morgen meines Erachtens verlesen worden ist, nämlich eine Parteitagrede hier zu halten.

(Beifall bei der CDU. - Widerspruch bei der SPD.)

Herr Dr. Kohl hat sich, ausgehend von dem Begriff „Planung“ oder „Planifikation“ mit den Vorstellungen der SPD vor dem Kriege und in ihrer Entwicklung nach dem Kriege auseinandergesetzt und kam dann auf die großen Wandlungen zu sprechen, die der Begriff „Planung“ auch bei der SPD mitgemacht hat. Die Erfahrungen mit der SPD haben die CDU immer wieder veranlaßt, ein besonderes Ohr dann zu haben, wenn von Planung die Rede war und ist.

Herr Kollege Fuchs, Sie sollten auch gespürt haben, daß gerade in den Ausführungen von Herrn Dr. Kohl eine große Hochachtung vor der Leistung der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland und in der deutschen Geschichte zum Ausdruck gekommen ist.

(Unruhe bei der SPD.)

Ich glaube, es ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß nie bestritten worden ist, daß die Geschichte und der Weg des deutschen Volkes in den letzten hundert Jahren eng mit der Geschichte der SPD verbunden und seine demokratische Entwicklung sicher nicht ohne die SPD denkbar gewesen ist.

Das besagt aber nichts darüber, Herr Kollege Fuchs, wie zickzackhaft und wie wandelbar der Weg der SPD gerade in der Anpassung an die erfolgreiche CDU nach dem Kriege gewesen ist.

(Beifall bei der CDU. - Widerspruch bei der SPD.)

Lassen Sie mich noch eines sagen, ohne daß ich länger darauf eingehen will. Herr Kollege Fuchs, ich glaube, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wäre froh, sie hätte nicht soviel Programme geschrieben.

(Beifall bei der CDU.)

Dann wäre sie auch aus der Verlegenheit gekommen, sie ständig zu ändern. Ihr Vorwurf an die CDU, daß

(Hilf)

sie noch kein Programm fixiert habe, wird nicht dadurch besser, daß er ständig hier wiederholt wird. Es ist schon so oft auf das Beispiel hingewiesen worden: die englische Demokratie lebt seit ihrem Bestehen ohne eine Verfassung.

(Abg. Dr. Kohl: Geschriebene!)

Es ist viel wichtiger, Herr Kollege Fuchs, darauf kommt es meines Erachtens an, Grundsätze zu haben, die unwandelbar sind und auf denen sich die Tagespolitik entwickelt, pragmatisch entwickeln muß, als ständig Programme zu schreiben, die man dann ständig wieder ändern muß, wie es die zahlreichen Programme in Ihrer Geschichte zeigen.

(Abg. Dr. Skopp: Sie haben doch in der Zeit Ihres Bestehens bereits drei Programme!)

- Nein!

(Abg. Dr. Skopp: Sie leugnen Ihre eigenen Programme! - Beifall bei der SPD. - Widerspruch bei der CDU.)

- Nein! Keine Gesamtprogramme.

(Abg. Dr. Kohl [zum Abg. Dr. Skopp gewandt]: Behaupten Sie doch so etwas nicht!)

Herr Kollege Fuchs! Lassen Sie mich nun etwas zur Kulturpolitik der CDU sagen. Wenn Sie die kulturpolitischen Debatten nach dem Kriege verfolgen, insbesondere auf den Parteitagen, dann hat gerade die CDU eine viel größere Arbeit vorzulegen auf diesem Gebiet als etwa die Sozialdemokratische Partei. Ich werde Ihnen im Anschluß an diese Diskussion, damit Sie auch orientiert sind, unsere kulturpolitischen Leitsätze und die Ergebnisse unserer kulturpolitischen Parteitage überreichen.

(Abg. Dr. Kohl: Die hat er doch längst, er hat sie bloß nicht gelesen!)

Lassen Sie mich aber jetzt zu dem, was der Herr Kollege Fuchs zur Kulturpolitik ausgeführt hat, etwas mehr sagen. Herr Kollege Fuchs! Ich habe tatsächlich vermißt, daß Sie zu den schönen Forderungen, die Sie hier aufgestellt haben, zu den schlagwortartig vorgebrachten Themen, die zur Zeit in der Kulturpolitik im Gange sind, etwas Detailliertes gesagt haben. Ich werde es Ihnen nachher in verschiedenen Stationen nachweisen, daß Sie überhaupt nichts zur Sache ausgesagt haben, weder zur Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen - außer der Forderung, daß wir uns hier etwas einfallen lassen müßten, noch zum Zweiten Bildungsweg, noch zur Oberstufe der höheren Schule, noch zu irgendeiner anderen Einrichtung.

Vizepräsident Piedmont:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD)?

Abg. Hilf:

Natürlich!

Vizepräsident Piedmont:

Ich erteile das Wort zu einer Zwischenfrage dem Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD).

Abg. Fuchs:

Ist Ihnen bekannt, Herr Hilf, daß die SPD vor einem halben Jahr hier einen Antrag dem Hause vorgelegt hat über die Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen?

Abg. Hilf:

Ja, nämlich die Einführung des Wortes „wissenschaftlichen“ in den Artikel 36 der Verfassung. Das war der einzige Beitrag.

(Lebhafte Heiterkeit bei der CDU.)

Vizepräsident Piedmont:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD).

Abg. Fuchs:

Herr Kollege Hilf! Ist Ihnen klar, daß dieses Beiwort ein ganz negatives Programm Ihrerseits umfaßt?

Abg. Hilf:

Nein, Herr Kollege Fuchs, wenn Sie die Verfassung gelesen hätten, dann wüßten Sie, daß auch bei den Universitäten und bei den Hochschulen das Wort „wissenschaftlich“ nicht eingeführt ist. Wenn Sie die Debatte richtig mit mir verfolgt hätten, dann wüßten Sie auch, daß ich doch etwas zum Weg der Wissenschaft in den Pädagogischen Hochschulen gesagt habe. Aber ich komme noch darauf zurück.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem ausführen, was Sie allgemein zu der Entwicklung der Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz gesagt haben. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit Ihrem Kollegen Kuhn in einem anderen Kreis zu diskutieren. Dort war es für mich erstaunlich - das ist auch in der Presse schwarz auf weiß nachzulesen -, wie lobend sich der Kollege Kuhn über die rheinland-pfälzische Kulturpolitik ausgesprochen hat.

(Abg. Kuhn: Na, na!)

- ja ich detailliere es noch, Herr Kollege Kuhn -,

(Heiterkeit bei der CDU.)

wie sehr er herausgestrichen hat, daß Rheinland-Pfalz in den Aufwendungen für die Kulturpolitik vorbildlich gewesen ist und im Rahmen der deutschen Länder an der zweiten Stelle in der Bundesrepublik steht. Inzwischen ist auch von den Brüdern Dr. Pröbbling nachgewiesen worden, daß hier Rheinland-Pfalz wirklich bis an die Grenze seines finanziellen Leistungsvermögens gegangen ist, um in der Kulturpolitik etwas zu leisten.

Herr Kollege Fuchs, wir müssen uns von der Vorstellung befreien, daß Kulturpolitik sozusagen in einer Revolution zu lösen sei. Die Kulturpolitik ist in einer ständigen Entwicklung, in einer Evolution begriffen. Sie wissen ganz genau, wenn wir uns etwa den Bau unserer Volksschulen ansehen, daß es hier nicht darauf

(Hilf)

ankommt, mögliche Idealvorstellungen sofort und in einem Jahr zu verwirklichen, sondern daß hierzu die Hemmungen, die überall noch vorhanden sind und von denen Ihre Bürgermeister sicherlich vieles zu erzählen wissen, zu überwinden sind. Wir müssen ein überzeugendes Gespräch mit den Eltern suchen. Für mich war es sehr interessant, daß Sie uns den Vorwurf machten, daß wir bis zum Umfallen die Konfessionsschule verteidigen würden. Ich meine, daß gerade in der Haltung der SPD in dieser Frage in den letzten drei Jahren eine entscheidende Änderung vor sich gegangen ist.

(Abg. Dr. Kohl: Siehe die Ausführungen des Herrn Abg. Fuchs in Wiesbaden, Herr Kollege Hilf!)

- Ja, und die grundsätzlichen Ausführungen von Adolf Arndt zu diesem Problem

(Abg. Dr. Kohl: Arndt, Fuchs und Genossen!)

- Ich hoffe, daß Sie die auch gelesen haben -, der sich wirklich - das ist wahrscheinlich das moderne Denken der SPD - zur Konfessionsschule bzw. zum Elternrecht geäußert hat, wie die Eltern das wünschen. Das ist schon immer der Grundsatz der CDU gewesen.

(Beifall bei der CDU.)

Das steht in der Verfassung und die CDU war immer verfassungstreu.

(Vereinzelte Heiterkeit bei der SPD. - Abg. Dr. Skopp: Entschuldigen Sie mal! Da können Sie aber nur einen Heiterkeitsausbruch erwarten! Das ist ein netter Witz, den Sie da gemacht haben! - Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier: Das steht in der Verfassung! - Abg. Dr. Neubauer: Die Verfassung ist doch kein Witz, Herr Kollege Dr. Skopp! - Abg. Dr. Skopp: Sie wissen ganz genau, daß ich nicht die Verfassung gemeint habe!)

Nun lassen Sie mich etwas zum Zehnjahresplan sagen. Herr Kollege Fuchs, Sie führen den Zehnjahresplan auf den Antrag Ihrer Partei zurück. Ich fürchte für Sie, daß auch der Herr Kollege Dr. Storch den Zehnjahresplan gleich für sich beanspruchen wird.

(Abg. Fuchs: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Vizepräsident Piedmont:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Hilf?

Abg. Hilf:

Ja!

Abg. Fuchs:

Wie ist Ihre Meinung zu vereinbaren mit der Tatsache, daß Sie, obwohl es nach der Verfassung in Rheinland-Pfalz die christliche Gemeinschaftsschule gibt, partout nur konfessionelle Pädagogische Hochschulen eingerichtet haben und nur unter Druck bereit waren, wenigstens eine umzuwandeln? Erklären Sie mir das einmal.

Abg. Hilf:

Herr Kollege Fuchs, hier unterscheidet sich wieder unser detailliertes Denken.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Der Charakter der Volksschule hat noch lange nichts mit dem Charakter der Lehrerbildung zu tun.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Es ist eine begründete pädagogische Forderung - abgesehen davon, daß wir ja dem Antrag zur Simultanisierung zugestimmt haben -, die Lehrerpersönlichkeit aus einer festen Grundhaltung heraus auch zu bilden. Das ist auch heute noch zumindest eine sehr begründete Meinung. Wir werden uns wahrscheinlich - ich komme gleich noch auf die Pädagogischen Hochschulen zu sprechen - darüber noch unterhalten müssen. Aber, Herr Kollege Fuchs, dann kommen wir nicht umhin, etwas Genaueres auszusagen und es nicht bei Schlagworten zu belassen, sondern wirklich zu sehen, wie Sie sich etwa den Weg zur Wissenschaftlichkeit der Pädagogischen Hochschulen vorstellen.

(Abg. Fuchs: Das habe ich schon gesagt!)

- Nein, das haben Sie noch nicht gesagt! Wir haben, wenn Sie die Etatberatungen verfolgt haben, schon den ersten Schritt dazu getan und die Heilpädagogik der Pädagogischen Hochschule Worms angegliedert. Ich weiß, daß in dem Strukturausschuß, der von dem Kultusminister für die Pädagogischen Hochschulen eingerichtet worden ist, Überlegungen im Gange sind, solche wissenschaftlichen Institute, die mit eigenen Fachaufgaben ausgestattet werden können, auch an anderen Pädagogischen Hochschulen einzurichten, etwa zum Beispiel an die Pädagogische Hochschule Kaiserslautern die Fachaufgabe des programmierten Unterrichts und an die Pädagogische Hochschule Koblenz die der Hauptschule. Sehen Sie, dieser Weg scheint mir der richtige zu sein, nicht de jure, wie ich es damals sagte, heute schon etwas vorziehen, was faktisch und sachlich noch nicht da ist.

Ich war mit meinem Zehnjahresplan noch nicht zu Ende. Herr Kollege Fuchs, ich hätte auch von Ihnen erwartet, daß Sie dieses doch wirklich vorbildliche Werk einmal gelobt hätten.

(Abg. Fuchs: Das habe ich doch! Ich habe gesagt: Wir freuen uns!)

- Aber Sie haben dabei verschiedene Einschränkungen gemacht! Ich meine, wenn ich die Kulturpolitik anderer Länder verfolge, daß hier doch etwas erstaunlich Fortschrittliches vorliegt und daß wir eine Richtlinie haben, wie wir in zehn Jahren zumindest die finanziellen Investitionen im Schulbau genau überblicken können. Ich habe den Eindruck - das geht aus dem Zahlenmaterial hervor -, daß wir auch im ersten Jahr keine Unterbilanz, sondern tatsächlich eine volle Rate haben.

Nun etwas zum Schulbau. Sie fordern einen festen Prozentsatz für den Schulträger beim Bau von Schulen. Ich glaube, unsere Schulträger sind glücklich darüber, daß wir einen solchen festen Prozentsatz, wie er etwa in Hessen bei den Volksschulen eingeführt ist, nicht haben. Denn wenn Sie einmal den Durchschnittssatz in der Förderung der Schulen in Rheinland-Pfalz sehen,

(Hilf)

dann liegt er erheblich über dem, was in Hessen für den Bau von Volksschulen gegeben wird.

(Abg. Fuchs: Da spielt doch alles zusammen, Finanzausgleich usw.!)

- Herr Kollege Fuchs, das sollten wir auch einmal feststellen: Ich glaube, daß es in Rheinland-Pfalz keine Volksschule gibt - auch in Zukunft keine Mittelpunktschulen geben wird -, die auf Grund von Unterfinanzierung oder schlechter finanzieller Situation des Schulträgers nicht gebaut werden könnte. Ich glaube, ein solches Beispiel müßten Sie erst einmal erbringen.

Jetzt zum Problem der Lernmittelfreiheit! Der Herr Kollege Dr. Kohl hat gestern in seiner Rede schon darauf hingewiesen, daß wir das Problem der Lernmittelfreiheit in engem Zusammenhang mit unserer Ausbildungsförderung sehen müssen. Wir müssen tatsächlich überlegen, ob es bei der jetzigen finanziellen Situation unseres Landes nicht sozialer, nicht politisch wirksamer ist, wenn wir nicht pauschal und damit mit einem schlechten Gießkannensystem alle gleich wenig unterstützen können, sondern wenn wir dem, der tatsächlich Förderung verdient, dem Kinde aus den Arbeiterfamilien und dem Kinde auf dem Land, das einen langen Schulweg hat oder Fahrtkosten tragen muß, eine spürbare individuelle Unterstützung geben. Darüber werden wir im Ausschuß noch sprechen müssen. Das sind weitgehend die Vorstellungen, die wir in unserer Fraktion bereits erörtert haben.

Herr Kollege Fuchs, ich habe mit großem Interesse den Anfang einer Debatte über die Gesamtschule in Rheinland-Pfalz aus Ihren Ausführungen herausgefunden. Wir werden das mit großem Interesse verfolgen.

(Abg. Dr. Kohl: Einheitsschule, das ist was anderes!)

- Ja, richtig, es war schon mehr Einheitsschule! Herr Kollege Fuchs, ich bin mit Ihnen durchaus der Meinung - -

(Abg. Fuchs: Das ist die typisch unfaire Weise, hier ein Schlagwort hineinzubringen, um wieder jemand zu verdächtigen!)

- Nein, ich will Sie nicht verdächtigen. Ich bin ja mit Ihnen der Meinung, daß wir uns durchaus überlegen sollten, inwieweit die Durchlässigkeit

(Abg. Dr. Kohl: Genau!)

und gemeinsame Stufen in unseren einzelnen Schulgattungen gemeinsam auch verlegt werden können. Dieser Versuch kann in Rheinland-Pfalz gelingen. Sie können sich von Ihrem Kollegen Dr. Haas unterrichten lassen. In Altenkirchen ist das mit großem Erfolg praktiziert worden. Inzwischen liegen fünf weitere Anträge auf eine gemeinsame Förderstufe vor, denen auch Rechnung getragen werden soll.

Nun zum Problem des Schuljahresbeginns, das uns alle seit Wochen beschäftigt. Herr Kollege Fuchs, ich bin nicht Ihrer Auffassung, daß dann, wenn die Kultusminister zuerst in ihre Parlamente gegangen wären, das Problem besser gelöst worden sei.

(Abg. Fuchs: Ich habe von wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden gesprochen!)

Sie werden mir sicher zustimmen, daß wir auf diesem Gebiet alle Sünder und alle zu rasch der in die Welt gesetzten Parole nach dem Herbstbeginn gefolgt sind und auch - das gebe ich für mich und unsere Fraktion unumwunden zu - der Kurzschuljahrslösung - nur weil wir die Verkürzung der gesamten Schulzeit mit im Auge hatten - zustimmen wollten. Aber der Vorwurf der Leichtfertigkeit - das haben praktisch alle Parteigremien sowohl bei der SPD wie FDP und CDU zu tragen -, ist gegen alle zu erheben. Denn wir haben alle nicht die Konsequenzen im Detail, wie sie heute in ihrer ganzen Wucht vor uns stehen, überlegt.

(Abg. Thorwirth: Die Herren Kultusminister hätten das in erster Linie tun müssen, Herr Kollege!)

- Ich weiß es nicht! Hier ist gerade ein Anlaß, unserem Kultusminister, der der erste und der eindrucksvollste Warner in allen Kultusministerkonferenzen gewesen ist, ein Lob zu spenden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Besonders sein Eintreten für den Ostertermin bei der Trierer Konferenz, dem wir alle nicht so recht zustimmen konnten, erweist sich nachträglich als die einsichtsvollste Meinung zu dem ganzen Problem. Wir wären alle besser dran, wenn wir es gelassen hätten, wie es war. Es ist auch so, daß er noch nach der Vereinbarung von Kiel gewarnt hat, als man sich auf diese Lösung nicht verstehen konnte. Und hier, Herr Kollege Fuchs, sind wir in beiden Parteien wieder Gleichbetroffene, daß Kultusminister aller Couleurs ausgebrochen sind und auf einmal eine andere Meinung vertreten haben. Wir sind in der Fraktion auch - das muß ich offen zugeben - in andere Überlegungen deshalb eingetreten, weil überhaupt die ganze Konzeption sowohl des Hamburger Abkommens als auch der Bonner Beschlüsse in anderen Ländern offensichtlich nicht mehr eingehalten wurden. Es ist so, daß - ob man es offen zugibt oder bisher noch verschweigt - gerade mit den Kurzschuljahren auch die Tendenz verfolgt wurde, die Zeit des Besuchs der höheren Schule zu verkürzen. Das ist für uns der maßgebliche Grund gewesen, für ein Langschuljahr zu plädieren, weil wir, wenn wir die dreizehn Jahre höhere Schulzeit beibehalten hätten, in eine unvorstellbare Raumnot in den höheren Schulen gekommen wären. Da nun offensichtlich auch unsere Nachbarländer willens oder gezwungen sind, die Überlappung wegfällen zu lassen und damit die höhere Schulzeit zu verkürzen, ist auch für uns eine neue Verhandlungsbasis gegeben. Wir sind der Auffassung, daß wir nun zuerst einmal die Vorlage des Kultusministers zum Schulpflichtgesetz abwarten sollten, um dann im Kulturpolitischen Ausschuß noch einmal zu beraten. Ich glaube, darüber sollten die Fraktionen untereinander noch einmal sprechen.

Herr Kollege Fuchs, Sie haben den Vorwurf erhoben, daß das Volksschulgesetz noch nicht vorgelegt worden sei. Ich glaube, der Herr Minister hat damals, als Sie Ihren Antrag einbrachten, doch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß diese Vorlage im Zusammenhang mit dem Schulpflichtgesetz gesehen werden müsse und daß beide Gesetze vorgelegt würden. Daß das Schulpflichtgesetz noch nicht erörtert werden konnte, versteht sich aus den Schwierigkeiten, die wir mit der Verlegung des Schuljahresbeginns haben.

Sie haben weiter das „katholische“ Bildungsdefizit angesprochen, Herr Kollege Fuchs. Es wäre sehr reizvoll,

(Hilf)

hierzu längere Ausführungen zu machen. Ich darf Ihnen nur eines sagen: Dieses Bildungsdefizit ist sicher nicht darauf zurückzuführen oder nur zu einem ganz geringen Teil, daß die katholische Bevölkerung auch in unserem Lande zu einem großen Prozentsatz auf dem flachen Land wohnt und damit ein wenig gegliedertes Schulsystem vorgefunden hat. Die Gründe hierfür liegen viel tiefer. Ich darf Ihnen vielleicht einmal das sehr einschlägige Werk von Herrn Professor Erlinghausen empfehlen, der ausführt, daß hier noch mehr soziale Gründe eine Rolle spielen, sogar theologische Gründe, und daß man nicht zuletzt auch die ganze historische Entwicklung sehen müsse, besonders auch innerhalb Preußens, in dem die katholische Minderheit sozusagen in ein Ghettobewußtsein gedrängt war.

(Abg. Dr. Kohl: Noch vor den Sozialdemokraten, das muß man einmal sagen!)

Als vorhin von der hundertjährigen Geschichte der SPD gesprochen wurde, war ich auch versucht, auf das Wirken eines Bischofs dieser Stadt, der vor der Sozialdemokratischen Partei schon auf die soziale Bedeutung des Arbeiterstandes hingewiesen hat, aufmerksam zu machen.

(Zuruf bei der SPD: Mit ihr gleich, Herr Kollege Hilf!)

- Ich glaube, es war etwas früher, als er seine Werke geschrieben hat.

Herr Kollege Fuchs, wir sind mit Ihnen einig, daß wir - das war ja der Gegenstand der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß - überlegen müssen, wie rationeller und damit preisgünstiger gebaut werden kann. Ich glaube, auch darüber - das wird eine ernste Mahnung an die einzelnen Schulträger sein, und ich weiß nicht, inwieweit man mit den Bürgermeistern in Schwierigkeiten kommt - müssen wir uns unterhalten.

Lassen Sie mich noch etwas zur Erwachsenenbildung sagen, weil das auch Gegenstand von Erörterungen in der Presse und in der Öffentlichkeit gewesen ist.

(Abg. Dr. Kohl: Weil hier vor allen Dingen der Bundestagsabgeordnete Dröschner seine Polemik teilt!)

- Ich werde darauf sicher noch zu sprechen kommen.

Herr Kollege Fuchs, ich habe für die CDU-Fraktion gerade bei der Hauptversammlung des Verbandes der Volkshochschulen zum Ausdruck gebracht, daß wir der Überzeugung sind, daß gerade in unserer heutigen Zeit, in der der soziale Status oder die Leistungen des einzelnen von seinem Bildungsstand abhängig sind, das Lernen nicht mit der Schule und der Berufsausbildung aufhören kann, sondern daß heute jeder gezwungen ist, weiterzulernen und daß deshalb der Erwachsenenbildung eine große Bedeutung zukommt. Nur kann ich den Ausführungen, die im Volkshochschulverband damals gemacht wurden, nicht ganz folgen, wenn gesagt wurde, daß die Erwachsenenbildung deshalb eine gleiche Förderung wie die Schulbildung haben müsse. Diese Ansicht verkennt, daß gerade die Erwachsenenbildung wesentlich zusammenhängt mit dem Ehrenamt, und daß sie sich aufgeben würde, wenn es verleugnet würde. Auf der anderen Seite ist die Bedürftigkeit der Betroffenen bei der Erwachsenenbildung und bei der Schulbildung ganz verschieden. Es ist selbstverständlich, wenn wir Pflichtschulen haben und es sich um Kinder

und Studenten handelt, daß wir das ganz anders unterstützen müssen als die Erwachsenenbildung. Es wurde auch in der Diskussion gesagt, daß mit der Kürzung der Mittel viele kleine Orchester und Theatergruppen ihre Tätigkeit einstellen müßten. Hier muß ich sagen: Es gab nach dem Krieg sehr viele Theatergruppen, Laienspielscharen und kleine Orchester, die ohne einen Pfennig staatliche Unterstützung vorbildliche Arbeit geleistet haben. Warum ist das heute in einer Wohlstandsgesellschaft, wo jeder einzelne viel besser gestellt ist, nicht möglich?

Herr Kollege Fuchs, Sie haben auf die Wichtigkeit des staatspolitischen Unterrichts hingewiesen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß es gerade unsere Fraktion gewesen ist, die durch eine Große Anfrage das Problem einer parlamentarischen Behandlung zugeführt hat. Wir sind uns bewußt, daß es gerade vom staatsbürgerlichen Unterricht in unseren Schulen abhängen wird, ob unsere Demokratie auf die Dauer Bestand haben wird oder nicht. Gerade die Demokratie als ein Wagnis der Vernunft, die darauf aufbaut, daß es viele mündige und urteilsfähige Bürger gibt, die über den Weg dieses Staates entscheiden, wird davon abhängig sein, daß schon in der Schule sehr früh das einzelne Kind, der Jugendliche und der Student von seiner staatsbürgerlichen Verantwortung und vom Wesen des Staates etwas erfährt. Ich meine nur, wenn der staatsbürgerliche Unterricht in unseren Schulen noch nicht diesen Effekt hat, dann hängt es auch mit dem zusammen, was gestern Gegenstand unserer Besprechung war: mit dem Problem der Bewältigung der Vergangenheit. Sie stellen heute vielerorts fest, daß gerade mancher Lehrer auf Grund seiner Befangenheit gegenüber der Geschichte oder seines eigenen Lebens oder seiner Erfahrungen nicht in der Lage ist, staatsbürgerlichen Unterricht im Sinne der Demokratie zu geben. Aber ich bin mit Ihnen völlig der Meinung, daß wir diesem Problem des staatsbürgerlichen Unterrichts in unseren Schulen die ganze Aufmerksamkeit widmen müssen und daß wir auch hier einmal anerkennen sollten, welche vorbildliche Tätigkeit gerade durch die zuständige Abteilung des Kultusministeriums und in den Bezirksseminaren der höheren Schulen geleistet wird.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Fuchs, ich bin mit Ihnen auch der Meinung, daß wir gerade die Spannungen, die aus dem Ost-West-Verhältnis und den sonstigen geschichtlichen Situationen, nur überwinden können, wenn wir offen diskutieren, wenn wir unsere Jugend und unsere Bürger in die Lage versetzen, auch mit guten Argumenten zu diskutieren und daß wir sie nicht überwinden, wenn wir mit Schwarz-Weiß-Malerei den Kommunismus in einer Über- oder Unterzeichnung an die Wand zeichnen. Ich kann indessen keinen Zusammenhang zwischen dem Erlernen der russischen Sprache und diesem Problem finden. Wir haben uns ja im Kulturpolitischen Ausschuß darüber unterhalten, wie die Sprachenfolge in unserer Oberstufe sein muß. Das ist nun eine Entscheidung, die wir zu treffen haben.

(Abg. Fuchs: Das ist ja klar! - Abg. Dr. Skopp: Fakultativ die Möglichkeit zu geben!)

Ich wollte nur auf den etwas sehr eigenwilligen Zusammenhang zwischen staatsbürgerlichem Unterricht, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und Erlernen der russischen Sprache hingewiesen haben.

Lassen Sie mich zum Schlusse meiner Ausführungen kommen. Herr Kollege Fuchs, Sie werden gerade in un-

(Hilt)

serer Fraktion keine Hemmnisse für eine moderne Kulturpolitik entdecken können. Ich darf für meine Fraktion erklären, daß wir, gerade auch durch die Haushaltsgestaltung, durch die Bewertung der Kulturpolitik bewußt herausgestellt haben, daß wir der Bildung unserer Jugend die erste Rangordnung in unserem Lande einräumen und alles finanziell Mögliche dafür tun wollen, daß jedem Kind - wie es in der Verfassung steht - die Chance zu einer besseren Bildung gegeben wird. Wenn es darum geht, dafür unser Bildungswesen in allen Stufen - ich habe noch nichts über die Hochschule gesagt, die sicherlich auch einer Reform bedarf - weiter zu entwickeln und möglicherweise auch zu reformieren, dann werden Sie die CDU in der vordersten Linie finden!

(Beifall der CDU.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Martenstein (FDP).

(Abg. Dr. Kohl: Jetzt aber drauf, Herr Martenstein!)

Abg. Martenstein:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Herr Kollege Kohl, für den sehr ermunternden Zuruf.

(Vereinzelte Heiterkeit.)

Ich werde zunächst auch einmal draufgeben, ehe ich mich der Sache zuwende. Und damit bin ich schon bei Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege Fuchs, angekommen.

(Stürmische Heiterkeit bei der CDU.)

Ich will Ihnen sagen, weil Sie ja auch - genau wie wir - die Geschichte kennen, daß der Anfang der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von keinem geringeren als von dem berühmten Professor Lujo von Brentano eingeleitet worden ist. Er war nebenbei bemerkt der Doktor-Vater des Herrn Bundespräsidenten Professor Dr. Heuss.

(Abg. Dr. Skopp: Was, das war der Doktor-Vater?)

- Doch, das ist bestimmt wahr, Herr Dr. Skopp. Das können Sie im Handwörterbuch der Staatswissenschaften nachlesen!

(Abg. Dr. Skopp: Das ist ja das Neueste! - Heiterkeit bei der CDU. - Abg. Dr. Skopp: Lujo von Brentano hat die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland eingeleitet? - Unruhe bei der SPD. - Glocke des Präsidenten.)

- Ja, durch seine wissenschaftliche Arbeit über die Geschichte der Gewerkschaften in England hat er die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in die Initiative gebracht zu einer Zeit, als Ihr geistiger Nährvater Karl Marx noch nichts von der Gewerkschaftsbewegung hielt und sie total verdammt.

(Abg. Dr. Skopp: Da muß die doch schon da gewesen sein! - Abg. Thorwirth: Eine Zwischenfrage!)

Vizepräsident Piedmont:

Herr Abgeordneter Martenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Martenstein:

Bitte sehr!

Vizepräsident Piedmont:

Ich erteile das Wort zu einer Zwischenfrage dem Herrn Abgeordneten Thorwirth (SPD).

Abg. Thorwirth:

Ich hätte gerne von Ihnen gewußt, wieviel Kurven Sie geschlagen haben, um diesen Zusammenhang herzustellen, und wie Sie es begründen, daß von Brentano der Begründer der Gewerkschaften war!

(Abg. Dr. Kohl: Kurven sind keine Fragen!)

Abg. Martenstein:

Ich empfehle Ihnen noch einmal das Studium des Handwörterbuches der Staatswissenschaften. Es gibt unter dem Abschnitt „Gewerkschaftswesen in Deutschland“ und „Lujo von Brentano“

(Abg. Wallauer: Nicht „von“!)

sehr gewissenschaftliche und belegte Darstellungen. Herr Brentano war in den 70er Jahren in England. Dort waren die Gewerkschaften bereits zu Hause. Er ist mit der Betrachtung des englischen Gewerkschaftswesens nach Deutschland gekommen und hat die Grundlage für den Anfang einer Gewerkschaftsbewegung gelegt.

(Abg. Thorwirth: Würden Sie mir bitte einmal sagen, welche er gegründet hat?)

- Er hat keine gegründet.

(Abg. Thorwirth: Danke schön!)

Er hat die Initiative im geistigen Sinne gehabt, und dann haben Sie nachgezogen!

(Heiterkeit im Hause.)

Herr Thorwirth, das wissen Sie so gut wie ich. Sie sind ein Mann dieser Bewegung. Ich meine: Es gibt nicht nur Leute, die von Ihrer Seite her kommen und die Vergangenheit bewältigt haben, sondern auch Leute von unserer Seite.

(Heiterkeit und Bewegung im Hause. - Abg. Dr. Skopp: Das freut uns!)

Ich finde nur, daß Sie mit Ihren Einwendungen die Diskussion zunächst einmal zu erschweren suchen.

Herr Fuchs, ich darf weiter anfügen: Wir haben einen Schulze-Delitzsch auf unserer Seite gehabt; das war der Begründer des Genossenschaftswesens. Er hat sogar in den 80er Jahren das Genossenschaftsgesetz entworfen. Das muß man wissen. Und Herr Raiffeisen hat aus christlich-konservativer Grundhaltung im ländlichen Genossenschaftswesen seinen Beitrag zur Bewältigung der sozialen Nöte seiner Zeit geliefert.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Piedmont:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Martenstein?

Abg. Martenstein:

Jawohl!

Vizepräsident Piedmont:

- Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Theisen (CDU) zu einer Zwischenfrage.

Abg. Theisen:

Ich wollte die Frage stellen, was diese Nachhilfestunde kostet!

(Heiterkeit im Hause.)

Abg. Martenstein:

Sie kostet nichts. Vielen Dank, Herr Theisen. Sie denken an meinen Beruf, daß Lehrer irgendwie Honorare für Nachhilfestunden fordern.

(Erneute Heiterkeit im Hause.)

Aber das kommt hier nicht in Frage. Die Kostenrechnung könnte nicht abgegeben werden.

(Zwischenruf von der CDU: Die Gewerkschaft zahlt ganz gut!)

- Vielen Dank für die Erinnerung an meine sonstige Tätigkeit.

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, Sie nehmen das ausschließliche Verdienst für sich in Anspruch, demokratische Entwicklungen in Deutschland getragen und gefördert zu haben. Ich könnte Ihnen noch eine Reihe von weiteren - -

(Abg. Dr. Skopp: Wer hat das getan?)

- Herr Fuchs hat das getan. Herr Fuchs hat sozusagen das Urheberrecht der deutschen Demokratie für die Sozialdemokratie in Anspruch genommen,

(Abg. Fuchs: Das habe ich nicht gesagt! - Zurufe von der SPD: So eingebildet sind wir nicht!)

und dieses Urheberrecht will ich ihm ein wenig streitig machen; mehr nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.)

Darüber hinaus eine sehr ernste Bemerkung, Herr Kollege Fuchs, die für uns alle, die wir hier sitzen, gilt. Die Weimarer Parteien - dazu zähle ich das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Liberalen Demokraten - haben den Weimarer Staat in schwerster vaterländischer Not aus der Taufe gehoben, so möchte ich sagen, und durch Jahre hindurch in seiner Politik bestimmt. Nach der vernichtenden Schwächung der damals bestehenden politischen Gruppierung - Ihnen sind die Leute zur Kommunistischen Partei abgewandert, und sind sie nach rechts davongelaufen - wurde der Untergang des Weimarer Staates eingeleitet, eingeläutet. So ausschließliche Rechte in der Beanspruchung demo-

kratischer Zuverlässigkeit sollten daher hier in diesem Raume nicht ausgesprochen werden.

(Abg. Fuchs: Das habe ich alles gar nicht gesagt, Herr Kollege! - Abg. Dr. Skopp: Das hat niemand gesagt!)

Insofern gebe ich keine Nachhilfe, Herr Kollege Theisen, sondern nur eine Rechtfertigung der Tätigkeit der politischen Gruppen, zu denen ich mich aus der Vergangenheit zähle.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Abg. Dr. Skopp: Das war das berühmte Schattenboxen, von dem der Herr Kollege Kohl heute sprach!)

- Ich gebe kein Schattenboxen; ich komme zu sehr realen Betrachtungen.

(Heiterkeit bei der CDU. - Abg. Thorwirth: Bisher war es also nicht real!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Professor Dr. Georg Picht hat vor ein, zwei Jahren seine berühmten Aufsätze geschrieben, und zwar unter einer sehr zugkräftigen Parole, indem er von der kommenden Bildungskatastrophe sprach; er hat sie gewissermaßen als Gespenst gesehen. Er hat sich das Dunkel über der pädagogischen Provinz sehr angelegen sein lassen und hat eine Vorhersage gemacht, die etwa so lautet, daß Deutschland als Kulturnation in absehbarer Zeit abzuschreiben sei! Wenn man sagen kann, daß die Aufsätze des Herrn Picht eine Bedeutung hatten, dann die, daß seine Übertreibung deutlich gemacht hat; insofern ist seine Aussage von positiver Wirkung. In der Zwischenzeit - Objektivität gilt, meine Damen und Herren - haben Sie den Antrag eingebracht: „Die Landesregierung wird ersucht, einen Zehnjahresplan zu erstellen.“ Die Landesregierung ist dieser Auflage nachgekommen.

(Abg. Schwarz: Wir haben den Antrag aber alle angenommen!)

- Den haben wir alle angenommen, und in der Zwischenzeit haben wir die Fragen des Zehnjahresplanes auch diskutiert. Wir haben damit gewissermaßen einen Gesamtstrukturplan des öffentlichen Schulwesens in unserem Lande geliefert bekommen; das muß deutlich gesehen werden. Diese kulturpolitischen Prioritäten, von denen gestern und heute gesprochen wurde, gelten nicht nur im Bereich der Bundesrepublik von der bundesrepublikanischen Haushaltsplanung her, weil in Bonn die Haushaltsansätze für diese Aufgaben gewiß nicht gekürzt, sondern sogar noch erhöht worden sind, sie gelten auch für unser Land.

Allerdings machen wir hier eine Einschränkung, weil wir nüchterne Leute sind. Wir sehen die Aufgaben der Kulturpolitik in der Relation zu anderen staatspolitisch notwendigen Aufgaben, und da kommt es darauf an, die Verhältnisse so zu gestalten, daß man keine Aufgabe in der Rangfolge ihrer Bedeutung zu kurz kommen läßt. Aber schulische Aufgaben werden zunächst und zuerst auch von uns ganz groß geschrieben.

Vor ein paar Monaten war aus Anlaß der Konstituierung der Bundesregierung Herr Professor Dr. Ing. Balke in Mainz; er hielt vor den Vertretern der Industrie- und Handelskammer einen Vortrag. Bei dieser Gelegenheit hat Prof. Balke gesagt - das ist ein allgemeiner und globaler Satz -, daß die Schulaufwendungen eine Investition für die Zukunft seien.

(Martenstein)

Das sind Worte, die gestern und heute schon angeklungen sind, weil wir wissen, daß wir Anschluß an das europäische Bildungsniveau brauchen.

Meine Damen und Herren! Ich beschäftige mich mit Herr Picht und dem, was wir getan haben. Herr Picht forderte erstens die Modernisierung des ländlichen Schulwesens, zweitens mehr höhere Schüler, das heißt, insbesondere Abiturienten, und drittens mehr Lehrer. Nicht zu bestreiten war und ist, wir haben einen großen Nachholbedarf gehabt, wir haben ihn noch, und wir sind darüber einig, daß im wesentlichen nur noch Sachüberlegungen anzustellen sind, wo, wann und für was Geld ausgegeben wird, nicht daß es ausgegeben wird, sondern daß es sinnvoll ausgegeben wird. Diese steigenden Beträge werden in dem Kultursektor aufgewandt in der Betrachtung, daß wir insbesondere den Landkindern die Chance geben müssen - darüber ist auch schon eine Aussage gemacht worden -, gute und zugleich leicht zugängliche Bildungsstätten mit erweiterten Lehrzielen anzubieten. Das sind alles ganz allgemeine Aussagen.

Darüber werden aber noch Ausführungen im Detail zu machen sein, Ausführungen, die nachweisen, daß wir in der Tat den Bildungsnotstand von unserer Seite aus erkannt haben und daß dieser Bildungsnotstand entschieden angegangen wird. Am Rande erwähne ich - weil mir das gerade durch den Kopf geht -, daß es mit diesem Bildungsnotstand schon deshalb nicht so schlimm bestellt sein kann, weil es gelungen ist, in einem Jahrzehnt die Zahl der Studenten an unseren Hochschulen zu verdoppeln. Die Frage des ländlichen Bildungswesens muß aber vorrangig angesprochen werden, und ist freue mich, daß wir tapfere Bundesgenossen auf allen Seiten haben. Ich denke dabei an Betrachtungen, die beispielsweise Herr Rehwinkel mit seinem Bauernverband anstellt. Die liegen genau in der Richtung einer modernen Schulpolitik für das flache Land, und wenn man von der Seite her seine Unterstützung hat, meine Damen und Herren, kann bestimmt nichts mehr schiefgehen, denn in der Vergangenheit waren die ländlichen Kreise oftmals die besten Bremser für eine fortschrittliche Entwicklung.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Meine Damen und Herren! Das Kultusministerium hat am 8. September 1965 erklärt, daß 164 Mittelpunktschulen gegründet seien, 150 wenig gegliederte Schulen beseitigt worden und 35 Mittelpunktschulen im Bau seien. Und bei der Beratung des Kultusetats vor einigen Wochen hat der Sprecher des Kultusministeriums gesagt, daß in abschbarer Zeit - wenn ich mich recht erinnere - wiederum 228 wenig gegliederte Schulen aufgelöst würden und daß wir nach vorausschauender Berechnung im Jahre 1974 statt der 3 158 Schulen im Jahre 1964 dann nur noch rund 2 600 Volksschulen haben werden; dann sind etwa 750 Kleinstschulen beseitigt. Das erwähne ich deshalb, weil immer wieder heftige Anklagen vorgetragen werden, daß sich in den letzten Jahren gar nichts getan habe; in Wirklichkeit hat sich manches getan, und es wird sich noch sehr viel mehr tun.

Inzwischen ist auch die Durchführungsverordnung über die Möglichkeit der Zusammenfassung von Volksschulen ab dem 5. Schuljahr herausgebracht worden, und wir wissen, daß die Organisationspläne für diese Nachbarschafts- oder Mittelpunktschulen - sagen Sie, wie Sie wollen - in den einzelnen Landkreisen erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Es sind da viele Meinungen zu überwinden; sie werden von Eltern, von Lehrern,

von den Gemeindeparlamenten vorgetragen, und ich finde, daß wir eines machen sollten: Wir sollten Beispielschulen zeigen. - Diese würden in kurzer Zeit im wahren Sinne des Wortes positive Kettenreaktionen verursachen und die geheimen Einwendungen und Hemmnisse, die gegeben sind, in Zukunft mit Leichtigkeit überwinden lassen.

(Abg. Hilf: Sehr gut!)

Im übrigen bin ich der Meinung, daß nur sachliche Diskussionen weiterhelfen und nicht die emotionalen Betrachtungen, wie sie immer wieder ganz überflüssigerweise in schulpolitische Betrachtungen hineingetragen werden.

(Beifall bei der FDP und SPD. - Abg. Fuchs: Gestatten Sie eine Frage?)

- Bitte!

Vizepräsident Piedmont:

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, bei der Meldung für die neu eingeführte Zwischenfrage kurz abzuwarten, denn die Zwischenfragen sind meistens auch von den Stenographen nicht zu verstehen, weil das Mikrophon nicht so schnell umgestellt werden kann.

Das Wort zu einer Zwischenfrage hat jetzt der Herr Abgeordnete Fuchs (SPD).

Abg. Fuchs:

Herr Kollege Martenstein! Sind Sie etwa der Meinung, daß die Forderung, die der Herr Kollege Dr. Storch gestern vorgetragen hat, nämlich noch zwei weitere Pädagogische Hochschulen zu simultanen Hochschulen zu machen, auch zu diesem Bereich der emotionalen Themen gehört?

Abg. Martenstein:

Ich möchte meinen, das ist eine Frage der rationellen Überlegung.

(Abg. Dr. Skopp: Mit allen Konsequenzen?)

- Ja! Das ist doch konsequent, finde ich.

Meine Damen und Herren! Ich habe bemerkt, nur sachliche Diskussionen helfen weiter, und ich finde, wir sollten uns zugestehen, daß die Zukunft der Landschule nur in der Zusammenfassung der Kräfte der Landschulen zu sehen ist und daß diese technischen und organisatorischen Fragen, die in der Vergangenheit so ungeheuer schwer zu bewältigen waren, mit gutem Willen lösbar sind. Deshalb erscheint uns auch - da stimme ich wieder einmal mit Ihnen überein - durchaus die Notwendigkeit gegeben, zu einer beschleunigten Zuleitung der Novelle zum Volksschulgesetz, damit wir die Dinge wieder einmal besser in den Griff bekommen.

Diese Neuordnung muß unter anderem die Frage der Schulträgerschaft lösen. Wir wollen gewiß nicht die kommunale Zuständigkeit im Bereich der Selbstverwaltung antasten, aber im Augenblick scheint uns die Frage der Schulträgerschaft zu kompliziert gelöst zu

(Martenstein)

sein. Die Fragen des Schulweges sind von untergeordneter Bedeutung, nachdem bereits bei der ersten Novellierung des Volksschulgesetzes entschieden wurde, daß die Kosten der Beförderung Sache des Landes ist.

Die Bildungsdisparität - sagte ich -, die noch vorhanden ist, soll beseitigt werden, und in diesem Zusammenhang eine weitere Bemerkung. Wir finden, daß die Lehrer noch mehr als bisher den Eltern Bildungshilfe geben sollten, indem sie immer wieder daran erinnert werden sollten, die Eltern anzusprechen, begabte Kinder in weiterführende Schulen zu bringen. Die soziale Verflechtung des Kindes, seine gesellschaftlichen Verhältnisse, sind für uns dabei völlig uninteressant. Das muß laut und deutlich gesagt werden. Liberale Gesinnung kennt keine

(Abg. Schwarz: Grenzen!)

Bildungsprivilegien. Wir würden unsere ganze Vergangenheit verleugnen, wenn wir - -

(Abg. Dr. Skopp: Ein guter neuer Fortschritt!)

- Das war schon immer so, Herr Dr. Skopp!

Vizepräsident Piedmont:

Herr Abgeordneter Martenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Skopp?

Abg. Martenstein:

Jawohl!

Vizepräsident Piedmont:

Zur Stellung einer Zwischenfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Skopp (SPD).

Abg. Dr. Skopp:

Soll diese Feststellung von Ihnen, Herr Kollege Martenstein, bedeuten, daß Sie die Einstellung Ihrer geistigen Vorväter, der Nationalliberalen, zu dieser Frage verleugnen wollen?

Abg. Martenstein:

Ich erkläre, daß meine geistige Herkunft nicht vom Nationalliberalismus geprägt wurde, sondern vom Freisinn, und der hat diese Einstellung, die ich hier vortrage, immer gehabt.

(Abg. Dr. Skopp: Dann müssen Sie auch in Zukunft immer die Wurzeln angeben, auf die Sie sich beziehen im Liberalismus, sonst entstehen Irrtümer!)

- Gestatten Sie, Herr Dr. Skopp, das ist ein bißchen umständlich; dann komme ich wirklich in den Geruch - ich bin schon vorhin von dem Herrn Kollegen Theisen verdächtigt worden -, ich würde Nachhilfe geben wollen. Und so weit geht meine Absicht wieder nicht, daß ich mit Fußnoten, wie sie in einem Gelehrtenbuch gegeben sind, in eine Rede einarbeite. Im Falle der Not bin ich aber jederzeit bereit, Ihnen den Nachweis der Quellen meiner Betrachtungen anzubieten.

(Abg. Gaddum: Sie hätten es aber sicher noch leichter als die SPD!)

- Ja, ich glaube auch!

(Heiterkeit bei der CDU. - Abg. Dr. Skopp: [zum Abgeordneten Gaddum]: Das ist aber ein großer Irrtum von Ihnen, Herr Gaddum!)

Diese Bildungsgespräche scheinen uns zwingend zu sein, meine Herren, um befähigten Kindern den Anschluß an weiterführende Schulen zu sichern. Begabungsreserven müssen beeinflußt, gelenkt und geleitet und sollten von der Menschenliebe des Lehrers und von der Einfühlungskraft der Pädagogik gestützt werden.

Noch eine Betrachtung! Der Unterricht in den Anfängerklassen der höheren Schulen - man denke an den Unterrichtsbeginn bei Fremdsprachen - macht Schwierigkeiten. Daß weiß jeder. Der Übergang in die weiterführende Schule muß gesichert sein. Die Kinder müssen zu dieser Unterrichtsform an dieser Schule Kontakt finden. Hier ist noch vieles nachzuholen. Ich bin immer wieder erschrocken, wenn ich Dinge höre, die sich aus dem dritten und vierten Schuljahr anbieten. Da ist keine Vorarbeit, um eine Basis abzugeben für eine Weiterarbeit der höheren Schule, und für die verbleibenden Kinder in der Volksschule muß bei der Zusammenfassung der Schule die Sicherheit geschaffen werden, dort wo es zugänglich ist, Parallelklassen zu konstruieren, damit im Kursus- und Kernunterricht gearbeitet werden kann.

Es wären noch weitere Bemerkungen über den Ausbau des ländlichen Volksschulwesens zu machen. Ich könnte über Fremdsprachen und dies und jenes sprechen. Das ist alles schon geschehen, deshalb verzichte ich. Eines lassen Sie mich aber noch sagen. In den letzten Jahren sind immer wieder von diesen und jenen zuständigen Behörden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begründete Klagen laut geworden, daß die körperliche Erziehung, die Ertüchtigung unserer Jugend, Schaden nähme. Ich meine, daß man hier auch versuchen sollte von seiten der Schulverwaltung, immer wieder die Lehrer anzuweisen, daß die Kinder von diesen Lehrern in die Turn- und Sportgemeinde geschickt werden, daß man ihnen empfiehlt, dort mitzuarbeiten. Man könnte auch Schulgemeinden des sportlichen Tätigkeitsdranges schaffen, um nicht nur bei den Bundesjugendspielen, sondern auch durch das gesamte Jahr hindurch, ich möchte fast sagen, in dem Wettbewerb sportlicher Leistung zu stehen, um von da aus die Freude zu haben, sich immer wieder körperlich zu betätigen.

Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingebracht auf Rationalisierung des Schulhausbaues. Wir begrüßen diesen Antrag. Wir selbst haben schon wiederholt über diese Dinge gesprochen. Sie werden sich erinnern.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang, weil wir Haushaltsberatungen haben, aber doch einige wichtige Zahlen nennen, um die Vordringlichkeit der Beratungen dieser Materie klar zu sehen. Wir haben das Zehnjahresprogramm. Nach einem Überschlag, so wie ich die Aufgabe schätze, kostet die Erstellung dieser Gebäude rund 3 Milliarden DM. Zwei Drittel bleiben beim Land - das sind 2 Milliarden DM nach der heutigen Kostenberechnung -, ein Drittel wird wohl von den Gemeinden getragen werden müssen.

Da stand im Sonntagsblatt „Die Zeit“ Nr. 4 vom 23. Januar ein Aufsatz von Professor Edding. Das ist der

(Martenstein)

Verfasser eines Lehrbuches über die Bildungsökonomie in Deutschland.

(Abg. Schwarz: Das war Nachhilfeunterricht. -
Abg. Dr. Rösler: Aber wir sind dankbar dafür!)

- Danke sehr!

(Abg. Dr. Skopp: Solange es gebührenfrei bleibt!
- Heiterkeit im Hause.)

- Es bleibt immer gebührenfrei, keine Sorgen! Ich wollte bemerken, der Verfasser erklärt, daß die Engländer um ein Drittel billiger bauen als wir. Dazu wäre jetzt vieles zu sagen. Ich verzichte auf Betrachtungen, die ich da anbieten könnte. Ich deute nur eine Gedankenrichtung an: Die Engländer gehen von dem Kostensatz je Schüler aus und multiplizieren die Zahl der Schüler mit der Kapazität der Schule und kommen damit zu einem Kostenlimit für die Schule selbst. Wir gehen von der Zahl der Räume aus und kommen zu Kostenaufwendungen, die sehr viel höher liegen, als sie in England gegeben werden.

Es sitzen hier eine Reihe von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern. Sie werden sich, Herr Dr. Skopp, so wie ich Sie kenne, nicht besonders angesprochen fühlen; vielleicht sind Sie auch gar nicht sündig geworden. Ich weiß es nicht. Ich kenne Speyer zu wenig. Ich habe nur das Gefühl, meine sehr verehrten Herren Bürgermeister und Oberbürgermeister, als wenn Sie bei der Errichtung eines Schulhauses sich so ein kleines persönliches Denkmal errichten wollten.

(Abg. Dr. Skopp: Ach nein!)

Ich komme von diesem Verdacht nicht frei und meine, daß von dem kommunalen Kostenträger aus gesehen nicht die notwendige Einschränkung an Aufwand bisher zu beobachten war, die man sich hätte wünschen müssen. Bildhaft gesprochen, meine Damen und Herren, soweit ich etwas von dem englischen Schulhausbau begriffen habe auf Grund der Lektüre, die ich da getrieben habe, möchte ich sagen, die Engländer fabrizieren die Schulhäuser wie das VW-Werk in Wolfsburg den VW, unsere Gemeinden haben aber die Meinung, um beim Bild zu bleiben, jede Gemeinde müsse einen Mercedes 220 S haben.

(Abg. Hilf: Sonderanfertigung! - Abg. Dr. Storch:
Mit pädagogischer Einspritzpumpe! - Heiterkeit
im Hause.)

- Das ist die pädagogische Einspritzpumpe!

Meine Damen und Herren! Man hat über die pädagogische Bildung unserer Lehrer gesprochen. Wir haben in der Zwischenzeit einen Ausschuß für Strukturfragen der Volksschullehrerbildung beschert bekommen. Damit ist die innere Struktur der Pädagogischen Hochschulen angegangen. Gemeint ist der Studienaufbau und die Studienplanung. Ich vermute, daß die Arbeit dieser Herren in dem Ausschuß für Strukturfragen sich zu orientieren hat an den Anforderungen der Volksschuloberstufe der Zukunft und daß wir, ob wir wollen oder nicht, den Fachlehrer auch in der Volksschule in der Zukunft haben werden. Die Notwendigkeit des Angebotes eines Wahlfachstudiums zeichnet sich somit im Rahmen der Pädagogischen Hochschulen ganz deutlich ab. Man stellt sich natürlich die Frage, die wir unlängst schon von hier aus gestellt haben, ob in Zukunft die Trennung der Ausbildung der Volksschullehrer in

Grundschullehrer und Hauptschullehrer gegeben ist oder nicht. Das sind alles Dinge, über die man sich noch unterhalten wird.

Im übrigen auch hier eine Anmerkung in Richtung der Forderung des Herrn Picht. Herr Picht fordert mehr Lehrer. Am Rande sei vermerkt, daß das Land Rheinland-Pfalz im vergangenen Herbst in der Lage war, fast 900 Lehrer nach der ersten Prüfung in den Volksschuldienst zu übernehmen. Und dann ist über Abiturientenvermehrung dieses und jenes gesagt worden. Da möchte ich eine ganz nüchterne Feststellung treffen: Abitur ist von Land zu Land nicht das gleiche Abitur. Das muß auch ganz deutlich gesehen werden. Wenn man weiß, daß die Engländer in ihrem Reifezeugnis, das zum Besuch einer Hochschule berechtigt, nur fünf Fächer haben, und wir, wenn ich gut orientiert bin, noch neun haben - zu meiner Zeit waren es noch mehr -, dann meine ich, daß wir im Verhältnis zu den westlichen Ländern zuviel der Jugend abfordern. Andererseits ist mir klar, daß die Qualität der Ausbildung irgendwie ein Minimum an Wissen erfordert. Darüber sollten wir uns auch einig sein. Aber alle diese Dinge müssen Sie, wenn Sie schon diese Grundfragen der Bildungspolitik ansprechen, in der Relation sehen und nicht in der Verabsolutierung, indem man von der nackten Zahl ausgeht und sagt: hier sind soundsoviel und da sind soundsoviel Abiturienten, und weil dieser Unterschied in der Zahl sich zeigt, ist damit das eine Land unterentwickelt und das andere hat den Gang der normalen Entwicklung hinter sich.

Darüber hinaus noch ein Wort zur Frage der Durchlässigkeit! Alle diese Fragen sind angeklungen, ich habe mir das schnell mitgeschrieben. Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Durchlässigkeit in dieser radikalen Anwendung wollen, wie das gefordert wird, dann hat das in der Konsequenz eines für sich, nämlich die Konstruktion der Einheitsschule, anders geht es nicht, oder aber umgekehrt, Sie lassen die Kinder in die höhergeartete Schule mit der Auflage, daß diese eine gezielte und sehr intensive Förderung des einzelnen Schülers betreibt. Das kostet aber entsetzlich viel Lehrer. Und die haben wir nicht. Auch das muß deutlich ausgesprochen werden.

Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, über die Kieler Beschlüsse zu sprechen. Aber nachdem der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion und Sie Herr Hilf von der CDU den Schuljahrwechsel angegangen sind, erlaube ich mir, ganz kurz noch einmal unsere Überlegungen hier vor der Öffentlichkeit darzulegen. Die Ständige Konferenz der Kultusminister gibt von Zeit zu Zeit Dokumentationen heraus; und da gibt es eine Dokumentation Nr. 4, die im November 1962 erschienen ist. Ich habe sie zu Hause. Da ist damals schon über die Umstellung von Ostern auf Herbst im Schuljahresbeginn gesprochen worden, über Nachteile und Vorteile, und es wurden alle möglichen theoretischen und schulrechtlichen Betrachtungen angeboten. Nachdem sich die Herren Kultusminister mit dieser Dokumentation von 1962 bis 1965 beschäftigt haben, haben sie dank ihrer besonderen Weisheit nichts Besseres zu tun gewußt, als zum Schluß die Bonner Beschlüsse zu fassen. Ich nehme einen Herrn aus, der sitzt hier, denn er hat am wenigsten zu den beanstandeten Beschlüssen beigetragen. Insofern verdient er ausdrückliches Lob.

Wenn er am wenigsten einen Beitrag zu der Sonderlösung, die gefunden wurde, geliefert hat, dann nur deshalb, weil er, wie wir alle wissen, die Möglichkeit der

(Martenstein)

Erreichung der Bundeseinheitlichkeit nicht noch mehr erschweren wollte. Die Kieler Beschlüsse waren nach allem, was erarbeitet wurde, das Beste, was angeboten werden konnte.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Da kam es wirklich darauf an, zu sagen: Wir lassen das Schuljahr durchlaufen bis zum Sommer des nächsten Jahres und haben dann eine einheitliche Einschulung, Versetzung und die Entlassung aus den Schulen. Dann sind aber die Kultusminister, so gescheit wie sie sind, nach Hause gefahren und haben darüber nachgedacht, daß sie, wenn sie die Dinge so ein bißchen verschieben würden, billigerweise durch einen Rechenrick zu einem 9. Schuljahr kommen könnten. Herr Professor Dr. Schütte von Hessen hat außerdem noch die zusätzliche Erfindung gemacht, daß er auf diese Weise umgekehrt die Zahl der höheren Schuljahre verkürzen könne. Nachdem diese Lösung der einzelnen Herren Kultusminister gefunden war, kam es zu den berühmten Konstruktionen „Rheinbund“ und „Norddeutscher Bund“ mit dem Endergebnis, daß der viel gerühmte kulturpolitische Föderalismus sich selbst den schlechtesten Dienst erwiesen hat.

(Kultusminister Dr. Orth: Das war der Sündenfall, Herr Kollege Martenstein!)

- Ja!

Diese Dinge müssen noch deutlicher gesehen werden.

Jetzt komme ich an Sie, meine Damen und Herren von der CDU. Nachdem das alles passiert war, haben Sie die Diskussion mit Ihrer eigenen Initiative noch einmal erhöht, ihre eigenen Vorstellungen entwickelt und zunächst das abgelehnt, was die Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg akzeptiert hatten. Hier erkläre ich: Ich habe Ihre Haltung nicht verstanden, denn Sie haben dem Fehler, den die Herren in Bonn gemacht haben, einen eigenen rheinland-pfälzischen Fehler hinzugefügt.

(Abg. Dr. Skopp: Unter Brüdern, die sich bei der Hand halten, sollte das nicht vorkommen! - Abg. Dr. Storch: Da haben sich die Brüder gerade mal losgelassen!)

Ich hoffe, daß man zum Schluß noch zu einer vernünftigen Regelung kommt, aus der Betrachtung der gegenseitigen Abhängigkeit heraus, in der wir doch in dieser Frage stehen. Wollen wir doch ehrlich sein: Wir sind alle gegenseitig abhängig, wenn diese Erkenntnis auch schwerfällt, und zum Schluß beziehen Sie genauso Prügel wie wir, für eine Dummheit, die wir nicht zu verantworten haben.

Meine Damen und Herren! Es sind von seiten des Herrn Kollegen Fuchs eine Reihe von Gedanken vorgetragen worden, die mehr finanzpolitischen Charakter haben. Ich möchte behaupten: Wir verlieren die Orientierung, wenn wir den Kompaß der finanzpolitischen Möglichkeiten nicht benutzen, denn es wird in diesen Jahren viel gefordert. Für uns stellt sich die Frage, ob wir noch mehr tun können, als das bisher der Fall war. Wenn ich daran erinnere, daß in Nordrhein-Westfalen, das immer als das finanzkräftigste Land gegolten hat, der Landtag beschlossen hat, statt 90 Millionen DM nur 30 Millionen DM im Landeshaushaltsplan für die Gewährung der Lernmittelfreiheit einzusetzen, dann merken Sie, daß auch dort die Herren Angst vor ihrem eigenen Mut bekommen und die Gieß-

kannenpolitik, von der vorhin gesprochen wurde, nicht mitmachen wollen.

Zur Erwachsenenbildung: Selbstverständlich haben Sie recht, Herr Kollege Fuchs, wenn Sie meinen, die Erwachsenenbildung leide Not. Ich finde auch, daß sie gesichert bleiben muß. Darum hat das sehr geschmerzt, daß wir uns dazu durchringen mußten, entscheidende Kürzungen vorzunehmen. Ich erinnere mich: Als ich hier im Landtag angefangen habe - jetzt kann ich mich täuschen, ich spreche aus der Erinnerung heraus -, wurde das Volkshochschulwesen 1951 - Frau Hermans-Hillesheim, Sie sind ja eine alte Mitkämpferin - mit etwa 150 000 DM dotiert. Mittlerweile sind wir bei 1 750 000 DM angekommen. Wir haben also verzweifacht, möchte ich fast sagen, und zwar wurde der Ansatz in einem Tempo angehoben, wie kein anderer Bereich im kulturellen Sektor den Vergleich anbieten kann. Nebenbei bemerkt: Bei einem Vergleich der Bezuschussung von Volkshochschulen, etwa mit Hessen oder anderen Ländern, liegt Rheinland-Pfalz durchaus in einer gut vertretbaren Mitte. Ich bin der Meinung, daß die Kürzungen der Finanzierungshilfen, so bedauerlich sie sind, nicht die Folgen haben, von denen gesprochen wurde. Es handelt sich dabei um eine Umgruppierung von Ausgaben, die schon in der Vergangenheit diese und jene öffentliche Kritik erfahren haben. Ich meine in dem Zusammenhang, die Volkshochschule würde eine entscheidende Förderung erfahren, wenn sich der Herr Kultusminister dazu entschließen könnte, wiederum die Leiter seiner Schulen regelmäßig zu veranlassen, die Kinder, die unsere Schulen besuchen, in die Volkshochschullehrgänge zu schicken. Der Besuch von Volkshochschulen ist ein echtes Stück Weiterbildung auf privater Basis. Hier könnte die Lehrerschaft durchaus etwas Zusätzliches tun. Ein aufmunternd zusprechendes Wort wäre erforderlich.

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie! Daß die Volkshochschulen einen staatsbürgerlichen Bildungsauftrag haben, das wissen wir auch. Der Kommunismus kann - das wissen wir so gut wie Sie - nicht mit Waffengewalt überwunden werden, sondern nur geistig. In den Volkshochschulen ist in der Auseinandersetzung mit den Erwachsenen eine Möglichkeit der fruchtbaren Gesprächsführung gegeben. Deshalb meine ich, sollten wir auch aus dieser staatspolitischen Verantwortung heraus bereit sein, Volkshochschularbeit zu unterstützen.

Ich könnte noch eine Reihe von Betrachtungen über diese und jene Ausbildung von Lehrpersonen machen. Wir haben die höheren Fachschulen, die Wirtschaftsoberschulen eingerichtet, die den Anschluß an die Universitätslehrgänge finden, damit sie dann später das höhere Lehramt an Berufsschulen beginnen und übernehmen können. Ich verzichte aber darauf.

Lassen Sie mich zum Schluß einige ganz allgemeine Bemerkungen machen. Wir alle sind Kinder unserer Zeit und sind bestimmt vom Zeitgeist. Dieser Zeitgeist zeigt sich in widersprechenden Zeitströmungen. Da hört man immer wieder die Mahnung: Seht mal hinüber über den Rhein, dort drüben ist das Land, das vorbildlich pädagogisch wirkt.

(Abg. Schwarz: Das von Milch und Honig fließt!)

Und wenn man genauer hinsieht, merkt man, daß auch dort die Suppen mit Wasser gekocht werden. Ich finde: Wenn ich da und dort etwas von den widerspruchsvollen Äußerungen richtiger Pädagogen lese und höre, in dem sie den Qualitätsschwund der Studierenden beklagen

(Martenstein)

gen, und wenn dann von Herrn Dichgans gesagt wird, man müsse die Studienzzeit abkürzen, man käme mit dreißig Jahren erst in den Beruf und dann die Real- schullehrer das 11. Schuljahr fordern, andererseits Professor Schütte den Gymnasien das 13. Schuljahr weg- nehmen will, dann merken Sie, daß wir pädagogisch gesehen, in einem babylonischen Sprachwirrwarr stecken. Es wird von der Fünftageweche gesprochen und gesagt, sie sei ein unerhörter pädagogischer Fortschritt. Sie ist aber nur möglich, wenn man den Nachmittags- unterricht einrichtet. Nachmittagsunterricht im Schicht- unterricht bedeutet aber einen unerhörten Rückschritt. Wir meinen, man sollte sich in aller Ruhe und Sach- lichkeit mit diesen Fragen beschäftigen. Wir brauchen nicht von heute auf morgen die Schulreform. Euro- päische Nachbarländer, ich denke an England und Schweden, haben sich für pädagogische Reformen Jahr- zehnte Zeit genommen. Wir wollen alles innerhalb von paar Monaten machen. Das geht nicht. Alles Vernünf- tige erfordert eine vernünftige Zeit.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Politik machen heißt zwei- fellos Zukunft mitgestalten helfen. Wir stehen wieder einmal, schulpolitisch gesehen, vor einem neuen Jahr. Ich möchte fast sagen, wenn man in der Mitverantwortung steht, wie wir, dann möchte man gleichsam die Gegenwart festhalten, um die Fülle von Aufgaben, die sich zeigen, besser erledigen zu können.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat Herr Kultusminister Dr. Orth.

Kultusminister Dr. Orth:

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Es ist mir gesagt worden, ich möchte nach Möglichkeit um 17 Uhr mit dem, was ich vorzutragen habe, zu Ende sein.

(Abg. Thorwirth: Sprechen Sie ruhig etwas länger!)

Ich glaube aber, daß ich das hinbringen werde. Auf jeden Fall haben mir beide Herren Vorredner zunächst einmal vieles von dem, was ich als Antwort auf Ihre Ausführungen, Herr Kollege Fuchs, sagen wollte, in dankenswerter Weise bereits richtiggestellt und somit meine Arbeit erleichtert.

Zunächst zu dem Zehnjahresplan, Herr Kollege Fuchs, mit dem Sie begonnen haben. Es gibt ein altes Sprich- wort, das heißt: Sieben Städte streiten sich darum, welche die Geburtsstadt Homers war. Und hier habe ich heute erlebt, drei Fraktionen in diesem Hohen Hause streiten darum, wer der Initiator des Zehnjahresplans war. Nehmen Sie es einem Kultusminister bei seiner Bescheidenheit nicht übel, wenn er sagt: Schon bevor ein Antrag vorlag, war der Zehnjahresplan im Kultus- ministerium fertig. Als der Antrag kam, war es für uns gar nicht schwer, ihn in gedruckter Form und deshalb auch in kurzer Zeit vorzulegen. Der Plan lag deshalb schon vor, weil wir für die Kultusministerkonferenz und für eine Gesamtkonzeption in der Bundesrepublik eine ganze Anzahl Einzelfragen auszuarbeiten hatten. Wir hatten mit anderen Ländern schon in einer Ab- sprache und in einer statistischen Vorarbeit für unser

Land festgestellt, was zu tun notwendig war. Der Kul- tusminister will sich in den Streit nicht einmischen, darf aber sagen, daß er der Initiator dieses Zehnjahres- planes gewesen ist.

Herr Kollege Fuchs, Sie haben in einem Satz diesen Zehnjahresplan als eine gute Sache dargestellt und be- urteilt; dafür danke ich Ihnen. Gleichzeitig haben Sie gesagt, in diesem Plan seien eine ganz Anzahl Pro- bleme unberücksichtigt. Sie stellten die Frage, was mit den Pädagogischen Hochschulen geschehe. Es war nicht die Aufgabe des Zehnjahresplanes, festzustellen, was aus diesen Schulen werden soll. Aber daß wir unsere Pädagogischen Hochschulen in den vergangenen Jahren - wir haben oft darüber diskutiert, deshalb war ich über das, was Sie vorgetragen haben, sehr erstaunt - wirklich von einer Lehrerbildungsanstalt zu einer Hoch- schule gebracht haben - nicht dadurch, daß wir sie deklariert haben, sondern daß wir sie in ihrem Innern dazu ausgestaltet haben -, kann wahrlich niemand be- streiten. Wenn Sie fragen, warum man sie nicht zur wissenschaftlichen Hochschule mache, dann bemerke ich, daß ich darüber auch schon einmal gesprochen habe. Ich sage noch einmal - die Lehrer gehen mit mir kon- form -: Wissenschaft kann man nicht dekretieren, sie muß erarbeitet werden, dazu braucht man Jahre. Un- sere Pädagogischen Hochschulen wissen, daß sie in den Rang einer wissenschaftlichen Hochschule kommen in dem Moment, in dem sie das alles, was als Rahmen den Hochschulen heute schon geboten ist, auch ausfüllen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU.)

Ich habe selbst gestern abend - rein zufällig - mit einer Anzahl Professoren an Pädagogischen Hochschulen in der Gaststätte dieses Hauses meinen Abend verbracht. Es war mir interessant, einmal deren Sorgen zu hören. Wir haben über alles, was wir in unseren Hochschulen tun wollen, miteinander diskutiert. Wir richten an allen Hochschulen Institute ein. Und dort beginnen wir eben damit, was bis jetzt an der Pädagogischen Hochschule war, wirklich mit einer Arbeit, wo nicht nur die Didak- tik gelehrt wird, die der Lehrer für seinen Beruf später braucht, sondern wir kommen jetzt soweit, daß auch der Student an der Pädagogischen Hochschule wie der Student an anderen Hochschulen und Universitäten ein Studium in seiner universell abgerundeten Form be- treiben kann. Wenn nun festgestellt wird, daß vielleicht in dem einen oder anderen Land die Pädagogischen Hochschulen die Bezeichnung „wissenschaftliche Hoch- schule“ haben, dann ändert das daran gar nichts. Dar- über haben wir gestern abend gesprochen. Ich kann Ihnen eines sagen: Ich merke gar nicht, daß Profes- soren oder Dozenten abwandern, weil unsere Pädagogi- schen Hochschulen schlechter seien als in anderen Län- dern. Der Rektor der Pädagogischen Hochschule in Worms beispielsweise, der jetzt zum Rektor gewählt wurde, hatte einen sehr ehrenvollen Ruf nach Hessen. Er war bei mir und sagte, daß er im Land Rheinland- Pfalz bleiben wolle, dieser Betrieb an der Pädagogi- schen Hochschule gefalle ihm. Wir haben in den letz- ten Jahren eine ganze Anzahl von Dozenten und Pro- fessoren, tüchtige junge Leute, von anderen Ländern angeworben. Sie wären sicherlich, wenn der Stand un- sere Pädagogischen Hochschulen nicht dem Rang de- rer, an der sie wirkten, entsprochen hätte, nicht in un- ser Land gegangen. Alle sind sie gerne gekommen.

Sie haben den Zweiten Bildungsweg angesprochen. Zu- nächst darf ich sagen, daß wir mit dem Ersten Bil- dungsweg in Rheinland-Pfalz schon früh begonnen und neben unseren Berufsschulen die Berufsfach- und Be-

(Kultusminister Dr. Orth)

rufsaufbauschulen betrieben haben. Das wissen Sie. Ich glaube, dann kann niemand von einem Versäumnis reden. Die Oberstufe des Zweiten Bildungsweges haben wir in Speyer vor Jahren begonnen. Ich bin heute noch der Meinung - ich glaube, sie wird von der Mehrheit geteilt -, daß wir gut daran getan haben, bei der großen Fülle der Bewerber zunächst einmal nur die genommen zu haben, die sich dem Lehrerberuf zuwenden, weil dort die größte Sorge besteht. Wenn ich einem Mißstand abhelfen will, muß ich fragen, wo ich im Grund damit beginnen muß. Es bestand kein Zweifel darüber, daß wir dort beginnen mußten, wo die größte Not bestand und wo man aufbauen mußte, wenn man ein ganzes Schulwesen errichten wollte. Ich mußte also mehr Volksschullehrer haben. Deshalb haben wir in Speyer die Bewerber bevorzugt, die sich für ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule bereit erklärten.

Herr Kollege Fuchs, Sie lesen doch als Politiker die Zeitung. Sie sind ein versierter Mann, der weiß, was um ihn herum vorgeht. Der Herr Ministerpräsident hat damals in seiner Regierungserklärung gesagt: Wir werden sofort einen Zweiten Bildungsweg in Speyer einrichten und es wird daran anschließend im Nordteil des Landes ebenfalls ein solcher eröffnet. Dankenswerterweise - hier muß ich Ihren Herrn Kollegen Dr. Skopp einmal loben - hat uns die Stadt Speyer sehr rasch das Gelände zur Verfügung gestellt; die Pläne sind fertig, der großzügige Neubau wird im Frühjahr 1967 angefangen. Wir haben schon im Dezember veröffentlicht - das haben Sie, glaube ich, gelesen, deshalb hätten Sie diesen Vorwurf gegen die Regierung nicht erheben dürfen -, daß im Speyerer Institut am 1. April 1966 ein Zweiter Bildungsweg unter dem Namen „Speyer-Kolleg“ eröffnet wird. Wir werden uns zwar in dem alten Haus behelfen müssen, aber ich hoffe, daß wir den Anschluß finden, bis wir den Neubau beziehen können. Wenn Sie dann sagen, die Regierung müsse dieses oder jenes schneller machen, muß ich Ihnen antworten: Wir haben von der Stadt Koblenz leider bis heute noch keinen Bauplatz bekommen, auf dem wir das Koblenzer Kolleg, das ebenfalls am 1. April 1966 eröffnet wird, errichten wollen. Wenn man so als Kommunalpolitiker und Oberbürgermeister im Glashaus sitzt, dann sollte man - -

(Abg. Fuchs: Ich bin nicht in Koblenz Oberbürgermeister!)

- Ihnen sage ich nachher noch, welche Bauplätze in Mainz fehlen, die uns die Stadt geben wollte.

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien. - Abg. Fuchs: Aber, Herr Kultusminister, machen Sie es mit mir nicht so hart!)

- Sie hätten ja auch etwas gnädiger mit mir umgehen können!

(Abg. Fuchs: Das war nicht so gemeint!)

Wir haben uns aber etwas einfallen lassen, Herr Kollege Fuchs: Wir haben in Koblenz ein ganzes Haus für sehr teures Geld gemietet, in dem wir auch am 1. April 1966 den Zweiten Bildungsweg unter der Bezeichnung - ich habe das schon gesagt - „Koblenzer Kolleg“ eröffnen. Sie dürfen wirklich nicht bei einer solchen Skala sagen, die Landesregierung tue nichts oder sie hätte sich etwas einfallen lassen sollen.

Wenn wir zwei Institute des Zweiten Bildungsweges - mit einer Oberstufe - in Koblenz und in Speyer haben, dann können wir uns - ich brauche von dem in

Mainz nicht zu reden, obwohl wir uns hier auch finanziell engagiert haben, nicht nur bei den Baumitteln, sondern auch bei den Stipendien und den Unterstützungen nach dem Honnefer Modell - im Reigen der übrigen Bundesländer wahrlich sehen lassen. Es wird wenig Länder geben, die uns in dieser Sache übertreffen oder erreichen.

Herr Kollege Fuchs, Sie sagten dann: „Die Gemeinden haben einen Anspruch darauf, daß sie von der Regierung für ihre Schulbauten unterstützt werden. Sie müssen endlich einmal mit einem Rechtsanspruch wissen, was sie bekommen!“ - Unsere Verfassung hat festgelegt, daß sowohl das Land als auch der Schulträger - Gemeinde oder Landkreis - diese Aufgabe gemeinsam zu tragen haben. Wir haben doch eine vorbildliche Lösung getroffen, Herr Kollege Fuchs. Wir haben zunächst einmal nur die Sachlasten bei der Gemeinde oder bei den Gemeindeverbänden belassen und alle Personalkosten samt und sonders für alle Schulen zu Lasten des Landes übernommen. Das ist doch eine großzügige Regelung; das kann man doch nicht bestreiten. Es gibt doch heute noch Länder in der Bundesrepublik, die Personalkostenzuschüsse von den Gemeinden verlangen. Zu diesen Ländern gehört Rheinland-Pfalz nicht. Deshalb darf man nicht sagen: Das Land sollte das oder jenes tun. Wir tun hier wirklich sehr viel.

Ich erkenne an, was die Gemeinden auf dem Gebiet des Schulbaues getan haben. Ohne die Gemeinden hätte das Land viele Dinge in dieser Zeit nicht schaffen können. Deshalb haben wir auch diese saubere und sachliche Trennung, die Dinge nach der Nähe der Aufgaben zu regeln. Das heißt also, die Sachkosten tragen die Gemeinden oder die Gemeindeverbände, während die Personalkosten vom Land getragen werden, da sie auch dort hingehören.

Sie sagen: Was tut diese Landesregierung? Denkt sie zum Beispiel nicht an das Problem der Ganztagschulen? - Sie wissen genau, daß wir nicht nur daran denken, Sie wissen es in Ihrer Eigenschaft als Ausschußvorsitzender; wir haben neulich darüber gesprochen. Wir bauen gemeinsam mit der Stadt Kaiserslautern ein großes Schulzentrum. Hierzu benötigen wir ein großes Gelände. Was passiert aber? Seit acht Tagen befinde ich mich - wenn ich eine Kaiserslauterner Zeitung aufschlage - auf der Anklagebank. Dort heißt es: „Was will das Land und dieser Kultusminister eigentlich? Sie wollen eine Masse Gelände auf dem Stiftswald“ - oder wie das heißt - „und wollen das noch und jenes. Das müssen wir ablehnen!“ Der eine will es aus dem Gesichtspunkt der Naturschönheit ablehnen, der andere aus anderen Gesichtspunkten. Wir kommen nicht weiter, weil wir von den Bürgern dieser Stadt, zu deren Wohl wir die Ganztagschule errichten wollen, täglich in der Presse unter Beschuß genommen werden. Ich hoffe, daß wir doch zu einem guten Ende kommen und daß diese Schule in Kaiserslautern bald eröffnet werden kann. Dies wird uns zeigen, wohin wir mit den beabsichtigten Vorhaben kommen werden.

Eines ist klar: Die Ganztagschule hat große Vorteile. Niemand wird sich diesem Problem und dieser Zukunftsaufgabe entziehen wollen. Dabei müssen wir jedoch folgendes bereits heute sehen: Millionen und aber Millionen wird es mehr kosten als heute, was wir für die Schulen aufwenden müssen, wenn wir zu dieser Schulform gelangen.

(Abg. Theisen: Sehr richtig!)

Sie fragten: Welchen Anspruch auf einen Zuschuß zu ihrer Schule haben die Gemeinden? - Zunächst einmal

(Kultusminister Dr. Orth)

haben wir im Realschulgesetz und im Gesetz über die höheren Schulen festgelegt, daß die untere Grenze 50 Prozent beträgt; die Kann-Vorschrift lautet 80 Prozent. Dies ist eine großzügige Leistung, die überall anerkannt wird. Es gibt kaum ein Bundesland, das den Gemeinden solch hohe Zuschüsse für Schulbauten gibt wie das Land Rheinland-Pfalz. Es gehört sich jedoch auch, und zwar deshalb, weil unsere Gemeinden nicht das aufbringen können, wie beispielsweise eine gut-situierte Stadt im Ruhrgebiet. Diese braucht von der Regierung keine solchen Zuschüsse. Weil wir wissen, daß unsere Gemeinden dieser Zuschüsse bedürfen, geben wir sie in dieser Form.

Ich habe bereits gesagt, daß wir diese Aufgabe als eine Gemeinschaftsaufgabe zu betrachten haben. Sie dürfen dann nicht immer, Herr Kollege Fuchs, den schwarzen Peter der Landesregierung hinschieben und sagen: Da hast du ihn wieder, zieh du ihn einmal! Wenn ich Ihre Vaterstadt hier nehme - das darf man wohl sagen, nachdem Sie nunmehr Oberbürgermeister sind -, was haben wir in den letzten Jahren für Kummer und Sorgen mit der Stadt Mainz gehabt.

(Hört, hört! bei den Regierungsparteien.)

- Ja, doch. Herr Kollege Fuchs, wir haben für eine Anzahl von Schulen das Geld zur Verfügung gehabt, und es ist nicht gebaut worden, weil uns die Stadt mitgeteilt hat: Wir können in diesem Jahre noch nicht bauen, und im nächsten Jahr können wir ebenfalls noch nicht gleich!

(Zurufe: Hört, hört!)

Wir haben Sie gebeten, Sie möchten eine Gymnastikhalle für das Rabanus-Maurus-Gymnasium - -

(Abg. Fuchs: Wir schaffen es finanziell nicht!)

- Sie schaffen es finanziell nicht? Ich habe heute morgen einen Brief von Ihrem Bürgermeister Zahn erhalten. Er schreibt: Wir können es nicht machen. - Dann dürfen Sie aber doch uns keine Vorwürfe machen!

(Abg. Fuchs: Habe ich nicht gemacht! - Vereinzelt Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

- Doch, doch! Was Sie hier getan haben, war von einem Vorwurf nicht zu unterscheiden. Ich wüßte wirklich nicht, wie es davon zu unterscheiden wäre. Sie wissen, daß wir dringend hier noch ein neues Gymnasium benötigen. Wir haben Ihnen schon längst mitgeteilt, daß wir bereit sind, die entsprechenden Zuschüsse für ein solches Gymnasium zu gewähren. Es ist uns wiederholt von Ihrer Stadtverwaltung mitgeteilt worden: Wir haben noch keinen Bauplatz; das bedarf einer gewissen Zeit. - Ich könnte Ihnen eine ganze Anzahl - -

(Zurufe: Hört, hört! - Abg. Schadt: Geben Sie das Geld der Stadt Bingen; die baut es! - Weitere Zurufe der SPD.)

- Bei der Stadt Bingen ist es noch viel schlimmer!

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

In Bingen steht - wenn ich recht unterrichtet bin - ein Gymnasium. Es ist zwar nicht neu, wilhelminischer Stil oder so ähnlich. Da hat man jetzt beschlossen: Wir brauchen ein neues Gymnasium! Weil wir doch immer wieder von Ihnen auch zur Sparsamkeit aufgefordert werden und uns gesagt wird: Ihr müßt Wünsche, die in

diesem Augenblick noch nicht erfüllt werden müssen, zurückstellen, haben wir in Bingen gesagt: Wir können doch nicht ein neues Gymnasium mit einem Millionen-zuschuß errichten, wenn ein solches Gymnasium noch vorhanden ist. - Dort ist die Sache umgekehrt. Dort haben wir der Stadt und dem Landkreis den Neubau zunächst einmal abgeschlagen, weil wir sagen: Das geht noch ein paar Jahre in diesem Bau, der immer noch verwendbar ist.

Vizepräsident Piedmont:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kultusminister Dr. Orth:

Ja!

Vizepräsident Piedmont:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Thorwirth (SPD) zu einer Zwischenfrage.

Abg. Thorwirth:

Herr Minister, befinden Sie sich nicht in einem Irrtum in bezug auf die Schilderung, die Sie eben für die Stadt Mainz gegeben haben, wegen des Baues eines weiteren Gymnasiums? Es handelt sich, soviel ich weiß, um einen Erweiterungsbau,

(Kultusminister Dr. Orth: Zwei Erweiterungsbauten!)

von dem ich weiß, daß er in diesem Jahr geplant ist.

Kultusminister Dr. Orth:

Es sind zwei Erweiterungsbauten. Seit Jahren sagen wir in Mainz: Die Schülerzahl in den Gymnasien steigt so an, daß wir unbedingt ein neues Gymnasium planen müssen. Über die Erweiterungsbauten sind wir uns einig.

Herr Kollege Fuchs, etwas anderes. Die Stadt Mainz kam zu uns und sagte: Errichtet doch bei uns eine höhere Wirtschaftsfachschule. Dies ist eine Schule, die ganz vom Land getragen wird, bei der also die Gemeinde lediglich den Bauplatz zu stellen hat. Ich bin in solchen Dingen vorsichtig. Obwohl ich alle Beteiligten darauf aufmerksam gemacht und gesagt habe: „Errichtet ist die Schule schnell. Aber könnt ihr mir auch in absehbarer Zeit das Gelände geben, um die Schule zu errichten?“, hängen wir auch fest. Die Stadt Mainz ist auch hier nicht in der Lage, uns einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen. In der Schule jedoch werden die Vorwürfe erhoben, und es heißt: Es ist ein unwürdiger Zustand. Hier sitzen zu viele Schüler in den alten Räumen, und zwar deshalb, weil dieser Kultusminister sich hat breitschlagen lassen, die Schule zu eröffnen, obwohl Baugelände noch nicht vorhanden war. Das geht nicht gegen die Stadt Mainz; wir haben auch andere Städte. Ich bin dadurch jedoch gewitzigt worden. Ich habe gesagt: „Künftig wird keine Wirtschaftsfachschule und keine Schule, die vom Staat zu tragen ist, eröffnet, solange nicht die Voraussetzungen auch von der Gemeinde erfüllt sind, daß auch der Bauplatz zur Verfügung steht.“

Vizepräsident Piedmont:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kultusminister Dr. Orth:

Ja, selbstverständlich!

Vizepräsident Piedmont:

Ich erteile das Wort zu einer Zwischenfrage dem Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD).

Abg. Fuchs:

Herr Minister, Ihnen ist sicher bekannt, daß die Stadt Mainz eine Reihe von Schulen, auch Sonderschulen und heilpädagogische Schulen, freiwillig eingerichtet und erhebliche Aufwendungen gemacht hat. Bei der Wirtschaftsfachschule hat die Stadt einen Bauplatz bereitgestellt. Es war alles in Ordnung. Dann hat das Kultusministerium erklärt: Da müssen wir leider umfassender bauen als ursprünglich vorgesehen, aber auf diesem Baugelände geht das nicht. Außerdem sind wir nicht bereit, Tiefgaragen zu bauen. - Die Stadt hatte verlangt, Garagenplätze für die Schule zu errichten.

(Abg. Dr. Neubauer: Wo ist die Frage, Herr Fuchs?)

- Die Frage ist: Ist Ihnen das unbekannt, Herr Minister?

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Kultusminister Dr. Orth:

Nein, Herr Kollege Fuchs! Erstens einmal erkenne ich an, daß Sie auf dem Gebiet der Sonderschulen viel getan haben. Ich habe auch keinen Vorwurf gegen Sie erhoben. Aber Sie haben mich heute doch dauernd attackiert.

(Heiterkeit im Hause. - Abg. Dr. Kohl: Jawohl, Herr Minister, Sie haben ganz recht!)

und deshalb mußte ich Ihnen dieses Buch einmal aufschlagen, in dem auch Ihr Sündenregister aufgezählt werden kann.

(Beifall der Regierungsparteien. - Abg. Fuchs: Wenn Sie erst mein richtiges Sündenregister kennen würden, dann wäre das viel schlimmer! - Heiterkeit.)

- Herr Kollege Fuchs! Ich bemühe mich, in meinem Lebenswandel das zu vermeiden. Deshalb habe ich also davor keine Angst! Nun wollen wir dieses Thema lassen.

Herr Kollege Fuchs! Sie haben gefragt: Warum tut diese Landesregierung nichts wegen der Förderstufe? - Ich habe Ihnen von dieser Stelle aus doch oft genug gesagt, daß wir die Förderstufe in der Volksschule nicht wollen, weil wir sie nicht für richtig halten. Aber ich meine, man kann das nicht nur mit einer solchen Feststellung abtun. Aus diesem Grunde läuft ja jetzt der Versuch einer Förderstufe in der Volksschule der Stadt Ludwigshafen. Es soll mir keiner sagen, ich hätte ja nicht einmal den Versuch gemacht, das auszuprobieren, oder ich hätte von vornherein einfach gesagt, ich wolle es nicht. - Aber die Förderstufe hatten wir nicht nur in Altenkirchen, sondern wir haben Versuche in ein paar Dutzend unserer Schulen, in der Realschule und in dem Gymnasium, eingeführt. Ich halte an dem vertikalen Aufbau unseres Schulwesens für weiterführende Schulen fest. Ich bin nicht der Meinung, daß die Einheitsschule einen Vorteil bringt. Aber auch das - sagen wir einmal - sind nicht Dinge, die jetzt einfach für alle Zeiten feststehen. Darüber mag man sich, wenn andere Verhältnisse da sind - andere soziologische, andere wirtschaftliche -, eines Tages unterhalten. Im Augenblick haben wir aber nach meiner Meinung viel, viel

dringendere Sorgen, als daß wir noch die Unruhe in unsere Schulen hineinbringen, indem wir jetzt auch noch mit Experimenten, die man vermeiden kann, in unsere Schulen gehen.

Herr Kollege Fuchs - wenn Sie es nicht getan haben; Ihr Kollege Dr. Haas tut es sicher -, lassen Sie sich einmal die Zeitungen geben, in denen über unsere Pressekonferenz in Altenkirchen berichtet wird. In Altenkirchen war ja der erste Versuch; er ist jahrelang gelaufen und ist mit einem großen Erfolg abgeschlossen worden. Wir haben jetzt in einigen Dutzend Schulen - ich sagte es schon - diese Förderstufe eingeführt. Das alles ist in der Pressekonferenz dargelegt worden. Ich bitte Sie, das einmal nachzulesen, dann werden Sie auch sicher diesen Vorwurf nicht mehr gegen mich erheben.

Sie haben weiter von dem Schuljahrbeginn gesprochen. Ich darf mich bedanken, daß mir bestätigt wurde, daß ich mich in diesen Dingen richtig verhalten habe. Es war bedauerlich, daß die Kieler Beschlüsse nicht eingehalten wurden. Aber warum wurden sie nicht eingehalten? - weil zwei Kultusminister, die zugestimmt hatten, von Kiel nach Hause kamen, und ihre Landtage haben dann etwas anderes gewollt als die Kultusminister.

Ich meine, ich befinde mich da in einer guten Lage, in dieser Sache doch das Vertrauen meiner Fraktion und - vielleicht auch über die Fraktion hinaus - das Vertrauen des Hohen Hauses zu haben, sicherlich der Mehrheit des Hohen Hauses. Und damit, glaube ich, werden wir auch in Rheinland-Pfalz mit unserem Schuljahrbeginn sehen, wie sich die Dinge im letzten entwickeln. In zwei Tagen wird die Landesregierung das Landesgesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes verabschiedet haben, und dann können wir uns über diese Frage unterhalten. Ich möchte nur sagen, ich bin der Meinung, nachdem alle Länder um uns herum - es sind fünf Länder, die 60 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik umfassen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland - nun eine gemeinsame Lösung abgesprochen haben und finden, können wir nicht gegen den Strom schwimmen. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit dieser Sache konform mit den anderen Ländern sicherlich zu einer Regelung kommen, die alle Eltern befriedigt. Die Schwierigkeiten, die sich in der Schule ergeben, werden wir schon überwinden. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß wir da zu einer guten Regelung kommen.

Herr Kollege Fuchs, nun haben Sie mir noch als Versäumnis vorgeworfen: Wo bleibt die Novelle zum Volksschulgesetz? - Es ist vorhin schon gesagt worden, das Volksschulgesetz kommt mit dem Schulpflichtgesetz, das Volksschulgesetz liegt schon seit Wochen beim Ministerrat. Wir haben aber gewartet, damit die beiden Gesetze gemeinsam verabschiedet werden können.

Sie vermissen - so sagten Sie - die Novelle zum Volksschulgesetz wegen des 5. Schuljahres. Herr Kollege Fuchs, Sie wissen als Ausschußvorsitzender, daß wir alle Planungen bis jetzt so durchgeführt haben, daß wir jede Schule, die als Verbands- und Mittelpunktsschule eingerichtet wird - obwohl in der 1. Novelle steht: 7. und folgende Schuljahre -, im Bau jetzt so vorgesehen haben, daß sie vom 5. Schuljahr an die Oberstufe aufnehmen kann, und daß also diese Maßnahme - wie es im Hamburger Abkommen steht - in einer sauberen Regelung und mit einer sauberen Organisation durchgeführt werden kann. Also auch hier liegt kein Versäumnis vor.

Sie sagten weiter: Warum tut diese Landesregierung nichts? Wir brauchen mehr Realschulen und mehr

(Kultusminister Dr. Orth)

Gymnasien! - Ja, Herr Kollege Fuchs, das haben wir doch alles längst besprochen. Wir haben einen Plan, den Sie im Kulturpolitischen Ausschuß und im Landtag gebilligt haben, einen Plan über den Aufbau unserer Realschulen und unserer Gymnasien. Das alles ist mit ein Bestandteil - wenigstens bei den Gymnasien - des Zehnjahresplans, so daß ich glaube, wir brauchen darüber gar nicht zu reden.

Wenn vorhin gesprochen wurde - das würde mich interessieren; vielleicht wissen Sie darüber mehr als ich, Herr Kollege Fuchs - von dem Bildungsgefälle - auch soziologisch - zwischen manchen Bevölkerungsschichten, möchte ich sagen, ich habe heute morgen gelesen, daß gestern im hessischen Landtag die Feststellung getroffen wurde - ich weiß nicht, ob sie stimmt, aber ich möchte sie heute doch einmal in diesem Zusammenhang vortragen -, daß das Land Hessen im Prozentsatz der Kinder aus Arbeiterfamilien und von der Landbevölkerung, die in weiterführende Schulen gehen, an allerletzter Stelle steht. Dem sollte man - glaube ich - einmal nachgehen.

(Abg. Fuchs: Wer hat denn das festgestellt?)

- Das ist gestern im hessischen Landtag zum Ausdruck gekommen. Ich lasse mir morgen einmal den Bericht geben. Ich hoffe, daß ich ihn schon bekomme.

(Abg. Fuchs: Das hat sicher dort die Opposition festgestellt! - Abg. Dr. Kohl: Das ist wie bei uns!)

- Es kann sein, daß es die Opposition festgestellt hat. Vielleicht hat dort die Opposition einmal das gemacht, was Sie hier gemacht haben, Versäumnisse oder irgend etwas festgestellt, was nicht stimmt. Das kann sein!

(Heiterkeit im Hause. - Beifall der CDU.)

Vizepräsident Piedmont:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Fuchs (SPD)?

Kultusminister Dr. Orth:

Ja!

Abg. Fuchs:

Herr Minister! Wenn der Sachverhalt wirklich so wäre - obwohl uns ein anderes Bundesland nichts angeht -, daß die Arbeiterkinder und die Landkinder benachteiligt sind, stimmen Sie dann mit mir überein, daß das dringend geändert werden muß?

Kultusminister Dr. Orth:

Ja, da bin ich dafür!

Herr Kollege Fuchs, wenn Sie meine Schulpolitik in den neun Jahren, in denen ich dieses Amt führen darf, betrachtet haben, dann haben Sie gesehen, wie wir Gymnasien und jetzt auch Realschulen aufs Land hinaus legen und wie wir doch ein großes Netz von Gymnasien ausgebaut haben, das vor neun Jahren überhaupt noch nicht bestanden hat.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Es sind noch ein paar andere Dingen angesprochen worden, Herr Kollege Fuchs. Ich will sie alle gar nicht

mehr ansprechen. Aber lassen Sie mich noch eines sagen. Sie haben die dringende Frage hier erhoben: Was erfahren denn unsere Schüler in den höheren Schulen vor allem über die ganzen weltpolitischen Ereignisse, über die Ideologie des Ostens, über all die Gefahren, die uns hier bedrängen und die vor uns stehen; was erfahren sie - so sagten Sie zum Beispiel -, was in China geschieht? -

Sehen Sie, vor etwa zwei Stunden hat mir der Vater eines Unterprimaners gesagt: Darf ich Ihnen einmal den Vortrag meines Sohnes bringen, den er in der Unterprima gehalten hat zu dem Thema: „Welches ist der Anteil Sowjetrußlands am Handel und an der Produktion der gesamten Welt, und was halten Sie nicht nur von dieser wirtschaftlichen, sondern auch von der ideologischen Haltung dieses Gebietes?“ Wenn das ein Unterprimaner nach einer sorgfältigen Ausarbeitung vorträgt - Sie können sich vorstellen, was es heißt, zu einem solchen Thema das Material zu untersuchen -, Herr Kollege Fuchs, dann müssen Sie mir sagen: Hut ab vor diesem Lehrer, der das in seiner Schule tut. - Ich wollte das nur sagen, weil Sie die Frage gestellt haben: Was geschieht? -

Ich bin der Meinung, unsere Lehrer in unseren Schulen nehmen die Frage mit diesem Unterricht sehr ernst, und es wird vielleicht viel, viel mehr geleistet, als man in der Öffentlichkeit erfährt. Das ist auch gut so. Die Welt der Schule ist nicht die Welt der Öffentlichkeit, und was dort geschieht und erarbeitet wird, ist nicht etwas, was man auf den Gassen und Märkten der Städte draußen dann publiziert.

(Zuruf von der SPD: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!)

- Was heißt, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer? Ich weiß ja nicht, was in jedem einzelnen Gymnasium für ein Unterricht gehalten wird. Aber ich sage Ihnen, das ist bestimmt kein Einzelfall, sondern da wetteifern die Gymnasien schon untereinander, daß keines hinter dem anderen zurücksteht. Darauf dürfen Sie sich verlassen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen, und zwar Ihnen, Herr Kollege Dr. Skopp, weil ich glaube, auch diese Frage sollte heute noch vom Kultusminister beantwortet werden. Es ist gestern gesagt worden, daß durch die Negativliste an unserer Universität große Schwierigkeiten auftreten und daß manches vielleicht unterbleiben müsse. - Das ist nicht richtig. Ich darf Ihnen sagen, wir haben zunächst einmal einen Antrag für das kommende Jahr für Bauten an der Universität in Höhe von 46 Millionen DM gehabt. Wir haben mit Bindungsermächtigungen zusammen rund etwas über 20 Millionen DM vom Wissenschaftsrat, und zwar bei den Kliniken 30 Prozent, bei den Universitätsbauten 50 Prozent. Wir sind also mit etwa 20 Millionen DM in der Liste. Es sind allerdings eine Anzahl von Anlagen, die nicht berücksichtigt werden konnten; das heißt aber nicht, daß sie nicht erstellt werden, sondern diese Liste, die hier aufgestellt wurde beim Wissenschaftsrat, soll bezwecken, daß die Regierung und der Bundestag einmal sehen, wie notwendig es ist, ihren Anteil - den der Wissenschaftsrat mit 530 Millionen DM erwartet hat, der aber im Bundeshaushalt mit 350 Millionen DM angesetzt ist - zu erhöhen und Ihnen vor Augen zu führen, welche Projekte entweder nur langsam oder gar nicht weitergeführt werden können, wenn nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt also keinen Grund, hier Alarmstimmung zu machen. Sie haben sicherlich heute alle in der Frank-

(Kultusminister Dr. Orth)

furter Allgemeinen Zeitung die Ausführungen über diese Negativliste gelesen. Ich muß sagen, ich bin mit vielem nicht einverstanden. Ich bin auch der Meinung, daß Studenten wegen einer solchen Sache nicht demonstrieren und nicht streiken sollten, sondern in den Landtagen und im Bundestag sollten sich die Abgeordneten zusammensetzen und überlegen, wie man das notwendige Geld zur Verfügung stellen kann. Aber hinter allem muß ein Kultusminister doch sehen und anerkennen, er kann für seine Schulen, auch wenn ihm das Herz daran hängt, nicht mehr Geld ausgeben, als vorher eine Wirtschaft in ihrer Prosperität verdient hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Haas (SPD).

Abg. Dr. Haas:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft ist ein Gewerbe, das man mit Aussicht auf Erfolg nur bei Tageslicht betreiben kann. Wenn diese praktischen Erfahrungen auch für die Erörterungen agrarpolitischer Probleme am heutigen Tage gelten, dann sehe ich diesen Erörterungen mit einigen Bedenken entgegen. Aber die Anordnung des Herrn Präsidenten ist sowohl für uns als Abgeordnete als auch für den Herrn Minister maßgebend.

Meine Damen und Herren! In diesen Tagen und Wochen finden überall in der Bundesrepublik Haushaltsberatungen statt, sowohl Beratungen des Bundeshaushalts als auch der Länderhaushalte. Diese Beratungen stehen unter der Überschrift und der Forderung des Sparens, der Kürzungen, der Streichung von Haushaltsansätzen. Wenn man diese Fragen mit politisch orientierten, aber nicht politisch engagierten Bürgern bespricht, dann stößt man sehr häufig auf die Meinung, nichts sei einfacher, als bei den Haushaltsplänen der einzelnen Länder diese Kürzungen vorzunehmen. Es werden einem dann immer wieder die Subventionen und vor allen Dingen die landwirtschaftlichen Subventionen entgegengehalten.

Der Minister dieses Landes hat es ja trotz der Devise des Sparens fertiggebracht, in diesen Haushalt sogar neue Positionen mit neuen Subventionen einzubauen. Ich halte es deshalb für richtig, zu der Frage der Subventionen hier einmal grundsätzlich Stellung zu nehmen. Ich muß dabei sagen, daß mir schon das Wort allein nicht gefällt; denn soweit solche Subventionen für den landwirtschaftlichen Bereich zur Verfügung gestellt werden, handelt es sich um nichts mehr und nichts weniger als um das, was wir jahrzehntlang als Förderung der Landwirtschaft bezeichnet haben. Das Wort „Subvention“ hat aber einen recht unangenehmen Klang bekommen. Ihm wird allzu leicht unangenehmen Klänge unterstellt, daß solche Unterstützungen unverdienter- und unberechtigtmaßen gegeben werden.

(Abg. Dr. Kohl: Am meisten schreien die, Herr Kollege Haas, die die höchsten Subventionen bekommen!)

- (Und wen meinen Sie damit?)

(Abg. Dr. Kohl: Überlegen Sie mal messerscharf!)

- Herr Dr. Kohl, dann können wir uns auch darüber verständigen.

(Abg. Dr. Kohl: Siehe Milchpfennig!)

- Wollen Sie ihn abschaffen?

(Abg. Dr. Kohl: Nein, ich habe gesagt, am meisten schreien die, die die höchste Subventionen bekommen. Ich will ihn nicht abschaffen, es sei denn, wir schaffen ihn in allen Ländern ab!)

- Einverstanden! - Meine Damen und Herren! Nun sind die Subventionen für die Landwirtschaft - ich darf der Einfachheit halber das Wort gebrauchen - ja keine Neuerscheinung in der Bundesrepublik. Der Haushaltsplan des alten Deutschen Reiches aus dem Jahre 1901 wies zum erstenmal einen Etatansatz zur Unterstützung der Landwirtschaft auf. Es handelte sich dabei um einen Betrag von 55 000 Mark, der ausgewiesen war: zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Im Jahre 1931, also 30 Jahre später, war dieser Betrag auf 3 Millionen angewachsen. Und wiederum 30 Jahre später - in unserer Zeit - bewegt sich der Agrar-etat des Bundes auf die Größenordnung von 5 Milliarden DM zu. Ich glaube, es sind in diesem Jahre 4,75 Milliarden DM. Wer diese drei Zahlen nebeneinander stellt, dem drängt sich die Frage auf: Wie wird das in abermals 30 Jahren aussehen? Werden diese Subventionen für die Landwirtschaft weiter wachsen oder wird unsere Agrarpolitik dahin führen, daß im Ablaufe weniger Jahrzehnte die deutsche Landwirtschaft auf diese Form der Unterstützung verzichten kann?

Noch etwas anderes, meine Damen und Herren, muß man in diesem Zusammenhang sagen. Subventionen für die Landwirtschaft sind keine Erscheinung, die auf die Bundesrepublik Deutschland und auf die europäischen Staaten beschränkt wäre. Sie gibt es in steigendem Umfange in allen modernen Industriestaaten. Die amerikanische Landwirtschaft als die Landwirtschaft des höchstindustrialisierten Staates erhält zur Zeit auch die höchsten Subventionen mit einem Pro-Kopf-Betrag von 4 000 DM pro Arbeitskraft. Diese Unterstützung der Landwirtschaft durch die öffentliche Hand scheint eine unvermeidbare Begleiterscheinung der modernen Industrielandschaft zu sein. Je stürmischer sich die industrielle Entwicklung vollzieht, desto größer wird der wirtschaftliche Abstand der Landwirtschaft und desto höher werden die Subventionen. Wer aber diese in allen modernen Industriestaaten gezahlten Subventionen als eine Rückständigkeitsprämie bezeichnet - diese Bezeichnung hört man in der öffentlichen Diskussion sehr oft - und damit sagen will, daß diese Subventionen nur deshalb notwendig sind, weil die deutsche Landwirtschaft sich nicht modernisiert habe, der beweist mit einer solchen Feststellung nur die Tatsache, daß ihm die grundlegenden Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktions- und Entwicklungsmöglichkeiten unbekannt geblieben sind.

Die moderne Industriegesellschaft ist unter anderem durch die Tatsache gekennzeichnet, daß sie einen Massenkonsum, aber auch eine Massenproduktion von Gütern des täglichen Verbrauchs aufweist. Vieles, was im Jahre 1900 noch als Luxus galt, ist heute eine Selbstverständlichkeit des Alltags geworden. Auf beiden Ebenen, sowohl auf dem Gebiet des Konsums, als auch auf dem Gebiet der Produktion, vermag die Landwirtschaft nicht gleichzuziehen. Der Verbrauch von Lebensmitteln hat seine gewissen Grenzen. Niemand kann

(Dr. Haas)

mehr tun als sich satt essen. Ich darf in diesem Zusammenhang an eine Debatte im Deutschen Bundestag erinnern, die vor Jahren stattfand, als der derzeitige Bundespräsident noch Landwirtschaftsminister war. Dort wies er auch auf diese Tatsache hin. In seiner biederen Art sagte er dann: Ja, meine Herren, satt ist satt, und wenn man satt ist, dann kann man nichts mehr essen und nichts mehr trinken, da geht nichts mehr rein. Daraufhin erhielt er eine Reihe von Zurufen von bayerischen Abgeordneten, die meinten: Herr Landwirtschaftsminister, Sie waren sicher niemals auf dem Münchner Oktoberfest, sonst könnten Sie eine solche Behauptung nicht aufstellen. Die Konsumgewohnheiten und -möglichkeiten der deutschen Bevölkerung sind aber nicht am Münchner Oktoberfest zu messen.

Nun hört man sehr häufig, wenn man Absatzfragen der Landwirtschaft anschnidet, den Hinweis auf die Tatsache, daß es doch widersinnig sei, wenn man in einigen Gebieten der Welt sich Sorge um den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse mache und auf der anderen Seite große Bevölkerungsteile in der Welt vorhanden seien, die vor Hunger sterben müßten. Es liegt ja nichts näher als der humanitäre Gedanke, hier einen Ausgleich herbeizuführen. Der Bauer, der Erzeuger dieser Ernährungsgüter, kann ihn nicht herbeiführen. Er muß seine Ware verkaufen können, es müßte irgend jemand da sein, der ihm für seine Erzeugnisse bares Geld gibt.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite kann die deutsche Landwirtschaft auch nicht in der willkürlichen Steigerung der Produktion irgendeinen Vergleich mit der modernen Industriegesellschaft aushalten. Wo der Versuch unternommen wird, Vorstellungen von gewerblichen und industriellen Produktionsmethoden auf die Landwirtschaft zu übertragen, ist mit diesem Versuch die Gefahr verbunden, daß die Gesundheit von Boden und Pflanzen, von Tieren und Menschen, Schaden leidet. In der Landwirtschaft handelt es sich um ein organisches Wachsen, dessen Gesetzmäßigkeit nicht vom Menschen bestimmt und nicht durch Menschen geändert werden kann. Solange diese Tatsachen bestehen, wird man auch der Landwirtschaft nicht gerecht, wenn man sie mit den Vorstellungen und Begriffen der modernen Industriegesellschaft zu beurteilen versucht. Es wird heute sehr oft die Forderung erhoben, der moderne Bauer müsse Kaufmann und Unternehmer sein. Daran ist viel Richtiges. Er muß Kaufmann und Unternehmer sein hinsichtlich der Verwertung seiner Erzeugnisse und hinsichtlich der Folgerungen, die er aus der Verwertungsmöglichkeit seiner Erzeugnisse für deren Anbau zieht. Im eigentlichen und engsten Bereich seiner Produktion hört aber die unternehmerische Tätigkeit mehr oder weniger auf. Dort sind ihr gewisse Grenzen gesetzt. Dabei ist die derzeitige Situation unserer Landwirtschaft nicht, wie häufig gesagt wird, eine Folge der EWG, sondern eine Folge der davoneilenden industriellen Entwicklung. Und die EWG, wenn sie mehr ist und sein soll - ich glaube, darin sind wir einig - als eine Absatzorganisation für die Überschüsse der französischen Landwirtschaft, dann ist sie das einzige Instrument zur Überwindung dieser Disparität, dieses wirtschaftlichen Nachhinkens der Landwirtschaft.

Aber sehen wir uns einmal die EWG an, welche Wege sie beschreitet, um den Ein- und Angliederungsprozeß der Landwirtschaft zu vollziehen. Auch sie beschreitet den Weg der Subvention. Dabei, Herr Landwirtschaftsminister, ergibt sich folgende Frage: Die EWG leistet ja nicht nur Subventionen zur Verbesserung der Marktstruktur, sondern auch zur Verbesserung der Agrar-

struktur, allerdings, wie ich dieser Tage gelesen habe, nur für Gemeinschaftsprogramme, und zwar unter der Voraussetzung, daß der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung noch mindestens 30 Prozent beträgt und daß das Einkommen nur ein Drittel des Durchschnittseinkommens der gesamten Bevölkerung ausmacht. Wenn das der Fall ist, dann weiß ich nicht, welche Gebiete in Rheinland-Pfalz oder sonst in der Bundesrepublik überhaupt in den Genuß solcher Förderungsmaßnahmen kommen könnten. Da nun auch die EWG den Weg der Subventionen beschreitet und hoffentlich auch in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz zum erstenmal bestimmte Einrichtungen in den Genuß solcher Förderungsmaßnahmen kommen, ist die deutsche Agrarpolitik dreispännig geworden. Es ist die Frage, welche Rolle die Länder dabei überhaupt noch spielen. Dürfen sie mit die Zügel halten, dürfen sie ab und zu einmal die Peitsche in die Hand nehmen, sind sie Bremser oder ist ihnen nur die Rolle des Mitfahrers und unter Umständen des blinden Passagiers zugeordnet?

Wer nach den eben gemachten Ausführungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und auch dem speziellen Gebiet der Anpassung unserer Landwirtschaft an die moderne Industriegesellschaft schnelle Reformen erzwingen zu können glaubt, der irrt sich. Hier kann es nur darum gehen, durch Stetigkeit und Zähigkeit ein bestimmtes Ziel zu verfolgen und anzustreben. Es ergibt sich die Frage, ob die deutsche Agrarpolitik der vergangenen Jahre eine solche Stetigkeit und Nachhaltigkeit unter Beweis gestellt hat. Lassen Sie mich dafür einige Tatsachen anführen. Wir erfuhren vor einigen Wochen, daß der Bundeslandwirtschaftsminister durch einen Erlaß vom 7. Januar dieses Jahres die Förderung der Aussiedlung, der Althofsanierung und einige andere Maßnahmen zur Strukturverbesserung sozusagen aus seinem Programm gestrichen hat, weil Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen. Das ist für uns alle, die wir draußen mit den Bauern Kontakt haben, eine sehr bedrückende Entwicklung und Erscheinung. Denn in einem Zeitpunkt, in dem man die Aufklärung soweit vorgetrieben hatte, daß der einzelne Bauer sich Gedanken um diese Dinge und ihre Konsequenzen für seinen eigenen Hof machte, in dem Augenblick wird hier sozusagen ein Schlußstrich gezogen, ganz abgesehen davon, daß eine Reihe von Betrieben bereits Maßnahmen eingeleitet haben, die einen finanziellen Aufwand nach sich ziehen, der über die eigene Leistungsfähigkeit hinausgeht.

Herr Minister, ich darf Sie von dieser Stelle aus bitten, Ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Laufe des Jahres nach Möglichkeit diese Art der Förderung unserer Landwirtschaft wieder aufgenommen wird. Aber in der gleichen Zeit, in der von Bonn aus Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung gestrichen oder nicht mehr dotiert werden, verkündet der Herr Landwirtschaftsminister ein Kleinbauernprogramm, ohne zu sagen, welche Maßnahmen er vorgesehen hat, auf welchen Kreis sich dieses Programm erstrecken soll und welche Mittel dafür benötigt werden. Ich meine, wenn man Agrarpolitik betreibt, dann soll man bestimmte Ziele über einen längeren Zeitraum konsequent verfolgen, dann kann man nicht in einem gegebenen Augenblick von der einen Maßnahme abspringen und zu einer anderen übergehen.

Etwas gleiches müssen wir leider feststellen zur Frage der Schulumilchspeisung. Eine Reihe von europäischen Ländern, England, Dänemark und Holland, liefern den Schulkindern seit Jahrzehnten die tägliche Schulumilch kostenlos. Wir sind dazu übergegangen, diese Schul-

(Dr. Haas)

milch um 0,05 DM zu verbilligen, eine Maßnahme zur Förderung des Trinkmilchabsatzes, die man in diesem Jahr ebenfalls aufgegeben hat. Ich weiß nicht, ob das unbedingt notwendig war bei einer Gesamtbelastung des Bundeshaushalts von 8,6 Millionen DM. Denn auch eine solche Maßnahme kann man ja nicht heute für erforderlich und morgen für nicht mehr notwendig erklären. Wenn es aber gar keinen anderen Weg gab, als diese Mittel einzusparen - wir haben sie im eigenen Haushaltsplan auch eingespart -, dann hätte man zumindest die Eltern über diese Notwendigkeit aufklären können. Man hätte ihnen in einem persönlichen Anschreiben mitteilen können, warum man diesen Weg gehen muß, man hätte sie bitten können, doch nun von sich aus diese 0,05 DM zuzulegen, damit nicht der Erfolg, der bis jetzt durch die staatliche Unterstützung vorhanden war, wieder in Frage gestellt würde.

Eine solche Art der Agrarpolitik, des Ausweichens und des Änderns von Richtlinien usw., führt zu einer Situation der Unsicherheit und der Sorge. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn wir den vorliegenden Einzelplan 07 daraufhin untersuchen und überprüfen, ob er die Nachhaltigkeit und Stetigkeit der Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft garantiert, ergeben sich eine Reihe von Zweifelsfragen. Dieser Plan ist gekennzeichnet durch die Einsparung von 15,6 Millionen DM gegenüber dem Haushaltsplan 1965. Er wird daher als ein Haushalt des Sparens bezeichnet. Richtiger wäre vielleicht, von einem Haushalt des Verzichts zu reden, nämlich des Verzichts auf die Erfüllung dringend notwendiger und allgemein anerkannter agrarpolitischer Maßnahmen. Die erfolgten Einsparungen dürfen ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß der gesamte Aufgabenkatalog bestehen bleibt, nur das Tempo seiner Erfüllung wird sich wesentlich verringern.

Es bleibt weiterhin festzustellen, ob dieser Haushaltsplan 1966 den sachlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt, die wir im vergangenen Jahr in diesem Hause erörtert haben. In einer ganzen Reihe von Anträgen der einzelnen Fraktionen zu den verschiedensten agrarpolitischen Problemen - ich will sie im einzelnen gar nicht aufzählen, sie behandelten die Eingliederung unserer Landwirtschaft in die EWG, die Frage der Wasserversorgung, der Althofsanierung usw. - hatten wir ein entsprechendes Aufgabenpaket herausgestellt, von dem wir erwarteten und erhofften, daß seine Verwirklichung im Haushaltsplan dieses Jahres auch einen finanziellen Niederschlag oder eine finanzielle Grundlage finden könnte. Wenn wir heute feststellen, daß von diesen agrarpolitischen Überlegungen in diesem Haushaltsplan nichts enthalten ist, dann dürfen wir wohl sagen, daß die agrarpolitische Ernte in diesem Jahre recht gering war. Das im vergangenen Jahr geforderte und von diesem Hohen Hause einmütig beschlossene EWG-Anpassungsprogramm liegt zur Stunde noch nicht vor. Es bleibt also, auch für die Maßnahmen dieses Jahres, bei einem beziehungslosen Nebeneinander von Einzelmaßnahmen. Diese Situation wurde ja besonders deutlich, als der Herr Minister für diesen Haushaltsplan zwei neue Positionen forderte, veranlaßt durch EWG-Maßnahmen, obwohl für die gleichen Zwecke und Ziele bereits in dem bisherigen Haushaltsplan bestimmte Etatansätze vorhanden sind. Es ergibt sich die Frage - ich glaube, niemand von uns wird sich der Notwendigkeit der erhöhten Mittelbereitstellung für bestimmte Zwecke verschließen -, ob man dafür neue Titel schaffen mußte, ob das nicht zu einer Verwirrung beiträgt, oder ob eine Verstärkung bisheriger Titel nicht klarer und eindeutiger gewesen wäre.

In diesem Zusammenhang eine ganz andere Frage, nämlich die der Verwendungsrichtlinien für agrarpoli-

tische Förderungsmittel. Ich darf das in aller Kürze sagen. Wir stoßen draußen auf dem Land bei Besprechungen von Aussiedlungsvorhaben oder anderen Sanierungsmaßnahmen immer wieder auf gewisse Schwierigkeiten, da der eine oder andere Partner sich nicht an die Ausgangsposition gebunden fühlt. Nun, zwischen Planung und Besprechung liegt ja meistens ein längerer Zeitraum mit einer gewissen Preisentwicklung. Aber ich glaube doch, daß man hier hinsichtlich der Bindung dieser Mittel einen etwas strengeren Maßstab anlegen müßte, als es von seiten des Landwirtschaftsministeriums in den vergangenen Jahren der Fall war. Ich denke dabei an die vorpflichtende Tatsache, nun auch festzustellen, daß mit diesen Mitteln ein bestimmter agrarpolitischer Erfolg erreicht worden ist. Wenn ich also, um das an Hand eines Beispiels zu sagen, für eine bestimmte Maßnahme, sagen wir zur Sanierung von Altgehöften, einen Betrag von 100 000 DM aufgewandt habe, dann muß ich damit eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten, eine Einsparung an Arbeitskräften, eine Verbesserung der Innenwirtschaft usw. erreichen, die sich am Ende des Jahres auch in Mark und Pfennig ausdrücken läßt. Ich glaube, von dieser Erfolgskontrolle sind wir in der Landwirtschaft noch recht weit entfernt. Dabei scheinen die Belastungen, die auf unsere Bauern zukommen, bei Aussiedlungsvorhaben bereits eine obere Grenze erreicht zu haben. Wir haben heute bereits Vorhaben, bei denen nach Durchführung eine Belastung von 180 DM pro Hektar auf den Aussiedler zukommt.

(Abg. Meyer: 320 DM haben wir schon pro Hektar gezahlt!)

- Sie sehen - ich wollte an der unteren Grenze bleiben -, daß die Zahl überboten wird. Ich weiß nicht, wie ein solcher Bauer mit einer derartigen Belastung überhaupt noch bestehen kann.

Noch ein paar Einzelfragen zu dem vorliegenden Etat. Ich brauche zur Flurbereinigung nur folgendes zu sagen: Unsere Hoffnung der vergangenen Jahre, die gerade im Jahre 1965 verstärkt wurde, hat sich nicht erfüllt. Wir werden auch in diesem Jahr nicht über eine Flächenleistung von 30 000 Hektar hinauskommen. Das Landwirtschaftsministerium selbst hat uns in einem Vorentwurf zu dem geforderten und beschlossenen EWG-Anpassungsgesetz dargelegt, daß die Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz mindestens noch zwanzig Jahre dauern wird.

Das ist eine recht bittere Erkenntnis, aber wir vermögen das ja nicht zu ändern.

Ich hätte nur in diesem Zusammenhang folgende Bitte: Wenn man noch mit 20 Jahren rechnen muß, dann erscheint es notwendig, wirklich einmal Dringlichkeitsstufen aufzustellen, das heißt, mit der Flurbereinigung in den kommenden Jahren in die Gebiete hineinzugehen, wo sie am notwendigsten ist. Das sind nach meiner Auffassung die klassischen Realteilungsgebiete und vor allen Dingen unsere Höhengebiete.

Meine Damen und Herren! Der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse war früher einmal die einfachste Sache der Welt; denn der größte Teil dieser Erzeugnisse wurde vom Erzeuger direkt an den Verbraucher abgegeben. Das war die Zeit, in der in der Stadt jeder Städter seinen Bauern hatte, und in der jeder Bauer seine Städter hatte, die er mit den notwendigsten Lebensmitteln belieferte. Dieser Direktverkehr, der keine Debatte über die Differenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis aufkommen ließ, gehört der

(Dr. Haas)

Vergangenheit an; ich will nicht untersuchen, aus welchen Gründen. Wir sind heute darauf angewiesen, dem Markt große Mengen einheitlicher und qualitätsmäßig gleicher Waren zur Verfügung zu stellen. Darin liegt die Schwierigkeit, die verhältnismäßig geringe Erzeugungsleistung von Tausenden von Betrieben zu solchen Angeboten zu verbinden.

Nun ist Rheinland-Pfalz ein Land, das auf dem Ernährungssektor einen Zuschußbedarf hat. Das ist eine Chance und eine Gefahr zugleich; eine Gefahr unter dem Umstand, daß sich in Nachbarländern solche Marktorganisationen früher als in unserem eigenen Land, und nun diese fest organisierten Organisationen auf unseren Markt drängen und diesen Markt erobern. Anzeichen einer solchen Bewegung sind heute bereits vorhanden.

Eine zweite Gefahr liegt in der Tatsache, daß wir innerhalb des Landes auch eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugungsgebiete haben, die seit Jahrzehnten ihre Absatzgebiete außerhalb des Landes liegen haben; die großen Verbraucherzentren des Rhein-Ruhr-Gebiets und des Rhein-Main-Gebiets liegen ja außerhalb des Landes. Auch diese landwirtschaftlichen Erzeuger dürfen bei der Behandlung von Marktfragen in der Zukunft nicht übersehen werden. Wenn man die Absatzverhältnisse der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft sichern will, muß man auch an jene denken, die diesen Absatz bisher außerhalb des Landes gefunden haben und auch in Zukunft suchen müssen.

Eine letzte Frage, meine Damen und Herren, darf ich in aller Kürze nur noch erwähnen, nämlich die Frage der Wasserwirtschaft. Sie werden sich erinnern, daß die Fraktion der SPD in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Anträgen zum Teil mit Erfolg versucht hat, diese Beträge zu erhöhen. Die Ansätze des vergangenen Jahres bleiben erhalten.

Dagegen haben die Ansätze für die Abwässerbeseitigung der Einsparungsnotwendigkeit und dem Einsparungswillen nicht standgehalten. Es ist bereits gesagt worden, daß diese Beträge um sieben Millionen DM gekürzt wurden. Daraus ergibt sich in der Frage der Abwässerbeseitigung für unsere Gemeinden eine neue Situation. Wir können auf der einen Seite die Auflagen des Landeswassergesetzes in der vorgeschriebenen Zeit nicht erfüllen. Zum anderen aber werden wir bei der Begrenzung der Mittel mehr als bisher Wert darauf legen müssen, daß Schwerpunkte gebildet werden, das heißt, daß diese Mittel wirklich an den Stellen verbaut werden, wo sie auch im Augenblick unbedingt notwendig sind. Ich meine damit folgendes: Wenn in der Vergangenheit bei einer Gemeinde zwischen 500 und 1 000 Einwohnern ein Stück klassifizierter Straße ausgebaut wurde, stand die Gemeinde vor der Aufgabe, die Kanalleitung zu verlegen. Sie mußte einen Gesamtplan aufstellen, der ungefähr 50 000 DM kostete, und zwar für eine Baumaßnahme, die unter Umständen diesen Betrag noch nicht einmal erforderte. Dieser Kanalplan wies am Ende eine Kostenbelastung zwischen einer Million DM und fünf Millionen DM auf; es gibt eine Reihe solcher Beispiele. Ich meine, hier wäre die Architektenplanung bis zum letzten Schieber, bis zum letzten Kanalrohr weggeworfenes Geld. Ich stehe nicht an zu erklären, daß man alles das verhindern muß, was einer künftigen Entwicklung hemmend im Wege steht, aber rein theoretisch solche Unkosten in einem Umfange den Gemeinden zu einer Zeit aufzulasten, da an die Durchführung dieser Kanalpläne überhaupt nicht zu denken ist, halte ich nicht für vertretbar. Vielleicht, meine Damen und Herren, bringt uns

der Zwang zur Sparsamkeit auch auf diesem Gebiet zu neuen Überlegungen.

Lassen Sie mich damit die recht kurze Stellungnahme zu dem vorliegenden Haushaltsplan abschließen.

(Abg. Schwarz: Recht kurze?)

Ich habe dabei mehr von nichterfüllten als von erfüllten Aufgaben gesprochen; das liegt sicher im Sinne und im Wesen einer solchen Haushaltsbetrachtung. Aber, meine Damen und Herren, noch einmal: Wenn auch dieser Haushaltsplan ein Haushaltsplan des Sparens ist, so soll man doch nicht aus der Not eine Tugend machen. Sparen ist ja eine wohlgefällige Eigenschaft für alle diejenigen, die es selbst nicht zu tun brauchen. Wir sollten an der Tatsache und der Erkenntnis festhalten, daß diese Einsparungen auch in dem vorliegenden Einzelplan 07 nur dadurch zustandekommen, daß man Aufgaben von gestern und vorgestern auf morgen und übermorgen verschiebt und daß alle die Aufgaben, die wir zur Stunde nicht lösen können, in den kommenden Jahren auf uns zukommen. Diese Tatsache sollte man nicht übersehen und nicht nur vom Haushalt des Sparens, sondern auch vom Haushalt des Verzichts oder des Verzichtensmüssens sprechen.

(Beifall der SPD.)

Unter dieser Voraussetzung, meine Damen und Herren, stimmt die Fraktion der SPD dem vorliegenden Einzelplan 07 zu.

(Beifall der SPD.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer (CDU).

Abg. Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß im Verlaufe des heutigen Tages in der Debatte über die Bildungs- und Schulpolitik schon ein Teil der EWG-Anpassung behandelt wurde, und zwar der Teil - darüber waren sich die Sprecher aller Fraktionen wohl einig -, der die Verbesserungen der Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande beinhaltet. Auch das ist mit einer Voraussetzung für die EWG-Anpassung der Landwirtschaft.

Die Problemstellung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft hat sich gegenüber der letzten Besprechung in diesem Hohen Hause nur unwesentlich geändert. Nach wie vor bestehen die beiden Schwerpunkte „Verbesserung der Agrarstruktur“ und „Verbesserung der Marktstruktur“.

Ich will mich in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit nur kurz mit diesen Problemen auseinandersetzen. Wir können grundsätzlich feststellen, daß die Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit zwei Maßnahmen bewiesen hat, daß sie in der Agrarpolitik eine klare Konzeption hat. Zum einen hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland ein Programm der Richtgrößen aufgestellt. Dieses Programm ist inzwischen in vielen Bundesländern nachgeahmt worden. Weiterhin ist die agrarstrukturelle Rahmenplanung zu nennen, die eine Bestandsaufnahme im großen Rahmen darstellt und einen großen Aussagewert besitzt.

(Meyer)

Ich glaube, das Hohe Haus wird Gelegenheit haben, in Zukunft bei vielen Anlässen den Wert einer solchen Rahmenplanung zu ermessen.

Daß die Flurbereinigung nach wie vor die wichtigste Maßnahme bei der Verbesserung der Agrarstruktur ist, brauche ich nicht besonders zu erwähnen. Es ist auch in dem vorgelegten Haushaltsplan keine Kürzung der Mittel vorgesehen. Selbstverständlich hätten wir alle gerne eine Erhöhung gerade bei diesem Titel gesehen. Im Zuge der Sparmaßnahmen war das leider nicht möglich. Die Flurbereinigung wird in dem seitherigen Rahmen fortgeführt werden.

Zur Aufstockung eine kurze Anmerkung. In den letzten Jahren stellen wir fest, daß die Aufstockung in vielen Fällen an den hohen Bodenpreisen scheitert. Die Investitionen, die in den Wirtschaftsgebäuden gemacht werden müssen, erlauben in sehr vielen Fällen einfach nicht, daß noch Landkäufe getätigt werden. Es bleibt deshalb hier nur der eine Weg, die Aufstockung stärker voranzutreiben über Pachtland; selbstverständlich über langfristige Pachtverträge. Unter langfristigen Pachtverträgen verstehe ich Pachtverträge, die mindestens eine Laufzeit von zwölf Jahren haben. Ich bin dabei der Meinung, selbst wenn nicht unbedingt ein Vorkaufsrecht eingetragen wird, doch in sehr vielen Fällen während der Laufzeit eines solchen Pachtvertrages ein Erbfall eintritt oder das Land irgendwie zum Verkauf kommt und der seitherige Pächter zumindest einen Vorrang hat, dieses Land zu erwerben und zur Aufstockung zu verwenden.

Bei der Aussiedlung machen uns selbstverständlich die gestiegenen Kosten Schwierigkeiten. Es bleibt abzuwarten, in welchem Rahmen durch den Bau mit vorgefertigten Bauteilen vielleicht eine Verbilligung erreicht werden kann. Eines muß hier doch einmal ganz klar gesagt sein: Wir werden in Zukunft bei der Dorf-sanierung, bei der Althofsanierung, in vielen Fällen um die Aussiedlung nicht herumkommen. - Aber ich glaube, hier sagen zu müssen, wir sollten uns überlegen, in welchen Fällen nicht doch auf eine Althofsanierung zurückgegriffen werden kann angesichts der hohen Kosten für eine Aussiedlung. Ich warne allerdings davor, diese Überlegungen dürfen nicht zu Fehl-investitionen führen, denn in vielen unserer beengten Gemeinden wird es einfach nicht möglich sein, den Betrieb an der alten Hofstätte auszubauen.

Herr Dr. Haas, Sie haben das Kleinbauernprogramm angesprochen, von dem Herr Minister Höcherl gesprochen hat. Ich weiß nicht, welche Vorstellungen er im einzelnen hat. Ich darf aber hier für die CDU-Fraktion erklären, daß wir ein Ja sagen zum Nebenerwerbsbetrieb

(Beifall der CDU.)

auch für die Zukunft. Das entspricht einmal unserer Eigentumpolitik, und zum anderen glaube ich, daß bei der heutigen Arbeitszeitregelung mancher Inhaber eines Nebenerwerbsbetriebes auch vor der Frage steht, ob er Überstunden machen oder Schwarzarbeit leisten soll, oder ob er nicht seinen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb für die Zukunft beibehält.

Vizepräsident Piedmont:

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Haas (SPD)?

Abg. Meyer:

Ja!

Abg. Dr. Haas:

Herr Kollege Meyer! Wer verneint denn den Nebenerwerbsbetrieb?

Abg. Meyer:

Ich weiß es nicht; Sie haben dazu nichts gesagt. Ich habe nur für die CDU-Fraktion festgestellt, daß wir ihn bejahen!

(Abg. Dr. Haas: Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit!)

- Das freut mich, daß es für Sie eine Selbstverständlichkeit ist!

(Abg. Dr. Haas: Sie machen eine Tugend für die CDU daraus; ich habe noch niemand gehört, der ihn verneint!)

- Habe ich das behauptet?

(Abg. Dr. Haas: Ich wollte es klären!)

- Nachdem diese Frage, Herr Kollege Dr. Haas, sehr stark in der öffentlichen und in der agrarpolitischen Diskussion steht, hielt ich es für richtig, hier an dieser Stelle ein Wort dazu zu sagen. Ich bin heute Sprecher der CDU-Fraktion, und Sie müssen sich das dann gefallen lassen, was ich hier sage!

(Beifall der CDU.)

Der zweite Schwerpunkt unserer Anpassung liegt auf dem Gebiet der Veredlungswirtschaft. Der Großteil unserer landwirtschaftlichen Betriebe hat Höhengebietscharakter und ist auf die Veredlungsproduktion angewiesen, vor allen Dingen unsere Grünlandbetriebe. Hier spielt die Milchwirtschaft eine sehr große Rolle. Deshalb gestatten Sie mir, daß ich hier ein Problem herausgreife, das heute ebenfalls sehr stark in der öffentlichen Diskussion steht und bei der Beratung der Haushaltspläne in Bund und Land, vor allen Dingen auch durch die Behandlung, die es in der Presse erfahren hat, zum Teil zu Mißverständnissen geführt hat: Es ist die Frage der Milchförderungsprämien, der sogenannten Milchsubventionen. - Sie wurden einmal eingeführt in der Zeit der Tbc-Sanierung der Rinderbestände und waren damals gekoppelt an eine Qualitätsverbesserung der angelieferten Milch. Heute sind diese Milchförderungsprämien, die mit 4 Pfennigen vom Bund und mit 2 Pfennigen von den Ländern - mit Ausnahme der Stadtstaaten - gezahlt werden, Bestandteil des Milchpreises.

Die deutsche Landwirtschaft hat im letzten Jahr aus dem Verkauf von Milch und Milchprodukten pro Liter Milch 32 bis 33 Pfennige erlöst. Der Richtpreis der EWG-Kommission für 1965/1966 beträgt aber bei einem Fettgehalt von 3,7 Prozent für die Bundesrepublik Deutschland 38 Pfennige, so daß die Milchsubvention inzwischen Bestandteil des Milchpreises geworden ist. Käme diese Milchsubvention in Wegfall, so kann sie nur ersetzt werden über eine Erhöhung der Verbraucherpreise.

(Sehr richtig bei der CDU.)

In diesem Zusammenhang sei einmal darauf hingewiesen, daß die Richtpreise der EWG-Kommission in Italien 41, in Luxemburg 39, in Belgien 39,4, in Holland

(Meyer)

35 und in Frankreich 34 Pfennige betragen. Damit soll vor allen Dingen gegen das Argument angegangen werden, daß der Milchpreis in Deutschland der höchste sei. Die Bundesrepublik liegt nämlich nach dieser Aufstellung hinsichtlich des Richtpreises in der Mitte.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas sagen. Herr Kollege Dr. Haas hat vorhin auch schon zu dem Problem der Subventionen Stellung genommen. Wenn im Rahmen der EWG von einer Beseitigung der Wettbewerbsverfälschungen gesprochen wird, wenn für die deutsche Landwirtschaft gleiche Voraussetzungen gelten sollen, das muß auch gesagt werden, dann muß das für alle gelten, dann müssen auch die übrigen Länder auf ihre Milchsubventionen verzichten, und die sind ebenfalls recht beträchtlich. Luxemburg zahlt 6, Holland 4,5 Pfennige. Italien ist das einzige Land, das keine Milchsubventionen zahlt, aber dort beträgt auch der Trinkmilchpreis 71 Pfennige.

Ein kurzes Beispiel, wie man mit Exportsubventionen seitens unserer EWG-Partner arbeitet: Im Jahre 1964 haben die deutschen Molkereien die Lieferung von Trinkmilch an die US-Streitkräfte in Deutschland verloren, und zwar deshalb, weil günstigere Angebote aus anderen EWG-Ländern gemacht wurden. Die deutsche Milch, die aus Oldenburger Molkereien geliefert wurde, muß inzwischen ebenfalls zu Butter verarbeitet werden. Die Angebote, die gemacht wurden, lagen 14 Pfennige unter dem deutschen Preis, und zwar nur deshalb, weil entsprechende Exportsubventionen von diesen Ländern gegeben wurden. Diese Angelegenheit ist auch für uns nicht ganz unbedeutend. Es handelt sich hier immerhin um die Menge von 22 Millionen Kilogramm. Ich meine, das im Rahmen der Diskussion um den Fragenkomplex der Subventionen doch einmal feststellen müssen.

Im übrigen verlagert sich die Milchproduktion immer stärker in den bäuerlichen Familienbetrieb. 82 Prozent der gesamten Milch wird in Deutschland in Betrieben erzeugt, die man zu den bäuerlichen Familienbetrieben rechnen kann, nämlich in Betrieben, die unter 20 Kühe halten. Eine weitere Verlagerung von den Lohnarbeitsbetrieben, also den größeren Betrieben, zu den Familienbetrieben ist sehr eindeutig festzustellen. In den größeren Betrieben sind in stärkerem Ausmaß Rationalisierungsmaßnahmen notwendig, da die entsprechenden Arbeitskräfte fehlen. Der Milchpreis lohnt jedoch diese Investitionen nicht, so daß aus diesem Gesichtspunkt heraus die Milchproduktion sich stärker in die Familienbetriebe verlagert. So hat die Milch für Rheinland-Pfalz eine außerordentliche Bedeutung; sie ist die Haupteinnahmequelle unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Deshalb sei auf diese Entwicklung noch einmal hingewiesen.

Nun zu dem EWG-Anpassungsprogramm, das im Sommer des vergangenen Jahres vom Hohen Hause beschlossen wurde. Die Landesregierung wurde auf Antrag der CDU-Fraktion aufgefordert, ein solches Programm vorzulegen. Ein erstes Programm haben wir bereits im Agrarpolitischen Ausschuß besprochen; ein endgültiges Programm - so hat die Landesregierung angekündigt - wird vorgelegt. Die Frage, die hier auch gestern von Herrn Dr. Skopp angesprochen wurde, ob Programm oder Gesetz, ich glaube, das ist kein Evangelium; über diese Frage kann man sprechen. Wir legen nur Wert darauf, daß wir mit einem Gesetz nicht unbeweglich werden, sondern daß wir ein Programm haben, in dem wir je nach Situation ab- und zutun können.

Baden-Württemberg hat als einziges Land bisher ein Gesetz gemacht. Wie es sich bewährt? Nun, Erfahrungen hat Baden-Württemberg bis jetzt noch nicht. Im Rahmen dieses Gesetzes wurde auch eine sogenannte Landesanstalt für die EWG-Anpassung mit einem großen Beirat gebildet. Ich weiß nicht, ob man dazu unbedingt ein Gesetz braucht, um eine solche neue Institution zu schaffen. Wir sollten die Frage im Fachausschuß erneut beraten, wenn die Regierung das Programm vorgelegt hat. Wir werden dann die Einzelfragen in den Fraktionen noch einmal besprechen müssen.

Nun ist in diesem Jahr ein erstes Teilprogramm vorgelegt worden, das dem entspricht, was ich vorhin als Schwerpunkt der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz herausgestellt habe, nämlich die Anpassung an den Markt. Es sieht vor allem Hilfen bei der Rationalisierung in der Milchwirtschaft vor, für die Konzentration der Molkereiwirtschaft, für bauliche und maschinelle Veränderungen.

Die Fusion von Molkereien in Rheinland-Pfalz wird sich auch in der Zukunft weiter fortsetzen. Wir werden zu einer noch stärkeren Konzentration kommen. Damit wird sich die Zahl der Anbieter auf dem Markt verringern. Wir werden weiter durch eine gewisse Spezialisierung zu einer verbesserten Qualität kommen.

Als zweiten Schwerpunkt im Rahmen dieser Marktanpassung ist die Vieh- und Fleischwirtschaft zu nennen. In Rheinland-Pfalz sind zwei Werke im Ausbau, die hauptsächlich das Vieh aus marktfernen Gebieten von Eifel und Hunsrück verwerten. Es war zwingend notwendig, eine solche Verwertungsmöglichkeit für Vieh und Fleisch zu schaffen. Es sind zwei Betriebe, die auf verschiedener Basis arbeiten, einmal ein Betrieb, der bis zur Fertigverarbeitung geht, und einmal ein Betrieb, der mehr als Versandschlachtereie angesprochen werden kann. Wir sollten hier die Entwicklung auch sehr aufmerksam beobachten. Wenn die Totvermarktung in Zukunft stärker notwendig wird, vor allen Dingen auch aus der Struktur des gesamten Fleischmarktes heraus, dann werden wir auch in den marktnahen Gebieten Überlegungen anstellen müssen, ob hier weitere Fleischwerke notwendig werden. Wir sollten die Privatinitiative nach Kräften unterstützen, die von Genossenschaften oder vom Handel ausgehen wird. Zur Zeit können wir sagen, daß in den marktnahen Gebieten ein sehr hoher Bedarf an Verarbeitungsfleisch besteht, an sogenanntem warmem Fleisch, und die Frage von Fleischwerken in den marktnahen Gebieten noch nicht akut ist.

Für Obst, Gemüse und Kartoffeln ist ebenfalls eine Hilfe für die Vermarktungseinrichtungen vorgesehen. Das gleiche gilt für eine Rationalisierung im Weinbau und in der Weinwirtschaft. Für die Rationalisierung der Milchwirtschaft, und zwar speziell in der Umstellung auf Tankwagenanlieferung, sind Beihilfen vorgesehen. Ebenfalls im Zuge dieses EWG-Anpassungsprogramms sind Beihilfen vorgesehen, die der Rationalisierung der Molkereiwirtschaft dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will hier nicht noch auf die Einzelheiten des Einzelplanes 07 eingehen. Ich glaube, ich kann mir das ersparen. Ich habe die Schwerpunkte der Landwirtschaftspolitik angesprochen. Ich habe versucht, in aller Kürze eine Aufzeichnung zu geben von dem, was für die Zukunft ansteht in den beiden großen Schwerpunkten: Verbesserung der Agrarstruktur und Verbesserung der Marktstruktur. Ein weiteres Problem wird in Kürze im Agrarpolitischen Ausschuß besprochen werden. Das ist die

(Meyer)

Frage einer Konzentration bei unsrem landwirtschaftlichen Schulwesen und bei der Wirtschaftsberatung. Ich glaube, daß wir auch hier mit guten Vorschlägen seitens des Landwirtschaftsministeriums rechnen können.

(Abg. Dr. Haas: Die Protestversammlungen sind schon im Gange!)

- Die Protestversammlungen sollten wir bei dieser Beratung einmal übersehen. Ich glaube, daß für die zukünftige Planung des Schul- und Beratungswesens auch die agrarstrukturelle Rahmenplanung des Landwirtschaftsministeriums eine gute Grundlage ist.

Insgesamt gesehen möchte ich sagen, selbstverständlich bleiben viele Wünsche offen, aber das ist ja nicht nur so auf dem Gebiete der Landwirtschaft, das ist in allen Bereichen der Landespolitik genauso. Ich glaube, daß wir seitens der Agrarpolitiker in diesem Lande einsichtig genug waren, auf diesem Sektor Streichungen hinzunehmen. Wir wünschen, daß die Agrarpolitik in der seitherigen Form in Rheinland-Pfalz fortgesetzt wird, daß die Mittel, die das Land für die agrarpolitischen Maßnahmen einsetzt, zum Erfolg führen. Die Bereitschaft des Berufsstandes ist da. Sie verdient die entsprechende Unterstützung durch den Staat.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Martenstein (FDP).

Abg. Martenstein:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haben Sie nicht die Befürchtung, daß ich den Ehrgeiz habe, mich hier auf dem Gebiete der Agrarpolitik auszuzeichnen.

(Landwirtschaftsminister Stübinger: Eine Neuerscheinung!)

- Eine Neuerscheinung, Herr Minister! Ich werde Ihnen grundlegende „Weisheiten“ anzubieten wissen. Das Land Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren, das wissen Sie so gut wie ich, ist ein Land der kleinen und Mittelbetriebe. Die Fragen der Strukturverbesserung sind heute wiederholt angesprochen worden. Unsererseits bemerke ich, daß wir hier auch die Akzente der landespolitischen Bemühungen vorwiegend sehen möchten. Auf was es uns ankommt, ist, zu Betriebsgrößen und Betriebseinheiten zu kommen, die als optimale Betriebseinheiten betrachtet werden können, die also in sich die Ausgewogenheit haben, um die Rentabilität im Ertrag der Arbeit zu zeigen. Das Ziel ist, weil wir eine Gruppe von politisch denkenden Leuten sind, die dem Eigentumsgedanken zutiefst verhaftet sind, den Familienbetrieb zu erhalten.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß wir bei der strukturellen Umlegung der Bodenfläche zu Ergebnissen kommen, die mehr Dauer versprechen. Ich persönlich habe die Befürchtung, daß die Umlegungsämter eine Arbeit machen, die nach wenigen Jahrzehnten wieder ein wenig gutes Ergebnis zeigt.

Vizepräsident Piedmont:

Herr Martenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Haas (SPD)?

Abg. Martenstein:

Jawohl!

Abg. Dr. Haas:

Herr Kollege Martenstein, Sie sprachen von Betriebsgrößen, die eine Rentabilität sicherstellen. Wie stehen Sie zu den Nebenerwerbsbetrieben?

Abg. Martenstein:

Ich persönlich positiv, meine Freunde wohl auch. Ich darf in diesem Zusammenhang aus der Erinnerung meiner wirtschaftsgeschichtlichen und politischen Erfahrungen folgendes sagen: Wir alle, soweit wir älter sind, haben die traurigen zwanziger und dreißiger Jahre in Erinnerung. Das war besonders schlimm so etwa von 1930 bis 1933. Zu der damaligen Zeit ist immer wieder mit Nachdruck versichert worden, daß das Land Baden-Württemberg die gesündeste soziale Struktur habe, und zwar einfach deshalb, weil die Industriearbeiterschaft, die dort tätig war und zu einem guten Teil auch erwerbslos wurde durch die unerhörten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, noch in der Lage gewesen ist, im Nebenerwerb sich Einnahmen zu verschaffen.

Herr Dr. Haas, ich habe das große Vergnügen, immer wieder einmal zum Südwestfunk nach Baden-Baden fahren zu dürfen. In der Nähe von Baden-Baden ist eine Gemeinde, sie heißt Varnhalt. Die Bewohner dieser Gemeinde sind ausschließlich Arbeiter, Angestellte und Beamte. Herr Thorwirth, Sie kommen auch dorthin, und ich empfehle, Herr Dr. Haas, wenn sie soziale, wirtschaftliche - -

(Abg. Thorwirth: Deswegen ist Herr Martenstein immer dort!)

- Sie waren noch nicht dort; dann haben Sie etwas versäumt.

(Abg. Dr. Skopp: Doch, wir kennen das schöne, gesegnete Markgräfler Land!)

Ich wollte erklären, wir stehen positiv zum Nebenbetrieb, um die Frage abzukürzen. In der Vergangenheit sind auch Beweise erbracht worden, daß von da aus, sofern die Leute die Bereitschaft hatten, im Nebenerwerb noch landwirtschaftlich tätig zu sein, ein durchaus positiver volkswirtschaftlicher Beitrag geleistet wurde, abgesehen von der Hilfe, die sie sich privatwirtschaftlich damit gaben. Ich meine also, wir sind durchaus für die Strukturverbesserung und wollen dabei für alle Leute, die im Nebenerwerb Landwirt bleiben wollen, sei es in welcher Größeneinheit auch immer, die Zukunft gesichert sehen.

Ich habe eben davon gesprochen - da bin ich durch Ihre Fragestellung unterbrochen worden -, daß die Arbeiten der Umlegungsämter, die diese Feldbereinigung machen, insofern problematisch zu sein scheinen, weil nach wenigen Jahrzehnten das Ergebnis vieler Feldbereinigungen durch die Realteilung wieder aufgehoben wird. Hier eine Änderung herbeizuführen, würde aber wahrscheinlich einen sehr tiefen Eingriff in die Eigentumsverhältnisse bedeuten. Ich denke an die Vergangenheit, als das Dritte Reich mit seinen sehr drakonischen Maßnahmen geglaubt hat, in Eigentumsverhältnisse eingreifen zu können.

(Martenstein)

Wir als ein freiheitlicher Rechtsstaat können uns diese radikalen Maßnahmen nicht erlauben. Im Grundsatz gilt natürlich die Forderung, daß die zusammengelegten Felder bleiben, um die Voraussetzungen der Anwendung der modernen Maschinenteknik auch im landwirtschaftlichen Bereich zu sichern. Noch etwas darf ich sagen. Meine Damen und Herren! Das ist von Herrn Dr. Haas gesagt worden. Sie haben diesen Gedanken anklingen lassen und in der Vergangenheit schon sehr deutlich ausgesprochen! Der moderne Landwirt kann gar nicht genug wissen und können. Ich bin der Meinung, daß es nichts Dümmeres gibt als zu sagen: der dumme Bauer. - Der moderne Bauer ist - so meinen wir - ein wissenschaftlich angeleiteter Mann. Er muß nicht nur auf dem Gebiete der Agrarchemie zu Hause sein, um mit dem Kunstdünger etwas anfangen zu können, er muß nicht nur etwas von der Viehwirtschaft wissen, er ist heute, wenn er eine moderne Landwirtschaft betreiben will, auch gezwungen, sich mit der Mechanik der Maschinen, die er im Einsatz hat, zu beschäftigen.

Und wenn man die Gesamtheit der Anforderungen, denen er ausgesetzt ist, sich vergegenwärtigt, dann muß ich sagen, daß wir der Ausbildung unserer landwirtschaftlichen Jugend nicht genug Aufmerksamkeit schenken können. Insofern ist der Beitrag, den die Schulpolitik hier liefert, durch die Verbesserung des ländlichen Volksschulwesens, ein wesentlicher Beitrag, weil es meines Erachtens gilt, den Blick der landwirtschaftlichen Jugend für die großen Zusammenhänge zu öffnen. Nebenbei bemerkt ist die Gefahr immer gegeben, auch bei modern denkenden Landwirten, daß sie am Markt vorbeiproduzieren. Die Hilfe, die von Marktbeobachtern gewährt werden muß, könnte bestimmt noch intensiviert werden. So gesehen finden wir, daß wir den Landwirt in der Zukunft nur als modernen Kaufmann uns vorstellen können.

In diesem Zusammenhang eine Betrachtung, die die EWG angeht. Wir sind das Nachbarland zu Frankreich. Rheinland-Pfalz ist ein Land der landwirtschaftlichen Sonderkulturen. Wir haben es hier mit Obst, Wein, Gemüse und ähnlichen Dingen zu tun. Ich finde, daß gerade auf diesem Gebiet noch sehr viel zu schaffen ist, beispielsweise in der Sortenauswahl den Leuten eine bessere Hilfe zu geben. Ich habe in der Vergangenheit, wenn ich mich so gelegentlich mit agrarpolitischen Fragen beschäftigte, immer wieder gemerkt, daß durch eine vernünftige Sortenauslese die Ertragskraft der Felder wesentlich erhöht werden kann. Die oberitalienischen Landwirte, die mit ihren Obstkulturen dem deutschen Obstbauern Konkurrenz bereiten, sind bereits sehr viel weiter als wir, einfach deshalb, weil sie weite Obstfelder haben, die in der Aberntung der Erträge weniger Arbeitszeit verursachen als unsere Hochstammfelder.

(Abg. Dr. Skopp: Herr Kollege, darf ich fragen, wo die FDP-Fraktion ist?)

- Die FDP wird durch mich und andere Kollegen vertreten.

(Heiterkeit im Hause.)

Ich wollte das zu Ihrer Beruhigung sagen, Herr Dr. Skopp!

(Finanzminister Glahn: Bei der SPD sind auch nicht viele da!)

Noch eine letzte Bemerkung. Wir sollten es uns angelegen sein lassen, im Zuge der Betrachtung unserer

landwirtschaftlichen Fragen, die in diesem Land zur Diskussion gestellt sind, zu überlegen, ob wir nicht auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Verwaltung da und dort die Organisation reduzieren und intensivieren könnten.

Vizepräsident Piedmont:

Herr Abgeordneter Martenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Haas (SPD)?

Abg. Martenstein:

Bitte sehr!

Abg. Dr. Haas:

Herr Kollege Martenstein! Als der neue Bundeslandwirtschaftsminister Höcherl in Bonn sein Amt antrat, da meinte der Vorsitzende Ihrer Bundestagsfraktion, das sei so gut wie eine Mißernte. Haben Sie eine Begründung für ein solches Werturteil?

Abg. Martenstein:

Wollen Sie darin einen Bezug in dieser Aussage, die der betreffende Herr gemacht hat, zu meinen Ausführungen sehen?

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Das ist eine Frage, die mir irgendwie naheliegt. Bitte, Herr Thorwirth.

Abg. Thorwirth:

Man könnte zumindest daraus schließen, daß aus einer solchen Bemerkung die Auffassung hervortritt, daß man davon etwas verstehen sollte.

(Abg. Hilf: Das ist keine Frage!)

Abg. Martenstein:

Herr Thorwirth, ich glaube, ich habe Ausführungen gemacht, die, soweit ich beurteilen konnte, das Verständnis des Hauses gefunden haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

So sachfremd bin ich gewiß nicht, als daß diese Bemerkung, die persönlich gezielt war, ihre Rechtfertigung ableiten könnte aus meinen Betrachtungen, die ich hier darlege.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich wollte noch eine Schlußbemerkung machen; Sie haben mich unterbrochen und ich fange deshalb von neuem an.

Im Zuge der Betrachtung unserer landwirtschaftspolitischen Beziehungen in dem begrenzten Rahmen, den ein Bundesland anzubieten weiß, ist die Frage zu stellen, ob wir uns den Aufbau unserer Landwirtschaftsverwaltung, so wie er sich heute zeigt, auf die Dauer

(Martenstein)

betrachtet, noch leisten können. Ich glaube, daß hier eine Zusammenfassung von Ämtern und Kammern durchaus diskussionswert wäre. Mindestens ist mir aus der Betrachtung der Organisation der Landwirtschaftsverwaltung anderer Länder eine straffere Zusammenfassung dieser Ämter bekannt. Ich glaube, was dort in großer Einheit geboten wird, ist durchaus auch für das Land Rheinland-Pfalz als nachahmenswert zu empfehlen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoos (SPD).

Abg. Hoos:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haben Sie keine Angst, ich werde Ihre Zeit nicht allzulange in Anspruch nehmen. Ich hatte an sich die Absicht, über Weinmarktfragen zu sprechen. Aber die Zeit ist zu kurz.

Ich will deshalb zwei konkrete Fragen an den Herrn Minister richten. Wir haben im Haushaltsjahr 1966 einen Ansatz für die Förderung der Winzergenossenschaften in Höhe von 2,5 Millionen DM. Für 1965 betrug der Ansatz 3 Millionen DM. Wenn man nachforscht, wohin die 3 Millionen DM geflossen sind, dann muß man feststellen - aber erst auf nachdrückliches Befragen - daß von diesen 3 Millionen DM überhaupt nichts zur Verfügung stand, und zwar deshalb, weil es Bundesmittel waren, versehen mit einer Dotationsaufgabe von 1,5 Millionen DM, die das Land angeblich nicht erfüllen konnte.

Ich frage den Herrn Minister: War es nicht möglich, die Dotationsaufgabe zu erfüllen, und weshalb hat man dem Weinbauausschuß oder dem Agrarpolitischen Ausschuß nicht einmal gesagt, daß man 3 Millionen DM an Bundesmitteln erhalten könne, wenn man die Dotationsaufgabe erfülle? War es nicht möglich, durch Um-dispositionen im Landwirtschaftsetat irgendwie das Geld freizumachen?

Die zweite Frage ist etwas schwieriger; sie bezieht sich auch auf das Finanzministerium. Lassen Sie mich daher im Zusammenhang mit dem Genossenschaftswesen noch auf etwas aufmerksam machen. Im Sinne der Verbesserung der Märkte und der Absatzstruktur ist man bestrebt - es spielt hier keine Rolle, ob Milch oder Wein -, kleine Genossenschaften zusammenlegen. Man verweigert unter diesen Umständen sogar den kleinen Genossenschaften weitere Zuschüsse und Hilfen, wenn sie nicht bereit sind, den notwendig erkannten Zusammenschluß vorzunehmen.

(Abg. Ludes: Das hat man bereits getan!)

Dagegen ist nun nichts einzuwenden und ich billige das.

Interessant und oft mehr als unverständlich ist aber, daß diese Genossenschaften, die zum Zusammenschluß bereit sind, in der Form bestraft werden, daß sie 6 Prozent Grunderwerbsteuer zahlen müssen. Darüber hinaus unterliegen alle Warenbestände einer einpro-

zentigen Umsatzsteuer. Ausgenommen von dieser Steuerpflicht ist nur die größte Genossenschaft als aufnehmender Teil. Das mag nun jeder Finanzbeamter und auch das Finanzministerium in Ordnung finden. Ob das aber im Sinne der Verbesserung der Marktstruktur liegt und die notwendigen Anreize dazu schafft, ist eine andere Frage. Es wäre interessant, Herr Minister, einmal hierzu Ihre Stellungnahme zu hören. Ich weiß, die Frage ist kompliziert. Vielleicht kann man die Beantwortung unter Umständen auch im Agrarpolitischen Ausschuß vornehmen. Sie ist mir von maßgeblichen Leuten des Raiffeisenverbandes vorgelegt worden und hat wirklich ihre Berechtigung.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Piedmont:

Das Wort hat Herr Minister Stübinger.

Landwirtschaftsminister Stübinger:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mir gestatten, kurz auf die Diskussion des heutigen Abends einzugehen. Ansonsten hat ja der Etat unser Haus in wesentlich längeren Stunden beschäftigt. Aber ich glaube trotzdem, daß die Kernpunkte der agrarpolitischen Probleme hier von den einzelnen Sprechern der Fraktionen erwähnt worden sind.

Herr Dr. Haas, Sie sind in Ihren Ausführungen zunächst davon ausgegangen, daß Sie die Frage an mich gestellt haben, wie im Augenblick in Brüssel die Mittel bei der Vergabe aus dem Garantie- und Ausrichtungsfonds gegebenenfalls auch von uns in Anspruch genommen werden könnte. Sie sagten, es wäre Ihnen bekannt, daß in den Richtlinien die erste Voraussetzung bedeuten würde, daß nur dort in die Gegenden Hilfsmaßnahmen gezielt gelenkt werden könnten, in denen 30 Prozent der Bevölkerung hauptberufliche Landwirte seien, und zweitens in denen diese Landwirte pro Kopf der Bevölkerung mindestens ein Drittel weniger verdienen würden als ein Industriearbeiter. Habe ich Sie richtig verstanden?

(Abg. Dr. Haas: Bei dem Gemeinschaftsprogramm ... zur Strukturverbesserung!)

- Jawohl! Dazu ist folgendes zu sagen. Die Voraussetzung von 30 Prozent ist längst fallengelassen worden und steht jetzt bei 20 Prozent. Aber auch dieser Anteil erscheint mir noch verhältnismäßig hoch, insbesondere für die hochindustrialisierten Mitgliedsländer wie die Bundesrepublik Deutschland, wie Holland und Belgien. Und aus diesem Grunde ist es so, daß das Problem, das Sie angesprochen haben, noch völlig in der Diskussion in Brüssel steht und wir auch dort noch sehr hart darum ringen, daß diese Bedingungen, wie wir sie hier haben, an und für sich wesentlich abgeschwächt werden. Ich bin auch der Meinung, daß bei der Festlegung dieser Hilfsmaßnahmen natürlich nicht die ganze Bundesrepublik Deutschland gesehen werden kann, sondern nur das Gebiet, das in diesem Falle als Gebiet für das Hilfsprogramm in Frage kommt.

Sie haben ja alle von den verschiedensten Parteien heute hier die gesamte Situation im Etat des Landwirt-

(Landwirtschaftsminister Stübinger)

schaftsministers von Rheinland-Pfalz angesprochen, der natürlich sehr eng verbunden ist mit dem Bundesetat. Es ist zweifellos so, daß wir aus der Sicht der Agrarminister es natürlich bedauern, daß es nicht möglich war, im Jahre 1966 die Mittel in demselben Ausmaße wie in der Vergangenheit zur Verfügung zu stellen. Aber Sie wissen selbst, Herr Dr. Haas, daß wir mit diesen Fakten rechnen müssen. Die Möglichkeiten, die wir als Parlament, Agrarpolitischer Ausschuß, Haushalts- und Finanzausschuß und Abgeordnete haben, bestehen heute darin, dafür zu sorgen, daß die uns noch zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend vernünftig und schwerpunktartig auch durchgezogen werden. So glaube ich doch, daß alles in allem gesehen auch bei der außerordentlich schwierigen Situation, in der sich die Landwirtschaft heute nach diesem neuen Etat befindet, feststellen zu können, daß sowohl in Bonn wie auch hier bei uns im Lande zunächst einmal ein Punkt vollkommen in den Vordergrund gerückt worden ist, das ist die Flurbereinigung und Agrarstrukturverbesserung auf diesem Gebiet. Hier sind weder beim Bund noch beim Land die Mittel gekürzt worden, beim Bund wurden sie sogar etwas angehoben. Bei uns sind sie zum mindesten in der Höhe geblieben wie bisher.

Sie sagten mit Recht, daß unsere Wünsche, die dahin gingen, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit die Flurbereinigung im Lande abzuschließen, auf Grund dieser Tatsache natürlich nicht verwirklicht werden können und daß wir in etwa bei den 30 000 Hektar stehenblieben, wie wir das die ganze Zeit gesagt hätten. So ist es auch! Herr Dr. Haas, Sie sagen weiter, es sei unter diesen Umständen notwendig, dafür einzutreten, daß wir aus der Sicht unseres Landes bei der Planung der Flurbereinigung davon ausgehen, in erster Linie nur dort die Flurbereinigung durchzuführen, wo sie am notwendigsten sei. Herr Dr. Haas, ich stimme Ihnen hier hundertprozentig zu. Wir sind auch dabei, im Augenblick einen Zehnjahresplan zu erstellen. Aber die Schwierigkeiten sind doch immer die: Wir können nur dort die Flurbereinigung durchführen, wo auch die Teilnehmer, das heißt die einzelnen Betroffenen, bereit sind, die Flurbereinigung von sich aus 1. zu beantragen und 2. zu tragen. Da kommt nun der kritische Punkt. Interessant ist, daß gerade in den Gebieten, in denen wir die Flurbereinigung am notwendigsten durchzuführen hätten, die geringste Bereitschaft zu verzeichnen ist. Gerade dort müssen wir aufklärend besonders aktiv sein und versuchen, durch besonderes Entgegenkommen auch in diese Gebiete vorzustoßen. Wir haben sehr häufig eine unheimliche Zahl von Anträgen gerade aus Gebieten, die bodenmäßig und teilweise agrarstrukturell gesund sind, wo heute schon die zweite Zusammenlegung gefordert wird - zum Beispiel aus dem Kreis Simmern usw. -, und man sagen muß, daß das beim besten Willen nicht geht. Ich teile hier völlig Ihre Meinung. Nur sind uns unsere Grenzen gezogen.

Ich bin aber der Überzeugung, bei der Auseinandersetzung, in der wir in der EWG stehen und bei der wir den Wirtschaftskampf mit Frankreich und Italien durchführen müssen, werden wir feststellen, daß wir bestimmt nicht am Ende stehen mit der Durchführung der Flurbereinigung und der Strukturmaßnahmen, sondern daß wir da schon sehr im Vordergrund stehen. Die Sorgen in Frankreich und in den übrigen anderen Ländern liegen auf einer ähnlichen Basis wie bei uns. Auch dort ist man bemüht, in etwa die Dinge voranzutreiben. Aber auch die Leute in Frankreich und Italien werden nicht in der Lage sein, in einem verhältnismäßig sehr kurzen Zeitraum diese großen Probleme der Flurbereinigung, die auf die Dauer gesehen Millionen und Milliarden

verschlingen, durchzuziehen, so daß ich glaube, daß wir in dem Rahmen im großen und ganzen Schritt halten können und in der Lage sein werden, konkurrenzfähig zu bleiben.

Herr Kollege Dr. Skopp, ich darf auch noch ein Wort sagen zu Ihren grundsätzlichen Ausführungen, die Sie bereits beim Etat des Ministerpräsidenten vorgetragen haben, ob wir hier ein EWG-Anpassungsprogramm oder ein EWG-Anpassungsgesetz machen. Ich bin persönlich der Meinung, daß es völlig unwesentlich ist, ob wir ein Programm oder ein Gesetz machen, das wird nicht entscheidend sein. Entscheidend wird sein, wieviel Mittel dem Landwirtschaftsminister für dieses Programm der EWG-Anpassung am Ende zur Verfügung stehen. Wir sind gerne bereit, die grundsätzlichen Probleme, die wir hier schwerpunktartig aufgreifen wollen, im Agrarpolitischen Ausschuß und auch im Haushalts- und Finanzausschuß zu besprechen. Aber in der Grundsatzfrage, ob wir es als Programm oder als Gesetz durchführen, bin ich der Meinung, kommt es viel entscheidender darauf an, welche Mittel uns die künftigen Jahre überhaupt für ein solches Programm noch im Rahmen unserer etatmäßigen Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Vizepräsident Piedmont:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Skopp (SPD)?

Landwirtschaftsminister Stübinger:

Bitte sehr!

Abg. Dr. Skopp:

Herr Minister, sind Sie nicht der Meinung, daß, wenn ein Gesetz gemacht wird, Sie eher die Möglichkeit haben, mehr Mittel zusammengefaßt zu bekommen als durch das Programm, wo die Mittel bei den verschiedenen Ansätzen zerstreut bleiben?

Landwirtschaftsminister Stübinger:

Zweifellos Herr Dr. Skopp ist es so: Wenn wir ein EWG-Anpassungsgesetz machen, ist das Parlament von sich aus gesehen allgemein stärker gebunden, als wenn wir das nur als Programm tun. Wenn die „Luft“ aber nicht mehr reicht, dann wird das Parlament gezwungen sein, selbst bei einem Gesetz gegebenenfalls entsprechende Anteile abzuschneiden. Von mir aus gesehen ist das kein Problem, ich will gerne ein Gesetz vorlegen. Ich bin nur auch der Meinung, was Herr Meyer hier zum Ausdruck brachte, daß wir mit einem Programm von uns aus gesehen gegebenenfalls etwas beweglicher sind und etwas mehr nach diesem oder jenem Schwerpunkt ausweichen können.

Vizepräsident Piedmont:

Herr Abgeordneter Dr. Skopp, bitte noch eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. Skopp:

Uns ging es um die Ansätze, Herr Minister. Ich danke Ihnen! Sie haben mir aber bestätigt, daß das sicherlich das bessere ist.

Landwirtschaftsminister Stübinger:

Ich wollte noch abschließend ein Wort sagen zu dem landwirtschaftlichen Schul- und Beratungswesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich bin mir bewußt, daß gerade auf diesem Gebiete uns in der allernächsten Zeit mit die schwierigsten Probleme begegnen werden. Und ich darf heute schon von dieser Stelle aus alle dringend bitten, uns, das heißt dem Ministerium, in den Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, zu helfen. Wir werden gezwungen sein, ob wir wollen oder nicht, einen erheblichen Teil der bisher bestehenden landwirtschaftlichen Schulen aufzulösen bzw. zusammenzulegen. Nun kennen Sie die allgemeine Mentalität. Es besteht dann immer die Gefahr, daß jeweils der einzelne von Ihnen dann zu mir kommt und sagt: Ich bin auch dafür, daß hier eine vernünftige Zusammenlegung zu Mittelpunkt- und Schwerpunktländwirtschaftsschulen gemacht wird, aber bloß meine Schule nicht. Deshalb hätte ich den dringenden Wunsch, daß das Parlament mir gestattet - und zwar werde ich das im Laufe der nächsten vier Wochen bereits tun -, daß ich dem Agrarpolitischen Ausschuß zunächst einmal einen großen Übersichtsplan unterbreite, in dem wir ihm unsere Vorschläge mitteilen, aus denen hervorgeht, wie groß das Einzugsgebiet ist, in welchem Ausmaße noch bäuerliche Familienbetriebe vorhanden sein werden und in welchem Ausmaße die tatsächliche Frequenz der Schulen auf eine längere Zeit garantiert sein wird, so daß wir am Schlusse eigentlich uns auf einen gemeinsamen Plan einigen sollten, in dem gewisse Streichungen unvermeidlich sind.

Ich darf heute schon die Bitte an das Parlament richten, uns in diesen Bemühungen zu unterstützen.

Nun noch ein paar Bemerkungen zum Weinmarkt und zu den Fragen des Herrn Kollegen Hoos. Wir haben in der Vergangenheit immer über den Bund Mittel zur Förderung des Genossenschaftswesens erhalten. Herr Kollege Hoos, Sie wissen, daß speziell auf diesem Gebiet unser Land Vorbildliches geleistet hat und wir gewaltige Kapazitäten bei den Genossenschaften und Gebietsgenossenschaften errichtet haben. Es ist zweifellos diesem unserem Wollen, das von den Winzern unterstützt worden war, mit zu verdanken, daß im allgemeinen gesehen der gesamte Weinmarkt wieder in eine vernünftige Stabilität hineingekommen ist. Ich bin heute noch der Meinung, daß auf die Dauer gesehen das beste Mittel für eine vernünftige Weinmarkt- und Weinpreisgestaltung in erster Linie darin liegt, ent-

sprechende Lagerkapazitäten sowohl bei den Genossenschaften als auch beim Handel - auch dieses möchte ich unterstreichen - zu planen. Nur wenn wir in der Lage sind, bei einer oder zwei oder drei aufeinanderfolgenden überreichen Ernten diese vernünftig abzunehmen und einzulagern, wird es uns möglich sein, auf weite Sicht einen stabilen und vernünftigen Preis halten zu können. Insofern waren diese Millionen, die wir über den Bund bekommen haben und mit denen wir zum großen Teil die Genossenschaften aufziehen konnten, für uns eine angenehme Unterstützung.

Wir haben im letzten Jahr bis jetzt erst 1,2 Millionen DM zugesagt. Ich habe aber, Herr Kollege Hoos, die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß wir hier größere Mittel aus dem Verbund zwischen Bund und Land, das heißt insbesondere aus dem Grünen Plan, speziell für die Auswertung der Lagerkapazitäten erhalten werden, weil ich davon überzeugt bin, was auch Sie in Ihrem Vortrag zum Ausdruck gebracht haben, daß das eine der wichtigsten und bedeutsamsten der von uns anzustrebenden und zu verfolgenden Maßnahmen ist.

Ich würde Sie bitten, Ihre zweite Frage im Agrarpolitischen Ausschuß beantworten zu dürfen; ich bin im Augenblick überfragt und kann sie daher hier nicht konkret beantworten.

(Abg. Hoos: Einverstanden!)

Abschließend sei mir noch gestattet, ein Wort zu dem Zweig unserer Landwirtschaft zu sagen, der uns in diesem Hause schon immer die größten Sorgen bereitet hat, zu unserem Weinbau und zu unserer Weinwirtschaft. Das Parlament von Rheinland-Pfalz ist noch selten in einer so glücklichen und ausgeglichenen Situation gewesen wie bei der diesjährigen Beratung des Einzelplanes des Weinbauministeriums. Wenn wir heute die Situation betrachten, habe ich das Gefühl, daß unsere Winzer wie auch Handel und Verbraucher mit dem Preis, den sie heute erhalten, zufrieden sein können. Hoffen wir, daß es auch in Zukunft so bleibt und daß uns dieser Sektor, der in unserem Lande von so entscheidender Bedeutung ist, weiterhin so wenig Sorgen bereitet wie im Augenblick.

Im übrigen darf ich recht herzlich für die vom Parlament in den vergangenen Jahren meinem Hause gegenüber geleistete Mitarbeit danken.

(Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Piedmont:

Die nächste Sitzung beginnt morgen um 9.30 Uhr. Die Sitzung ist beendet.

Schluß der Sitzung: 18.35 Uhr.